



17. Heft | 20. August 1908

JAMES RAMSAY MACDONALD · ENGLAND UND DEUTSCHLAND

ES kann kaum zweifelhaft sein, dass die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland allmählich einen gefährlichen Charakter annehmen. Militärische Würdenträger in Berlin und London versichern, dass die beiden Länder früher oder später mit emander zu kämpfen haben werden; in den Parlamenten beider Länder hat man offen ausgesprochen, die Militär- und Flottenpolitik beider Staaten müsse von dem Gedanken ausgehen, dass die Nordsee früher oder später der Schauplatz mörderischer Kämpfe zwischen *Dreadnoughts* werde, und es gibt in beiden Ländern Zeitungen, die ein Geschäft daraus machen die glimmenden Funken der Zwietracht zu hellen Flammen anzublasen. Und wo Leute sind, die Schrecken verbreiten, da fehlen natürlich auch andere nicht, die vor Angst beben. Und leider hat sich auch ein kleiner Teil von englischen Sozialisten zu den Lärmenden geschlagen: glücklicherweise gehört er nicht zu Organisationen von irgendwelcher politischer Bedeutung. Indessen sollten unsere deutschen Freunde nicht vergessen, dass zum Beispiel Hyndman niemals die letzte Spur jenes antideutschen Chauvinismus abgelegt hat, der seine früheren Ansichten kennzeichnete, aus jener Zeit, wo er noch konservativer Kandidat für Marylebone war, ehe er Sozialist wurde.

Vor einigen Jahren war der zukünftige Krieg zwischen England und Deutschland Gegenstand von Spektakelnotizen in der englischen *gelben Presse*, wie der *Daily Mail*, dem Leitblatt der unwissenden und ehrbaren Klassen der englischen Gesellschaft, jener Klassen, die nicht viel gereist sind, deren eigenes Leben sich in recht engen Interessensphären abspielt, die in kleinen Vorstadtstrassen wohnen und täglich in die City gehen, um dort ihre Nasen in die Hauptbücher zu stecken und durch finanzielle Transaktionen Geschäfte zu machen, Gesellschaftsklassen, die daher einen wilden Patriotismus kultivieren. Als das Blatt vor zwei Jahren keine rechte Tartarennachricht für seine Spalten zu finden wusste, veröffentlichte es die Geschichte des Einfalls der Deutschen in England; sie zielte darauf ab die Leser einzuschüchtern und zu einem wilden Geschrei zu veranlassen, das die gegenwärtige liberale Regierung zwingen sollte mehr Geld für Rüstungszwecke auszugeben. Leider begleitete

eine Verbindung dieser Elemente die Schaffung der *Dreadnoughts* in einer Zeit, wo Russlands Flotte durch Japan vom Meere hinweggeblasen war, und wo Englands Überlegenheit zur See über jeden Zweifel erhaben war. Das brachte uns dem Ausbruch eines Krieges erheblich näher. Deutschland antwortete ebenfalls durch *Dreadnoughts*. Warum? fragte die spürsinnige *gelbe Presse* und gab dann gleich auf ihre eigene Frage die Antwort durch die neue Frage: Gegen welches Land kann Deutschland seine Pläne richten, wenn nicht gegen das unsrige? dann hiess es weiter: Wir müssen mehr *Dreadnoughts* bauen. Unterdessen fragte natürlich Deutschland, warum England in einer solchen Zeit *Dreadnoughts* baue. Ein Krieg mit Amerika lag ganz ausser dem Bereich der Wahrscheinlichkeit; mit Japan war es verbündet; mit Frankreich hatte es eine *Entente cordiale* abgeschlossen; Russland zählte nicht mehr mit. Die Drohung konnte also nur gegen Deutschland gerichtet sein, und darum legte Deutschland mehr gewappnete Leviathans auf Kiel. So geht das Spiel weiter. Ein Ende ist offenbar nicht abzusehen. Die beiden Länder haben sich augenscheinlich mit ihrer Politik auf eine schiefe Ebene begeben; denn jeder Schritt, den sie tun, um sich besser zu schützen, vermehrt notwendigerweise die Gefahr, und schliesslich wird der Krieg als der einzig mögliche Abschluss dieser Politik ausbrechen. Um der Unruhe, der Qual, der fieberhaften Spannung, der erdrückenden finanziellen Belastung ein Ende zu machen, wird man schliesslich den Krieg wagen, wird man das Risiko unaussprechlicher Katastrophen auf sich nehmen, und so werden die Völker einander, um wieder eine Zeit des Friedens heraufzuführen, an die Gurgel springen. Was ist das aber für eine unerhörte Tollheit, was für ein Zusammenbruch staatsmännischer Befähigung!

Können wir dieses Verbrechen vermeiden? Was macht denn diesen Krieg *unabwendbar*?

Auf dem Gebiet des Handels besteht zwischen beiden Ländern eine natürliche Rivalität. Wir Engländer begannen früh die Welt auszubeuten. Ihr Deutsche passtet euch Verhältnissen an, die zu unserem Vorteil auszubeuten wir zu überheblich waren. Ihr wandtet die Wissenschaft auf die Industrie an, während wir eine Abneigung gegen das Laboratorium hegten. Es kam eine Zeit, wo wir unruhig wurden. Man nahm an, ihr hättet euer Auge auf Südamerika geworfen, ihr kokettiertet mit dem Sultan, um Konzessionen in Syrien zu erhalten, ihre strebtet danach militärisch und wirtschaftlich in China und an anderen Plätzen am Stillen Ozean und auch in Afrika Fuss zu fassen. Die Geschichte nahm an Umfang zu wie ein Schneeball, der einen Hügel herabrollt, und schliesslich wurde daraus die ausgesprochene Form einer einander entgegenstehenden Marinepolitik der beiden Länder. Bis zu jener Zeit spielte sich die Rivalität durchaus auf friedlichem Boden ab; von da ab aber nahm sie immer und immer mehr einen kriegerischen Charakter an, und zwar trugen beide Länder zu diesem Wandel bei. Eine Rivalität, die immer auf das Gebiet des geistigen Lebens und der Erziehung, auf den Handel, auf die Anwendung der Wissenschaft auf die Industrie hätte beschränkt bleiben müssen, ist dank dem schlimmen Einfluss der am Militarismus interessierten Kreise und unserer Flottenvereine, sowie anderer Vereinigungen ähnlicher Art zu einer Rivalität auf dem Gebiet des Kriegsschiffbaues und der militärischen Ausgaben geworden. Es muss ausdrücklich betont werden, dass es heute nicht

die wirtschaftliche Konkurrenz, nicht die Germanisierung Brasiliens, nicht die Bagdadbahn sind, die uns in einen Krieg hineintreiben, sondern die hastige Vermehrung der Flotten. Der Argwohn, mit dem jedes Volk die Absicht des anderen belauert, wächst im selben Masse wie sich die Zahl der auf Kiel gelegenen Kriegsschiffe vermehrt, bis schliesslich sogar Männer mit Verantwortung ernsthaft die Frage erörtern, ob es besser sei jetzt loszuschlagen oder noch zu warten. So hat man zum Beispiel gesagt, dass der Ankauf der beiden brasilianischen Schiffe, die jetzt auf englischen Werften gebaut werden, durch Deutschland tatsächlich einer Kriegserklärung gleichkommen würde, dass wir den Fehdehandschuh aufnehmen und gegen Deutschland losschlagen sollten, bevor es sich noch in den Besitz dieser Schiffe setzen, und bevor es die jetzt schon vorhandenen Schiffe bemannen könne. Der Grund, warum der Krieg *unvermeidlich* sein soll, liegt also in dem wachsenden nationalen Argwohn, der seine Wurzel wieder in der Zunahme der Schiffsbaupläne hat; wer daher einen deutsch-englischen Konflikt vermeiden will, muss immer von dieser Tatsache ausgehen. Die zu lösende Schwierigkeit liegt darin, wie man das gegenseitige Misstrauen zerstreuen und den wachsenden Ausgaben für Seerüstungen ein Ende bereiten kann.

Mir scheint, dass die sozialistische und Arbeiterbewegung in beiden Ländern in einer besonders günstigen Lage ist, um eine Lösung der Frage herbeizuführen; und da meine Freunde in der Leitung der englischen Arbeiterpartei mit mir der selben Meinung sind, so haben sie eine Resolution als Ausdruck unserer freundschaftlichen Gesinnung gegen das deutsche Volk angenommen, die in England und Deutschland überall veröffentlicht worden ist. Wir Engländer gewähren mit Vergnügen deutschen Bürgermeistern und deutschen Journalisten Gastfreundschaft; wir senden auch mit dem selben Vergnügen unsere Leute über den Kanal, um deutsche Gastfreundschaft zu geniessen. Das dient indessen wenig zur Beruhigung des Argwohns. Feinde feiern oft Feste mit einander, grade weil sie Feinde sind. Auch unsere Friedensgesellschaften können in wunderschönen Worten verfasste Resolutionen annehmen, die von christlicher Gesinnung und gesundem Menschenverstand nur so triefen. Das alles nützt nicht, weil in Zeiten, wie wir sie durchleben, niemand darauf achtet, was Friedensgesellschaften tun. Solche Resolutionen verstehen sich von selbst. Sie sind rein formelhaft wie die Gebete für den Frieden in der Kirche. Weder ihre Beredsamkeit noch ihre Ehrlichkeit überzeugen einen einzigen Deutschen, dass die *Entente cordiale* mit Frankreich sich nicht gegen Deutschland richte, oder dass der törichte und unangemessene Besuch unseres Königs in Reval kein antideutscher Zug sei; ebensowenig überzeugt das einen einzigen Leser unserer *Daily Mail*, dass der deutsche Generalstab nicht Spione ausgeschiedt hatte, um die Verteidigungsmittel von London zu untersuchen, oder dass die deutschen Luftschiffe nicht dazu bestimmt seien Bomben auf den *Buckingham Palace* zu werfen. Dazu brauchen wir eine vollständig andere Art von Demonstrationen. Wir brauchen etwas, was beiden Völkern die Überzeugung bringt, dass organisierte politische Parteien und Strömungen auf dem Posten sind und sich den Marine- und Kriegsministerien in London und Berlin entgegenstellen, ebenso wie jenen Zeitungen beider Länder, die bemüht sind Unruhe zu stiften. Wie kann das besser gemacht werden als dadurch, dass die Parteien in beiden Ländern einander geloben neuen Flottenvermehrungsplänen Wider-

stand zu leisten und sich öffentlich mit einander verbrüdern, ein deutliches Zeichen dafür, dass die einem Kriege abholden Kräfte viel stärker sind als man annahm? Der Widerstand gegen die Flottenprogramme wird vielleicht nicht sofort erfolgreich sein. Ich sehe wenigstens nicht, wie er das sein könnte. Aber die Gefahr des Augenblicks besteht darin, dass die Masse der beiden Völker in den törichten und verhängnisvollen Glauben versetzt wird, ein Krieg sei *unvermeidlich*. Widerstand hiergegen, der von einer verantwortlichen Stelle ausgeht, nicht nur von der abgesonderten Schar der Friedensgesellschaften, wird die Völker aufwühlen und ihnen die Tatsache zu Gemüte führen, dass starke Nationen sich nicht ruhig einem blinden Fatum beugen sondern für bestimmte Ziele kämpfen. Mit der Vorstellung, als ob es irgend etwas *Unvermeidliches* gäbe, muss aufgeräumt werden.

Der Protest muss aber in beiden Ländern erhoben werden. Ihn nur in einem Lande zu machen reicht nicht aus. Das könnte im Gegenteil eher schaden als nützen und vielleicht die Furcht wecken — wie es während des Burenkrieges geschah —, Verräter hätten ihre Hand im Spiele. In einem gewissen Umfang wird freilich die *gelbe Presse* beider Länder doch ihr übliches Geschrei erheben; wenn es aber klar ist, dass die Bewegung für den Frieden in dem einen Land der Widerhall einer gleichen Bewegung in dem andern ist, dann kann die Täuschung des Volkes keinen grossen Umfang annehmen.

Von diesen Erwägungen ausgehend haben die Mitglieder der Arbeiterpartei im englischen Parlament beschlossen, wenn es den deutschen Genossen angenehm ist, im nächsten Sommer schon Deutschland einen freundschaftlichen Besuch abzustatten. Wir haben diesen Herbst eine ausserordentliche Parlamentstagung, die uns alle an London fesselt; zu Weihnachten und Neujahr kann man aus Rücksicht auf die vielen häuslichen Verpflichtungen und Pflichten gegen die Wahlkreise eine solche Reise nicht unternehmen; während der Osterferien müssen viele von uns an den jährlichen Tagungen unserer Parteien und unserer Gewerkschaften teilnehmen; so bieten uns denn die Sommerferien die erste Möglichkeit zu dem Besuch. Wahrscheinlich würden 20 von uns für eine Woche oder 10 Tage nach Deutschland kommen können. Wenn unsere deutschen Parteigenossen eine solche Reise für nützlich halten: wir stehen ihnen zur Verfügung. Wir zu unserem Teil sind der Meinung, dass eine solche Demonstration freundschaftlicher Gesinnung zwischen den Vertretern der deutschen und englischen Parteien den besten Eindruck auf die öffentliche Meinung in Grossbritannien machen würde; und wenn unserer Deutschlandreise ein Besuch Englands durch Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vorhergehen oder folgen würde, so würde das den Eindruck nur noch mehr verstärken. Wir würden sie mit der grössten Herzlichkeit empfangen, und wenn ihr Besuch zeitlich mit der Tagung unseres Parlaments zusammenfiel — wir tagen vom 12. Oktober bis ungefähr zum 18. Dezember und dann von Mitte Februar bis Ostern —, dann könnte sich die Gelegenheit einer ungewöhnlich eindrucksvollen Demonstration ergeben, so eindrucksvoll in der Tat, dass sie in der Geschichte der internationalen Friedensbestrebungen einzig dastände. Der Erfolg wäre umso sicherer, wenn die Bekräftigung brüderlicher Gesinnung zwischen den parlamentarischen Vertretern beider Länder stattfände; der Parteitag in Nürnberg möge sich der Sache annehmen.

Ob mein Vorschlag nun gut oder schlecht ist, jedenfalls muss etwas geschehen.

Wir wandeln am Rande des Abgrunds. Das mag vielleicht noch jahrelang so wie bisher weitergehen, aber es kann sich auch plötzlich ein Sturm erheben, der uns in den Abgrund fegt. Der Reichtum der Völker, den wir für soziale Zwecke, für die Ebnung des Weges zum Sozialismus, so notwendig brauchen, wird für Kanonen und Panzerplatten vergeudet. Das kann so nicht weitergehen. Die Nerven der Völker halten es nicht aus. Eines Tages wird in unseren Nationen der Gedanke entstehen der Sache ein Ende zu machen, geradeso wie ein armer Verrückter schliesslich seinen Frieden im Selbstmord sucht. Wer kann einen bessern Vorschlag machen? Wer kann das Vertrauen zwischen den beiden Völkern wiederherstellen? Wer kann den dunklen Schatten bannen? Einzig und allein die sozialistischen und Arbeiterparteien beider Länder. Und jetzt ist es Zeit für sie etwas zu tun, wenn sie überhaupt etwas tun wollen.

XX

JANKO SAKASOW · DIE TÜRKISCHE REVOLUTION



UNMITTELBAR nach dem Ausbruch einer Revolution über ihren Verlauf zu schreiben ist nicht nur übereilt sondern unmöglich, da alle Ereignisse und Umwälzungen noch im Schoss der Zukunft liegen. Die jetzt ausgebrochene türkische Revolution ist keine der sonst in orientalischen Staaten üblichen Palastrevolten; sie ist auch kein militärisches Pronunziamento, das einer anderen Partei zur Regierungsgewalt verhilft: die türkische Revolution gleicht jenen grossen bürgerlichen Erhebungen wie sie sich in der englischen, der französischen und auch der deutschen Geschichte darstellen, wie sie sich in Russland im Jahre 1905 abspielte. Sie ist der Austrag des aufs äusserste zugespitzten gesellschaftlichen Konflikts zwischen dem aufsteigenden Bürgertum mit all seinen Mitläufern von Bauern, Handwerkern und Proletariern und der absolutistisch-feudal-bureaukratischen Gewalt. Eine gründliche gesellschaftliche und politische Umwälzung des alten türkischen Reiches steht bevor, deren erster Beginn eben jetzt die Revolution ist.

Die Jungtürken sind die Ideologen des aufsteigenden Bürgertums aller Nationalitäten des türkischen Reichs. Man hat bisher sehr wenig von einem national-türkischen Bürgertum gehört, einer Klasse von Finanzleuten und Industriellen. Die Türken sind entweder Bauern und kleine Gutsbesitzer oder Geistliche, Beamte und Krieger. Nur wenig kleine Handwerker und Krämer gibt es unter ihnen. Die Jungtürken sind daher die Repräsentanten aller modernen Forderungen der Bevölkerung, sind die Träger der modernen Staatsidee, deren Durchführung für die Erhaltung der Souveränität eine absolute Notwendigkeit ist. Am Anfang der jungtürkischen Bewegung, vor zirka 35 Jahren, war es Midhad Pascha, der intelligente, westeuropäisch gebildete Staatsmann, der in den siebziger Jahren Gouverneur des Tunawilajets (des Donaugebiets, ungefähr das Territorium des jetzigen Fürstentums Bulgarien) war, der mit weitem Blick die zwingende Notwendigkeit einer gründlichen Reform des damaligen türkischen Reiches erkannte und der die erste Konstitution vom Jahre 1876 zu stande brachte. Nur für einen kurzen Augenblick glänzten die Freiheitslichter dieser Verfassung, um bald von dem Blut des russisch-türkischen Krieges gelöscht zu werden. Midhad Pascha selbst wurde auf Lebenszeit verbannt. Dieser Jungtürke war auch ein Ideologe, aber er vertrat nicht die türkische

Bevölkerung, die damals noch rückständiger war als heute, sondern nur jene vorgeschrittensten türkischen Provinzen, die von Bulgaren bewohnt waren. Rustschuck, die Hauptstadt des Tunawilajets, Widdin, Sistow, Sifistria, Tultscha, Küstendje (das jetzige Constantza), Gabrowo, Plewna, Sofia: das waren damals die vorgeschrittensten Städte, in denen Handwerk und Handel blühten. Die Forderungen dieses bulgarischen Bürgertums und die noch weiter entwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse in Konstantinopel bildeten die Grundlage für die damalige jungtürkische politische Ideologie. Erst nach dem Aufstand Bosniens und der Herzegowina und nach dem serbisch-türkischen Krieg vom Jahre 1875, nach dem blutigen Bulgarenaufstand im Jahre 1876 und nach der Ermordung zweier Sultane, Abdul Asis' und Murads V., hatte die jungtürkische Bewegung die Kraft gewonnen eine schwindsüchtige Verfassung ins Leben zu rufen.

Das wiederholt sich für das türkische Reich im Jahre 1908, denn die politische Indolenz der türkischen Bevölkerung ist schuld daran, dass es nicht im stande ist seine eigene Geschichte zu machen. Seit dreissig Jahren hört man von Unruhen in der Türkei nur in zwei Gebieten: in Armenien und in Mazedonien. Die jahrelangen Revolten der Bevölkerung in diesen Gebieten sind allbekannt. Es ist der Drang nach Freiheit und Selbstbestimmung, der die aufstrebenden bürgerlichen Klassen dieser Gegenden anspornt. Da aber die herrschende Nation, die türkische Bevölkerung selbst, noch zu tief unter den anderen Nationen steht, kann sie die Trägerin dieser Freiheitsbewegung nicht werden: sie wird zur Stütze eines menschenmörderischen Absolutismus, der allen Staatsangehörigen auf die Dauer zur Last wird. Jeder Denkende im Reich fühlt das Unnatürliche der Situation: Das Reich muss reformiert werden, das heisst, es muss sich zu höheren politischen Formen fortentwickeln, oder die vorgeschrittenen Gebiete und Länder müssen von ihm abbröckeln, abgesondert werden. Das ist übrigens das Schicksal des osmanischen Reichs. Seit einem Jahrhundert lösen sich ganze Länder von ihm ab. Griechenland, Serbien, Rumänien, Bulgarien, Bosnien, Ägypten, Zypern und Kreta wurden mit Gewalt von der türkischen Herrschaft befreit. Die Reihe kam jetzt an Armenien und Mazedonien. Vor zehn Jahren wurde ein Aufstand in Armenien in Strömen Blutes erstickt; 60 000 Menschen wurden allein in Konstantinopel ungebracht. Im Jahre 1902 machte Mazedonien unmenschliche Anstrengungen das schändliche Joch abzuschütteln. Wieder floss das Blut in Strömen. Hunderttausende von Menschen, Frauen, Kinder und Greise, flüchteten in die Gebirge oder ins Fürstentum Bulgarien. Dann begann in einem Schnecken gang die *Pazifizierung* und *Reformierung* des Landes. Die fremden Gendarmerieoffiziere, die erzwungenen Gerichts- und Finanzreformen, das fortwährende Einmischen der fremden Mächte in die inneren Angelegenheiten der Türkei einerseits und die von Jahr zu Jahr skandalösere Misswirtschaft mit der endlosen Plünderung, Bedrückung und Spionage der eigenen Bevölkerung, der Beamtenschaft und des Militärs andererseits gaben der wieder auflebenden jungtürkischen Bewegung reiche Nahrung.

Seit Jahren besteht sie, diese Bewegung. Man sah die Jungtürken in Genf, Paris, in Bulgarien: die intelligenten Beamten, die Militärs, die Studenten. Aber was für eine Bedeutung konnten sie haben? Die Masse der türkischen Bevölkerung war ihren Bestrebungen noch fremd. Eine aufsteigende bürger-

liche Klasse sah man unter den Türken nirgends, vielleicht Konstantinopel ausgenommen. Und jetzt auf einmal eine grossartige Bewegung, getragen vom Militär, unterstützt von der Bevölkerung, ein *Delirium der Massen*, wie die türkischen Zeitungen selbst melden, also eine bürgerliche Revolution mit Hochrufen auf Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit. Ja, das alles sagt, dass kein Mensch sich auf die Dauer allem Menschlichen entfremden kann. Umgeben und gedrängt von konstitutionell regierten Ländern, durchwühlt von Banden, die auf die Freiheit schworen, das aufreizende Beispiel des japanischen Aufstiegs, die Revolutionen in Russland, in Montenegro, in Persien, die blutigen Kämpfe für die Freiheit und Selbstbestimmung der Massen, die überraschende wirtschaftliche Entwicklung Konstantinopels und anderer türkischen Zentren und über alledem die unerträgliche Schmach und Schande der Sultausregierung, das alles veränderte mit der Zeit die Ideologie und Psychologie der oberen Schichten des türkischen Volkes.

Der Mittelpunkt der Bewegung ist Mazedonien und hauptsächlich das Sand-schak Monastir, das auch ein Zentrum bulgarischer Revolutionäre war und ist. Die Hauptführer sind Militärs, die ihre Verbindungen zuerst in Konstantinopel haben; dann gehen sie über den Bosphorus und knüpfen solche in Kleinasien an. Alles ist fertig. In Mazedonien, in Konstantinopel, in Kleinasien wird man sich der oberen Militärkommandierenden bemächtigen; hundert Offiziere sind bereit im Yildis-Kiosk einzudringen, den Sultan zu töten und dann die Konstitution zu proklamieren. Aber, wie gewöhnlich bei solchen Verschwörungen, ein unvorhergesehener Zufall beschleunigt die Ereignisse. Niasy Bey, einer der Hauptführer in Monastir, wird verdächtigt, man will zu seiner Verhaftung schreiten, und er zieht sich mit einer Abteilung Soldaten ins Gebirge zurück. Das übrige Militär weigert sich ihn zu verfolgen. Man ist der mazedonischen Truppen nicht sicher. Die Offiziere in Kleinasien weigern sich nach Mazedonien zu marschieren. Yildis zittert und fragt, was man wolle. *Freiheit* ist die Antwort. Und bevor man sich im Yildis-Kiosk entscheidet, kehrt Niasy Bey mit einer tausendköpfigen Menge nach Monastir zurück; das ganze Heer ist bereit, die Bevölkerung, Türken, Bulgaren, Griechen, jubeln, und auf dem Felde vor den freiheitstrunkenen Massen und Truppen wird auf einer Kanone mit flatternden Freiheitsfahnen die Verfassung proklamiert. Dann entscheidet sich der Yildis. In 24 Stunden wird aus dem bluttrunkenen Sultan der *Vater seines Volkes*. Er akzeptiert die Verfassung von 1876, wechselt den Grosswesir, die Minister, schwört auf die Freiheit und fordert seine Untertanen auf »friedlich weiter zu arbeiten«. Aber die Bewegung greift weiter und weiter um sich. Die Volksmassen werden bis in ihre Tiefen aufgerüttelt. Konstantinopel, besonders das Stadtviertel Stambul, wird tagelang der Schauplatz von Manifestationen europäischer Art, von Massenmeetings, Freiheitsreden usw. Man verlangt den Sultan zu sehen, um aus seinem eigenen Munde die Verkündung der Freiheit zu hören. Und in Mazedonien geschieht das Unglaubliche: Türken, Bulgaren, Griechen umarmen einander. Bulgarische Bandenführer steigen von den Bergen in die Täler hinab, werden von allen Nationalitäten jubelnd empfangen und zu Deputierten ernannt. Griechische Bandenhäuptlinge werden von türkischen Offizieren begrüsst und veranstalten gemeinsame Banketts. Alles deutet darauf hin, dass der jungtürkische Militäraufstand von einer bürgerlichen Revolution unterstützt, ja abgelöst wird.

Aber die sozialen Grundlagen für eine solche Revolution scheinen weder sicher noch breit genug zu sein. Die herrschende Nation, die Türken, wird durch die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht so stark zu politischer Selbstbestimmung gedrängt. Die oberen Schichten sind in zwei Lager gespalten: Die Mehrheit ist zu sehr an das alte Regime gewohnt und zieht ihren guten Vorteil daraus; die revolutionäre Minderheit, die Jungtürken, hat wohl die Intelligenz und die Jugend für sich, aber ihre notgedrungene Verbrüderung mit den revolutionären Bulgaren und Griechen schadet ihr merklich bei den unteren Schichten der türkischen Bevölkerung. Die ganze Kraft der Revolution ist noch immer in Monastir und Saloniki konzentriert, wo die bulgarische revolutionäre Bewegung am stärksten ist. Im Komitee der Jungtürken sitzen Bulgaren und Griechen. Wird es eine Konterrevolution geben, wird am Ende das Ganze zu einer vorübergehend aufflackernden revolutionären Erhebung zusammenschrumpfen? Wenn man die Grausamkeiten der Konterrevolution in Russland und Persien vor Augen hat, kann man sich ungefähr vorstellen, wie der blutige Sultan zu Werke gehen würde. Und noch etwas muss man bedenken. Während in Petersburg und Teheran die ganze Wut der Reaktion sich gegen die eigenen Volks- und Glaubensgenossen richtete, würde sich hier in der Türkei die wiedererstandene Hydra der Rache gegen die Häupter der christlichen Bevölkerung erheben.

Jetzt kehren die verjagten Mazedonier wieder in ihre Heimat zurück, bangen Herzens, aber doch mit der Hoffnung, dass es endlich auch für sie eine freie Heimat und die Möglichkeit eines erträglichen Lebens gebe. Die offiziellen Würdenträger Bulgariens, Serbiens und Griechenlands sind über die Umwälzungen in der Türkei nicht sehr erbaut. Bulgarien fürchtet ein gutes Stück Landes für lange Zeit verloren zu haben. Die griechischen Behörden sehen mit Angst, wie ihre Volksgenossen in der freien Türkei zu einer verschwindenden Minderheit zusammenschrumpfen, und die serbischen Offiziösen jammern, dass, während die Jungtürken mit Griechen und Bulgaren fraternisieren und gemeinsame Sache machen, sie, die Serben, nicht einmal ein Häuflein Serben zusammenbringen können, die den Türken irgendwie imponieren sollten. So bringt ein natürlicher Zustand ein natürliches Kräfteverhältnis mit sich.

Eine freie, konstitutionelle Türkei ist, wenn der grosse Allah sie zu stande kommen lässt, die beste Lösung der Orientfrage. Manche Illusionen werden sich freilich verflüchtigen, aber das Völkergemisch in dem Sultansreich wird ewig die Stunde segnen, die ihm die Freiheit der Selbstbestimmung sichert. Die nächste Zukunft wird schon zeigen, ob sich eine völlig neue Konstellation in den orientalischen Dingen eröffnet, oder ob die Schrecken einer Gegenrevolution des Sultans die Wirren auf dem Balkan zu einer Katastrophe treiben.

XX

KARL LEUTHNER · DIE ERNEUERUNG DER TÜRKEI



ER über die türkische Staatsumwälzung seine Meinung abzugeben sich anschickt, dem ist zu raten, dass er die Weisheit in bescheidene Worte kleide. Muss er nicht die Frage des Spötters fürchten, warum er so spät mit seinen Prophezeiungen herausrückte? Wahrscheinlich, ein grosser Ruhm war zu erwerben, wenn einer in dem Rumel der Revaler Tage nur die zweifelnde Bemerkung gemacht hätte, ob der

Bär wohl schon erlegt, ob das türkische Volk bereitwillig sei die ihm zugedachte Operation über sich ergehen zu lassen? Allein, wer zweifelte damals, das heisst noch vor zwei Monaten? Und gab es überhaupt ein türkisches Volk? Man hatte es höchstens mit dem in Sünden und Lüsten grau gewordenen Padi-schah zu tun, dem der Krieg, den er mit Zehntausenden Spionen gegen seine eigenen Untertanen führte, Zeit und Kraft nicht liess die Rechte seines Reichs nach aussen zu wahren Aber wenige Tage nachher war das Revaler Reformprojekt wegblasen, sass der allmächtige Sultan in zitternder, hilfloser Angst in seinem Palast, und auf dem Plane stand allein das nie genannte, nie beachtete türkische Volk. Ein beispielloser Szenenwechsel, dergleichen die Jahrbücher aller Zeiten nicht vermelden. Wäre er uns aus der Vergangenheit überliefert, so würden wir wohl an der Treue der Überlieferung zweifeln. Hier zwingt uns der grobe Augenschein zu glauben, wo wir doch weit entfernt sind das, was wir wahrnehmen, auch zu begreifen. Denn wie erklärt es sich doch, dass die europäischen Mächte, die seit Jahrzehnten die Türkei argusäugig bewachen, die an ihren Gesandten, Konsuln, sich in die Verwaltung einmengen- den Kommissaren, an Truppeninstruktoren, Händlern, Journalisten, gelehrten und ungelehrten Reisenden tausend und abertausend Aufpasser im Lande haben, nicht das mindeste von der inneren Bewegung merkten: nichts von der mili-tärischen Revolutionsorganisation, die nach und nach das ganze Heer umspannte, nichts von den liberalen Neigungen der intelligenteren Schichten, nichts selbst von der Bereitheit des Volkes eine grosse Reform aufzunehmen und von den Verhandlungen, die sich zwischen christlichen Bandenführern und Jung-türken, wie es scheint, schon seit längerer Zeit angesponnen hatten? Nun aber, da wir uns über die Kräfte, die im Innersten das Leben des nahen Orients be-wegen, so ununterrichtet gezeigt haben, wie wollen wir darüber urteilen, was diese Kräfte, einmal entfesselt, etwa vermögen, und in welcher Richtung sie weiter streben werden? Hier ist alles, was man wissen kann, dies, dass man nichts weiss.

Indes, vielleicht könnte uns aus dem Nichtwissen sogar eine wichtige Erkenntnis aufdämmern, und aus dem sokratischen Grundsatz, wenn wir ihn nur statt auf die Türkei auf die ganze muhamedanische Welt anwenden, ein fruchtbares heuristisches Prinzip werden. Wir hatten keine Ahnung, was im Innern des türkischen Volks vorgelt: sind uns die Meinungen, Strebungen, die latenten Kräfte, die in den Volksmassen von Algier, Ägypten, Zentralrussland, Indien schlummern, besser bekannt? Wir haben sie bisher bei allen Betrachtungen über die englische, französische und russische Weltpolitik unberücksichtigt ge-lassen, wie etwa das türkische Volk in der Revaler Rechnung als Null eingesetzt war. Nun leuchtet uns doch wenigstens das ein, dass wir so nicht mehr ver-fahren können. Ja, es taucht der Gedanke auf und will sich nicht abweisen lassen, ob die Unruhe und Vielgeschäftigkeit der englischen Politik, die Europa seit drei Jahren in Bangen hält, nicht irgendwie mit den unheildrohenden Prozessen zusammenhängt, die sich im Innern der muhamedanischen Völker vollziehen. England gebietet über 80 Millionen Menschen dieses Glaubens. Man vergegenwärtige sich, was diese Zahl bedeutet. Ist es so abenteuerlich zu denken, dass Deutschland bei den Manövern der britischen Diplomatie vielfach nicht das wirkliche sondern nur das markierte Ziel war? Dass der Deutschen-hass zwar trefflich dazu dienen konnte die englischen Massen opferbereiter,

Frankreich und Russland dienstwilliger zu machen; dass es aber nicht nur Weg sondern Ziel für die englische Politik war, wenn sie die französische Republik durch das marokkanische Abenteuer noch tiefer in den Gegensatz zur muhamedanischen Welt stiess und durch die Preisgebung der Türkei an Russlands Willkür die Autorität des Kalifats zu schwächen suchte? Denn eine Demütigung des muhamedanischen Selbständigkeitsdranges käme England heute allerdings sehr zu statten.

Zu einem tieferen Verständnis der türkischen Vorgänge führen diese Erwägungen, die sie freilich in den weiten Rahmen ihrer Weltbedeutung stellen, noch nicht. Aber einstweilen ist da überhaupt mehr zu fragen als zu sagen. Es mag nicht viel Schwierigkeit bereiten, da nun einmal die Revolution sich als siegreich erwiesen hat, den Fortgang der Ereignisse unter das alte Schema der unüberwindlichen Macht des Volkswillens und der morschen Stützen jedes Despotismus zu bringen. Nur dass eins immerhin stört: Was sonst überall das eigentliche Fundament der absoluten Herrschergewalt ausmacht, die Armee, hat eben die Umwälzung vollbracht; und wiederum ehe man von *Volk* in der Türkei redet, müsste man sich einigen, was darunter zu verstehen sei: Bulgaren, Serben, Griechen, Türken, Krutzowalachen, Kurden, Armenier haben sich un- ausgesetzt und bis in die letzten Wochen blutig bekämpft in einem Krieg grauensvoller Mord- und Schandtat. Jetzt stehen sie einmütig und versöhnt am gemeinsamen Werk, und mit den jungtürkischen Offizierskomitees verhandeln die Bandenführer über die künftige Gestaltung eines Reichs, das mit äusserer Hilfe von innen heraus zu zerstören sie bisher bemüht gewesen. Man sucht die Bedeutung dieser überraschenden Tatsachen damit zu begrenzen, dass man sagt: im Sturz des Despotismus, der alle bedrückt hat, in der Negation könnten sich diese heterogenen Elemente wohl finden; aber wenn die Nutzniesser des Bandenkriegs, die Pensionäre Serbiens und Bulgariens, einstweilen aus Schlaubeit anhalten und abwarten, was kommen will, wie dürfte jemand meinen, sie würden dauernd Frieden halten, wo sie doch vom Kriege üppigen Gewinn ziehen? Immerhin. Allein, liegt nicht eine andere Erwägung näher? Wäre es nicht das natürlichste, dass innere Wirren des herrschenden Volks die Losreissungsbestrebungen bei den Beherrschten ermuntern müssten? Das Gegenteil von dem, was sonst die Regel bildet, ist in der Türkei eingetreten. Jedenfalls stellt es für die Fähigkeit des jungtürkischen Komitees die Kräfte des Reichs zusammenzufassen das glänzendste Zeugnis aus, dass sich ihnen freiwillig diejenigen unterwarfen, die gegen die Macht des Sultans jahrelang in Unbotmässigkeit verharret hatten. Noch mehr aber muss man bewundern, dass eine noch dazu national gerichtete Revolution auf die Macht populärer Neigungen und Meinungen, auf die Entfaltung des muhamedanischen Hasses gegen die christlichen Empörer und Landesverwüster verzichten konnte: sie verzichtete aber mit Klugheit, denn die Verträge mit den Bandenführern nehmen den Grossmächten alle Gelegenheiten der Einmischung aus der Hand.

Die nationalen und konfessionellen Gegensätze bleiben deshalb bestehen. Doch gilt es sich klar zu machen, welche Schranken sie in der Türkei haben. Seit die Donaufürstentümer und Bulgarien selbständig geworden sind, gibt es im osmanischen Reich, von den Inselgriechen und teilweise den Armeniern abgesehen, keine christlichen Volksstämme, die geschlossen auf einem grössern Gebiet wohnen. In Mazedonien zum Beispiel leben 6 Nationen bunt durch

einander gewürfelt, und die Muhamedaner machen hier noch immer ein Drittel der Bevölkerung aus. Die *Befreiung* Mazedoniens ist sonach eine geographisch-ethnographische Unmöglichkeit. Man kann in diesem Lande oder einem seiner grösseren Teile nie eine Herrschaft aufrichten, die nicht zugleich eine Fremdherrschaft wäre. Von der griechischen, jüdischen, armenischen Beimengung der Stadtbevölkerungen, von den in einander gemengten kurdischen und türkischen Dörfern gilt noch in höherem Masse, dass ihren Selbstständigkeitsbestrebungen die geographische Basis fehlt. So wie den Magyaren von den wirtschaftlich hochstehenden Deutschen, weil sie zerstreut gesiedelt sind, gar keine, von den kulturell verkümmerten, aber in kompakter Masse stehenden Rumänen hohe Gefahr droht, so verweist den grössten Teil der Völkerstämme des türkischen Reichs das Fehlen der geographischen Grundlage auf eine eingeschränkte nationale Bewegung. Aber was zum Sterben zu viel ist, kann doch zum Leben zu wenig sein. Wie sich so scharfe Kontraste im Parlament ausgleichen werden, sobald erst die moralische Wirkung einer neu errungenen Konstitution abgeschwächt ist, vermag niemand zu sagen. Dagegen wird der bedeutungsvollste nationale Gegensatz, der albanisch-türkische in Europa, der türkisch-arabische in Asien, zunächst noch durch die konfessionellen Zusammenhänge überbrückt und mindestens so lange nicht aufklaffen, als hier die slavischen Bestrebungen, dort die englische Fremdherrschaft eine gemeinsame Gefahr darbieten.

Diese Sorgen der Zukunft verschwinden im Augenblick vor der überragenden Tatsache einer planvollen, ihrer Mittel und Zwecke bewussten Leitung der Revolution. Sie verleiht der Bewegung ihr eigentümlich Unterscheidendes, sie entwanfnet auch das Bedenken, das sich sonst zunächst aufdrängen würde: ob das türkische Volk wohl für eine Verfassung reif sei. Ja, man wird überhaupt nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte diesen Einwand nur sehr sparsam verwenden können. Wie geschickt tragen die Japaner ihr europäisches Gewand, wie wirksam wussten die Kaukasier in der ersten und zweiten *Duma* die parlamentarische Tribüne zu verwerten, wie haben mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die Analphabeten Galiziens reformierend in die verrottete Wirtschaft der Provinz eingegriffen, während die beschränkte historische Wahlordnung Ungarns ein Brutnest der Korruption ist, und in Serbien bei freieren wie bei begrenzteren Verfassungsformen ein toller Trubel schmutziger Leidenschaften waltet. Man muss sich hier wie sonst hüten west- und mitteleuropäische Erfahrungen auf den Osten oder gar auf Asien zu übertragen. Die Erfindung der modernen Waffentechnik hatte eine durch Jahrhunderte sich erstreckende Folge geistiger Anstrengungen zur Voraussetzung. Ihre Anwendung gelingt Halbwildern; höherorganisierten Völkern fällt es sogar leicht unsere gesamten technischen Errungenschaften sich lernend zu eigen zu machen. So ruht auch die Ausbildung des Repräsentativsystems geschichtlich auf einem unendlich komplizierten Ablauf sozialer und ideeller Prozesse: die Regel, in der das Ergebnis mit abstrakten Gedanken ausgedrückt wird, ist aber leicht übertragbar. Man mag spotten, die Konstantinopler Volksmenge erwarte vom Parlament alles Gute und Süsse zwischen Himmel und Erden. Doch wo gäbe es eine Konstitution, hätte sie die Zeit abwarten müssen, da die Wirksamkeit des Staates und deren Grenzen für alle im Volk eine klare Vorstellung sind?

Überall mussten Reformen, die vielleicht das Resultat subtiler Gedankenarbeit

waren, den Punkt suchen, wo sie mit dem naiven Wollen und Meinen Berührung fanden, und nicht darin liegt die Umwälzung der Dinge, dass europäisch unterrichtete und gebildete Offiziere und Beamte der Türkei Verfassungsrezepte des Abendlandes nachschreiben, sondern in dem ausserordentlichen Umstand, dass die Massen für den Gedanken der Volksvertretung empfänglich sind, dass der uralte orientalische Grundsatz von dem Herrscher als der gottgeweihten, gottvertretenden Macht das Repräsentativsystem und damit die Souveränität des Volkes neben sich entstehen lässt. Ja, man könnte wohl sagen, dass bei der Übertragung fertiger Resultate der Kulturarbeit auf zurückgebliebene Völker viele Schwierigkeiten wegfallen, die dem Fortschritt und Formenwandel innerhalb eines alten Kulturvolkes entgegenstehen. Dort, wo eine Staatsordnung originär erwachsen ist, hat jeder Teil und jeder Satz seine Geschichte und individuelle Bedeutung. Das parlamentarische England duldet die Prügelstrafe; dem Russen, der parlamentarisch gesinnt ist, ist dies unfassbar, ihm liegen die liberal-humanitären Gedankenbildungen wie ein fertiges, zugleich entstandenes Ganze auf einer Ebene. Der deutsche Adlige und Beamte ist durch Geschichte und Kultur mit den Ideen des starken Königstums verquickt, der türkische nimmt den Parlamentarismus als ein zugehöriges und unablösbares Stück der europäischen Gesittung auf, mit der er sich über die elende Verwahrlosung seines Volkes erheben will. So kann sogar der Scheich ül Islam, der Vertreter der konservativsten Macht auf Erden, zum Förderer des konstitutionellen Gedankens werden. Denn zwischen dem Muhamedanismus und der Verfassung gibt es nur Fremdheit, keinen Gegensatz. Allerdings wird nun auch, wenn Einrichtungen zu einem fremden Volke, auf eine völlig andere Kulturstufe übertragen werden, ihrem Fortleben zunächst die innere Beseelung fehlen, die in tausend Nuancen des Meinens und Strebens altes historisches Leben schafft. Am Ende findet sich zwar auch hierfür ein Ersatz. Ist für Russen und Türken Parlament und Verfassung nichts innerlich Erlebtes, so vermögen doch beide die neue Staatsform mit einem grossen Sinn zu erfüllen. Selbst die konservative *Duma* steht unendlich hoch über den zum Teil sehr demokratischen und dennoch gänzlich verluterten Parlamenten der Balkankleinstaaten. Glanz und Macht des Staates, seine reiche Geschichte, dann weite Erstreckung und die Fülle seiner Aufgaben, kurz das Pathos, mit dem das Wort *Russland* oder *Türkei* den Russen und den Türken durchdringen kann, geben der politischen Tätigkeit von vornherein grosse Ziele und emporführende Gedanken. Die vergangene Grösse der Despotie wird zum Piedestal der neuen Grösse, die sich auf dem Volksgrunde aufbauen soll.

Dies führt uns dann auch dem verborgenen Sinn der türkischen Revolution vielleicht näher. Sie ist das Werk von Offizieren, muhamedanische Geistliche und Beamte sind ihre eifrigsten Anhänger. Aber als Revolution der Armee ist sie doch weit entfernt eine Militärrevolte zu sein. Das Heer stellt sich nicht dem Staat gegenüber, um seine Gewalt dem Ehrgeiz der Führer zu unterwerfen, sondern diese Führer fühlen sich selbst als Vertreter des Staates und Volkes, als dessen vom Schicksal ausersehene Retter. Wenn jede Revolution sittliche und geistige Ideale einer bestimmten Zeit, die eine Volksmacht geworden sind, in gewaltsamen Explosionen zum Ausdruck bringt, so machen sich die türkischen Offiziere zum Werkzeug der Erneuerung ihres Volkes. In seinem Namen haben sie sich erhoben den Despotismus Abdul Hamids zu zertrümmern. Was sie

unternehmen, ist in der Tat eine echte Revolution; doch von der spezifischen Art des Mittels, das in ihre Hand gelegt ist, der organisierten Gewalt des Staates, nehmen sie den Vorteil ab, dass sie die dämonischen Mächte nicht entfesseln müssen, mittels deren sich sonst Revolutionen durchsetzen. Der Umsturz kann planvoll als Umbau, die Staatsumwälzung als Staatsreform ins Werk gerichtet werden. Und anders wäre die Revolution in der Türkei kaum denkbar. Wie sollte in dem bunten Nationsgemenge dieses Staatswesens eine chaotische Volksbewegung sich zu dauernden Gestaltungen abklären?

So wäre es denn töricht, wenn man gegen die türkische Revolution den Ursprung aus dem Heereslager als Einwand verwerthen wollte. Mag man aber durchaus dem Aufstand der Offiziere den Rang einer Revolution nicht zugestehen, so dürfte die japanische Staatsreform ein verdeutlichendes Bild geben. Es herrscht zwischen beiden viel Ähnlichkeit des Anlasses und der tiefsten Motive. Wie die Reformatoren Japans die Heimat europäisierten, um gegen europäische Einflüsse und Angriffe ihre Unabhängigkeit zu retten, so waren es die türkischen Offiziere als der am meisten europäisch gebildete Stand, die den Verfall des grossen Reiches, die Einnischungen der fremden Mächte, die demütigende Vormundenschaft Europas schmerzlich empfanden. Und wirken auch bei Offizieren und Mannschaften nähere, aus der Standeslage entspringende Interessen unterstützend mit: es tritt doch alles dies unter die beherrschende Idee der Rettung des vom Untergang bedrohten Reichs und Volks, gewinnt durch sie allein Kraft, Einigung und Hinlenkung auf einen höchsten politischen Zweck. Aus dem nationalstaatlichen Gedanken der Wiedergeburt der osmanischen Grösse hat die Idee der Freiheit Leben empfangen. Sie erscheint, wenigstens in der Vorstellung der eigentlichen Initiatoren der Bewegung — ebenso wie in Japan — als Mittel zum Zweck. Aber freilich findet auch ein durchgreifender Unterschied zwischen Japan und der Türkei statt. Dort ging die Umgestaltung von den legitimen Gewalten aus und war mit den stärksten Bürgschaften des Gelingens umgeben, hier von Komitees der Offiziere, die die höchste Macht im Staat usurpiert haben. Die Geschlossenheit der Aktion hängt an einem freiwilligen Zusammenhalt. Bricht der Fraktionsgeist unter den Offizieren aus, bevor das Werk getan ist, so kann sich die Revolution jeden Tag in eine gemeine Revolte verwandeln. Nötigt der Widerstand des Sultans die Führer der Bewegung der Revolution die Formen des Aufruhrs und Strassenkampfes zu leihen, so kann alles in der wilden Verwirrung der Rassen, Völker und Konfessionen untergehen.

XX
AUGUST FOREL · TODESSTRAFE UND SOZIALISMUS · ZUM FALL GRETE BEIER



INE kurz hingeworfene Antwort von mir auf eine private, den Fall der Grete Beier betreffende Anfrage hin, eine Antwort, die in meiner Idee nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, machte die Runde durch die deutsche Presse.¹⁾ Ich habe die Sache bereits richtig gestellt, will aber gern der Bitte der Redaktion der *Sozialistischen Monatshefte* entsprechen und in wenigen Worten meine Ansicht über die ganze

¹⁾ Nebenbei gesagt, habe ich diese meine Antwort niemals dementiert, wie ein Leipziger Blatt behauptet haben soll.

Frage geben.²⁾ Ich bin grundsätzlich gegen die Todesstrafe, nicht etwa weil sie gewisse Scheusale in Menschengestalt beseitigt, sondern weil die Richter sich irren können, weil sie an und für sich eine brutale Roheit ist — besonders in der Art, wie sie ausgeführt wird —, weil sie ihren Zweck, die Abschreckung, gar nicht erreicht sondern umgekehrt auf suggestivem Wege zum Verbrechen reizt — Blut ruft Blut hervor —, und endlich vor allem, weil der ganze Begriff der *Strafe*, von Menschen an Menschen ausgeübt, ein total verfehler ist und auf veralteten, teils barbarischen teils religiösen Anschauungen beruht.

Die Strafe als Sühne setzt eine volle Verantwortung und einen absolut freien Willen voraus, was beides an und für sich nicht existiert. Die Tatsache, dass es verbrecherische Ungeheuer gibt, beweist keineswegs, dass diese Ungeheuer aus freier Absicht Böses zu tun handeln, sondern vielmehr, dass ihr raubtierartiges Gehirn derart erblich veranlagt ist — oder gelegentlich, bei weniger schlechten Menschen, dass diese durch gewisse Umstände derart gereizt werden —, dass sie eben Verbrechen ausüben. Hier muss ich sehr entschieden einer in sozialistischen Kreisen weit verbreiteten Auffassung entgegentreten, die eigentlich nur von anarchistischen Wirrköpfen vertreten sein sollte, und nach der die heutige Gesellschaftsordnung, und spezieller der Kapitalismus, allein am Verbrechen schuld wäre. Es gibt sehr verschiedenartige Verbrechen.

Es gibt freilich Verbrechen, die keine sind; wie zum Beispiel das Heldentum eines Tyrannenmörders, das von der Seite des Tyrannen als Verbrechen betrachtet wird, und dergleichen mehr. Selbstverständlich werden alle diese Verbrechen verschwinden, wenn eine freie sozialdemokratische Organisation vorhanden sein wird. Dazu gehören auch Verbrechen wie Beamtenbeleidigung, Eidesverweigerung und dergleichen mehr. Es gibt ferner Verbrechen — und das räume ich diesen Sozialisten ein —, wie gewisse Formen des Diebstahls, die durch die kapitalistische Ordnung veranlasst werden. Aber es gibt weitere Verbrechen, die durch schlechte Genusssitten und menschliche Leidenschaften oder auch durch Krankheiten veranlasst sind. So zum Beispiel die ungeheuere Zahl der alkoholischen Verbrechen, die Verbrechen aus sexueller Leidenschaft oder Eifersucht, diejenigen der Geisteskranken auf grund von Wahnideen usw. Endlich gibt es eine bedeutende Zahl Verbrechen, deren Ursache in einer tief egoistischen, mit mehr oder weniger starken Leidenschaften verbundenen erblichen Anlage beruhen. Sofern der heutige Köder des Geldgewinnes wegfällt, mögen einige von ihnen später in Ausfall kommen. Aber die Mehrheit dieser Verbrechen ist davon unabhängig, besonders wenn es sich um Menschen handelt, die von Geburt an bar jeden ethischen Gefühls, jeden altruistischen Sympathiegefühls, wenn man lieber will: jeden sozialen Gefühls, sind. Viele Sozialisten bilden sich ein, man könne so ganz gemächlich die ganze Weltordnung auf purem Egoismus aufbauen. Das ist aber ein faustdicker Irrtum. Durch ihre Aufopferung für ihre Partei, durch ihr Solidaritätsgefühl beweisen die Sozialisten selber täglich das Gegenteil. Wenn ein Sozialist die Partei beschwindelt, das heisst sie nur zu egoistischen Zwecken ausnutzt, betrügt und ihr später untreu wird, entrüsten sich mit Recht seine Kameraden darüber. Was ist diese Entrüstung anderes als diejenige des sozialen Gefühls gegen den rücksichtslosen, ethisch defekten Egoisten? Die schönste und beste

²⁾ Ich verweise dabei auf meine Werke *Verbrechen und konstitutionelle Scelenabnormitäten* (München 1907) und *Die sexuelle Frage*, 7. Auflage (München 1907).

Erziehung, die prachtvollste Änderung der ganzen sozialen Ordnung werden niemals aus einem moralischen Idioten, das heisst aus einem Menschen, dessen Gehirn nur Raubtierinstinkte erblich und angeboren besitzt, und der keines Mitfühlens für seine Mitmenschen fähig ist, einen ethisch fühlenden Menschen machen; ein solcher Mensch wird höchstens ein Phrasendrescher und Heuchler werden. Die Katze lässt das Mäusen nicht. Aus nichts wird nichts. Da, wo jedes ethische Gefühl fehlt, kann solches nicht anerzogen werden. Dies kann ich nicht laut genug den Sozialisten zuzufügen. Derartige Menschen betrachten die übrige Menschheit nur als Ausbeutungsgegenstände zum beliebigen Missbrauch; eine andere Auffassung ist ihnen nicht beizubringen. Mit starken sexuellen und anderen Leidenschaften verbunden ist eine solche moralische Idiotie im höchsten Grade gefährlich und wird zu allen Zeiten Verbrechen erzeugen. Derartige Menschen sind, wenn sie sehr extrem sind, als pathologische Naturen, als Monstra, als erblich ethisch defekte Individuen zu betrachten. Viele unter ihnen sind auch sonst geistig abnorm, zum Beispiel sexuell pervers (Sadisten und dergleichen mehr), epileptisch oder hysterisch, usw. Besonders bei Frauen verbindet sich die Hysterie sehr gewöhnlich mit dem ethischen Defekt. Aber man darf nicht vergessen, dass der normale Mensch von Natur aus nicht gar so gut ist. Es liegt in ihm sehr viel Raubtier neben guten Regungen und Sympathiegefühlen. Die besten, die sich recht viel aufopfern, sind die erblichen Altruisten, und sie sind nicht so dick gesät. Zwischen ihnen und den eben erwähnten Ungeheuern gibt es einen grossen Haufen Übergänge in allen Nuancen, wo die schlechten erblichen Anlagen in sehr ungleichen Mischungen mit den guten sich verbinden. Manche liessen sich durch gute Schulung und Umgebung bei einer idealen Reformgesellschaft zu recht guten menschlichen Sozialwerten noch erziehen. Bei vielen anderen wird aber das Raubtier im Hirn noch recht böse Streiche spielen. Darüber dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben!

Dies gesagt, muss vom Standpunkt wissenschaftlicher und sozialer Aufklärung das ganze heutige Strafrecht für die Zukunft völlig umgestaltet werden. Es soll ein Schutzrecht der Gesellschaft gegen gemeinschädliche und gemeingefährliche Verbrecher werden. Nicht mehr und nicht weniger. Man muss daneben alle schädlichen und gefährlichen Elemente, soweit noch verbesserlich, zu verbessern trachten. Man darf aber nicht vergessen, dass es noch eine gute Zahl Unverbesserliche gibt, die man, wenn man will, auch unheilbar nennen kann; unheilbar und unverbesserlich ist von unserem Standpunkt aus genau das gleiche, was die bösen angeborenen Instinkte betrifft. Diese Leute braucht man deshalb nicht zu strafen, ihnen keine Sühne aufzuerlegen; man soll sie nicht misshandeln sondern unschädlich machen und zugleich nach Möglichkeit nützlich für die Gesellschaft arbeiten lassen. Das zukünftige Strafrecht hat ferner die Pflicht den Ursachen dieses Übels zu steuern und danach zu trachten, dass möglichst wenige solcher Ungeheuer erzeugt werden, indem einer vernünftigen menschlichen Zuchtwahl das Wort geredet wird. Hierzu wäre freilich eine vernünftige und bewusste Regelung der Zeugungen nötig.

Ich freue mich, dass das neue Werk eines deutschen Juristen, des Staatsanwalts Wulffen, vollständig mit mir in seinen Ergebnissen übereinstimmt, und ich kann mir das Vergnügen nicht versagen hier den Schlusssatz Wulffens wörtlich zu zitieren:

MAX SCHIPPEL · INDUSTRIE UND KAUFKRAFT DER LANDWIRTSCHAFT



UM Verständnis des Agrarschutzes der letzten drei Jahrzehnte — den wir hier, altem Partei- und Agitationsbrauch entsprechend, immer zunächst einfach mit dem Getreidebauerschutz zusammenfallen lassen — muss man vor allem auseinanderhalten lernen: Erhöhung altüberlieferter Normalpreise durch Zölle, also absolute Preissteigerung; oder Wiederemporzziehung von Krisenpreisen auf ein normales Niveau, also nur relative Preissteigerung. Das eine ist zweifellos Verteuerung und Brotwucher, ist, wie man das in den freisinnigen *ABC-Büchern* so schön lesen kann, Grundrentenbereicherung bei den oberen Zehntausend und unter Umständen Weissbluten bei den konsumierenden Massen. Aber was ist das andere?

Sicherlich ist es, wie sofort die erste ruhige Überlegung ergibt, fundamental- und grundverschieden von demjenigen Brotwucher, wie er — nach beinahe dreissigjähriger Erfahrung! — noch immer in den Köpfen einiger unverbesserlicher Altliberalen herumspukt. Denn mit der neuen und zweiten Art *Zollwucher* können sich, wie ich im vorigen Heft dieser Zeitschrift kurz wiederholte, recht wohl niedrigere absolute Preise als vor dem Zollschutz verbinden;¹⁾ die Preise sind alsdann infolge des Zollschutzes nur nicht derart niedrig, wie sie sich unter dem ungehemmten Volldruck der Agrarkrisis stellen würden. Diese andere Art von staatlichem Zolleingreifen bedeutet von vornherein und grundsätzlich weiter nichts als Verhinderung eines krisenhaften Preissturzes, der — im Gegensatz zu den gewöhnlichen, bekannten und gefürchteten industriellen Krisenpreisen — infolge grosser weltwirtschaftlicher Umwälzungen jahrzehntelang dauernd blieb und darum nicht wie bei Industriekrisen bloss zeitweilig sondern langandauernd produktionslähmend und schliesslich geradezu produktionsvernichtend wirken musste. Denn Krisenpreise hält ein Produktionszweig — man denke an die Krisen unserer Eisen- und Textilbranchen — wohl 3 oder 4 Jahre zur Not aus, aber nicht 3 oder 4 Jahrzehnte. Diese bezeichnete andere Art von staatlichem Zolleingreifen kann natürlich, in der weiteren praktischen Durchführung über eine gewisse Grenze hinausgetrieben, zur absoluten Verteuerung werden: sie kann das, aber sie braucht das keineswegs zu tun. Oder, um nochmals in bestimmten Ziffern zu reden: Ein Getreidezoll von 55 Mark wird stets, gegenüber dem zollfreien Weltmarktpreis, eine relative Preissteigerung um 55 Mark herbeiführen. Aber wenn der Krisenpreissturz gleichzeitig 75 Mark beträgt, so bleibt als Gesamtergebnis von Zollplus und Krisenminus noch immer die absolute Preisermässigung um 20 Mark. Andererseits, wenn auf Rechnung der Agrarkrisis nur ein Preisabfall um 45 Mark zu setzen wäre, so würde der selbe 55 Mark-Zoll allerdings, alle anderen Verhältnisse als konstant vorausgesetzt, identisch sein mit einer absoluten Verteuerung um 10 Mark — aber immer wieder nicht um 55 Mark, wie das bei den berühmten Eugen Richterschen Rechnungen glattweg als selbstverständlich unterstellt wird. Da in den letzten 3 Jahrzehnten die Agrarkrisis naturgemäss bald mildere bald schärfere Formen an-

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Dauernder Umschwung auf dem Getreideweltmarkt!* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 979 ff.

nahm, so lässt sich, wie kaum weiter bemerkt zu werden braucht, das Endurteil über blossen *Ausgleichs-* und wirklichen *Verteuerungszoll* immer nur von Fall zu Fall aus der Beobachtung der weltwirtschaftlichen Konkurrenzentwicklungen und der tatsächlichen Preisergebnisse gewinnen.

Niemand hat das klassischer zum Ausdruck gebracht als in der französischen Deputiertenkammer unser Genosse Jaurès, als er, im Verein mit seinen Parteifreunden, der bürgerlichen Krisenpreisbekämpfung durch den Zoll einfach eine staatssozialistische Preisgarantie glaubte entgegenstellen zu können. Am 16. Januar 1894, angesichts der bisher tiefsten Krisenwirkung, hatte Jaurès die landwirtschaftliche Produktion als die Stelle bezeichnet, »wo die Lebenskraft unseres Landes in diesem Augenblick vor allem bedroht erscheint«. Die Begründung des geforderten staatlichen Einfuhrmonopols liess alsdann keinerlei Zweifel darüber, dass unsere französischen Parteigenossen den getreideproduzierenden Landwirten wieder zu besseren, das heisst höheren Verkaufspreisen verhelfen wollten und meist nur den Zoll als geeignetes Mittel hierfür nicht ansahen:

»Das, was in Ihrem System [des staatlichen Eingreifens durch Zölle] das gewünschte, nicht aber sicher erreichbare Ziel ist, nämlich die Festhaltung eines bestimmten Preises, ist in unserem System der Ausgangspunkt.«

Die damals beantragte Zollerhöhung auf 70, nach anderen Vorschlägen auf 80 Francs — die 70 Francs, gleich 56 Mark, sind seitdem in Frankreich geltender Weizenzollsatz geworden und geblieben — strebe, nach der Anschauung der französischen Agrarier, gleichfalls einem Preise von 250 Francs zu, aber der Zoll sei ein roher, launenhafter Notbehelf; bei abnormem Weltmarktspreindruck lasse er in Frankreich die mit Recht erstrebte Preisnorm noch immer nicht erreichen (bei einem 70 oder 80 Francs-Zoll nicht erreichen!), dagegen schraube er bei abnormer Weltmarktsteuerung wiederum den französischen Preis viel zu hoch, vielleicht mitunter sogar zu unerträglicher Notstandshöhe empor:

»In der Tat, ich behaupte, dass unser System offenbar von viel durchschlagenderer Wirksamkeit sein wird, weil es zum Ausgangspunkt macht, was für Sie ein sehr problematisches Endziel ist. Was erstreben Sie, wenn Sie solche Zölle schaffen? Sie wollen, soweit möglich, fremdem Getreide nur zum ungefähren Preise von 25 Francs den Zutritt zum französischen Markt gewähren. Gewiss, das ist Ihr Ziel, und danach bemessen Sie die Zollhöhe, um ungefähr dieses Preisniveau zu erreichen. Sie sind dessen jedoch nicht sicher; mit dem 5 Francs-Zoll ist es Ihnen nicht geglückt; wahrscheinlich wird es Ihnen mit 7 oder 8 Francs [die, wie erwähnt, damals beantragt waren] nicht besser gehen. Aber was für Sie ein ungewisses, problematisches Endziel ist, damit fangen wir an. Was das fremde Getreide [auf dem Weltmarkt] kosten möge, von dem Augenblick an, wo es vom Staate importiert wird, wo der Staat es dem französischen Markt nur zu dem Preise zuführt, den Sie selber als Normalpreis betrachten, als lohnenden und gerechten Preis, haben wir mit einem Schlage mit Sicherheit verwirklicht, was Sie selber wollen, und so weit gibt es zwischen Ihnen und uns nur einen Unterschied: dass nämlich Ihr vorgeschlagenes ungewisses, unsicheres Vorgehen durch unser System Sicherheit und Wirksamkeit erhält... Das einzige Mittel, dass die Konkurrenz des fremden Getreides nicht zeitweise den Preis des französischen Getreides herabdrücken kann, ist die Errichtung unseres Staatsmonopols.«

Ich habe nicht die Absicht hier zu beurteilen, ob tatsächlich die Staatshilfe durch das Einfuhrhandelsmonopol dem Staatseingreifen durch Ausgleichszölle so sehr überlegen wäre. Ich führe heute den an sich ganz konsequenten Jaurèschen Gedankengang nur an, um leichter verständlich zu machen, warum überall auf

dem Kontinent die Industrie (die zielbewusste Grossindustrie, nicht der ewig gespenstersehende, ewig oppositionsbedürftige radikale Kleinbürger krähwinkeligen Schlages) sich mehr und mehr mit dem Agrarschutz ausgesöhnt hat, den sie zuerst nur deshalb mit in den Kauf nahm, weil 1879 ohne die verwünschten Agrarzölle die gewünschten Industriezölle einfach nicht zu haben waren. Die Sorge einer Arbeiterfraktion um *normale* Agrarpreise mag, mit den Augen der Arbeiterklasse angesehen, richtig oder falsch sein. Dass aber einer tiefgehenden, weithin sich ausbreitenden Agrarkrisis unser industrielles Unternehmertum nicht ruhig mit gekreuzten Armen zusehen konnte, dass es vielmehr alle einem Staatseingreifen auf diesem Gebiet entgegenstehenden handelspolitischen Überlieferungen aus ganz und gar anderer Vorzeit mehr und mehr, in gleichem Schritt mit der wachsenden Erkenntnis des wahren Sachverhaltes, als irrig und unzeitgemäss aufgeben musste, das ist nicht nur vollkommen zu begreifen sondern vom grossindustriellen Interessen- und Entwicklungsstandpunkt aus überhaupt einzig folgerichtig. In England allerdings hat sich die Grossindustrie für den zusammenschumpfenden ländlichen Innenabsatzmarkt Ersatz schaffen können, weil man von vornherein mit einem viel geringeren landwirtschaftlichen Bevölkerungsprozentsatz zu rechnen hatte als Italien, Frankreich oder Deutschland, und weil die Produktion von Milch und Molkereiprodukten, von Qualitätsfleisch und Qualitätsvieh und noch manchen anderen, von Krisenpreisen wenig bedrohten Erzeugnissen die schmale englische Landwirtheschicht bei leidlich guten Kräften und hie und da in Einzelzweigen sogar in vollem Gedeihen zu halten vermochte. Aber ganz von Agrarschutz ist selbst England in seiner ausnahmsweise günstigen Lage — auch das Pachtssystem erwies sich viel anpassungsfähiger als unser Besitz- und Kapitalverschuldungssystem — nicht freigeblichen: man denke nur an seine rigorosen Einfuhrmassnahmen gegen lebendes Vieh, und wenn es aus den umworbenen eigenen Kolonien wie Kanada kommt. Auf dem Kontinent verbot sich ein solches englisches handelspolitisches *laisser aller* vor einem Menschenalter, an der Wende der siebziger und achtziger Jahre ganz von selbst, weil die Landwirtschaft geradezu noch den breiten Grundstock des allgemeinen Wirtschaftslebens bildete und als Abnehmer der industriellen Erzeugnisse, sei es für den persönlichen Konsum (Kleider, Möbel und Hausrat, Wohnung, Luxuswaren), sei es für den agrarproduktiven Verbrauch (Feldgeräte, Werkzeuge, Wagen, Geschirre, Maschinen, Chemikalien, Stall- und Scheunenbauten usw.) ganz unersetzlich schien. Deutschland war schon beim Beginn der Agrarkrisis industrieller als Frankreich oder Italien; aber noch 1882 rechnete die deutsche Berufszählung 19,23 Millionen Köpfe zur Landwirtschaft, dagegen nur 16,06 Millionen zu allen Zweigen der Industrie (Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen) oder, wenn wir nur die Erwerbstätigen im Hauptberuf vergleichen: 8,24 Millionen zur Landwirtschaft und noch nicht 6,4 Millionen zu sämtlichen industriellen Produktionszweigen. Wenn schon eine Krisis in einem Textilzweig, oder eine Schiffsbau- und selbst eine Automobilkrisis jedesmal, trotz verhältnismässig kurzer Zeitdauer, wegen der unausbleiblichen Rückschläge auf die liefernden Produktionszweige und auf den wirtschaftlichen Gesamtorganismus gefürchtet wird, konnte das industrielle Unternehmertum mit gleichmütigem Achselzucken zusehen, wie die eine Agrarproduktion, die im Anfang noch der Kopffzahl nach umfassender war als sämtliche Industrieproduktionen zusammen, an einer Krisis nicht ein paar Jahre

sondern jahrzehntelang dahinsiechte? Die Antwort darauf hat das kontinentale Industrieunternehmertum erklärlicherweise nicht sofort richtig zu treffen gewusst; es hat sich, wie jede Partei und jede Interessenschicht, erst langsam in die neuentstandene Situation hineingefunden, die vor einem Menschenalter im Gefolge einer ungeahnten Weltwirtschaftsumwälzung plötzlich heraufzog, um dann bis zum heutigen Tage noch nicht wieder zu weichen. Aber heute ist auch nach dieser, dereinst widerstrebenden und nur ungerne und gezwungen nachgebenden industriellen Seite der Sieg des Agrarschutzes in dem einen, oben geschilderten Sinne, entschieden. Eine Agrarkrisis kann das kontinentale Industrieunternehmertum nicht wollen, wenn es sich nicht zugleich an einer unerhörten Industrieabsatzkrise verbluten will.

Da über diese unlösbaren Zusammenhänge bei uns noch so wenig Klarheit herrscht, so sei auf einem Umweg über die noch weniger industriellen Länder die Bedeutung der Landwirtschaft als Industrieabsatzfeld zu konkreterer Anschauung herauszuarbeiten versucht.

Man greife den ersten besten Handelsbericht über die Balkanländer heraus, und man wird sicherlich auf den beherrschenden Grundgedanken stossen: Alles Industriegedeihen, aller Industrieabsatz, aller Industrieimport hängt hier vom Auf und Ab der Landwirtschaft ab. Landwirtschaftskrisis heisst hier Lähmung alles gewerblichen und kommerziellen Lebens, bis hinein in die letzte Werkstätte, den letzten Laden und das letzte Handelshaus. Im Berliner Handelskammerbericht für 1904 lesen wir:

»Nach Rumänien wurden Textilwaren während des 1. Quartals 1904 in bedeutenden Mengen versandt; es herrschte grosse Kauflust, und das Geschäft berechtigte zu den besten Hoffnungen, da eine günstige Ernte in Aussicht stand. Als dann aber Dürre eintrat, gestaltete es sich im 2. und 3. Quartal ungünstiger. Der Absatz wurde geringer, und die Kauflust ging auf ein Minimum zurück. Das 4. Quartal bedeutete eine vollständige Stagnation auf allen Linien. Dieser Zustand dürfte andauern, bis berechtigte Hoffnungen vorhanden sind, dass die nächste Ernte eine gute wird. Die Hauptkonsumenten in Rumänien sind die Ackerbürger, deren Kaufkraft vollkommen von der Ernte abhängig ist. Die Ursache des schlechten Geschäftsganges der letzten 3 Quartale war das vollständige Misseraten der Maisernte, denn der Maisanbau ist die Haupteerwerbsquelle der rumänischen Landbevölkerung.«

Oder wählen wir als Gegenstück hierzu einen Bericht des schweizerischen Generalkonsuls in Bukarest (für die zweite Hälfte des Jahres 1901) über den Einfluss einer — gleichviel aus welchen Gründen — gesteigerten Kaufkraft der Landwirtschaft:

»Das glückliche Zusammentreffen einer reichen Ernte mit lebhafter Nachfrage danach seitens des Auslandes hat nicht nur dem Exporthandel einen ausserordentlichen Aufschwung gebracht sondern auch dem Importgeschäft zu neuer Blüte verholfen. Infolgedessen kam viel Geld ins Land, namentlich jedoch in die unteren und oberen Schichten der Ackerbauer. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, dass lange, bevor in der Hauptstadt der geschäftliche Verkehr sich zu beleben anfang, sich in der Provinz Handel und Wandel regten. Die Besserung des Innenhandels machte sich zuerst im Innern des Landes geltend und wirkte von hier nach der Hauptstadt. Sie erstreckte sich auch nicht auf alle Artikel des Einfuhrhandels. Zuerst kamen alle Artikel des bäuerlichen Konsums an die Reihe. Durch die dreijährige Krisis war der Bauernstand stark mitgenommen worden; als die Maisernte so reichlich ausfiel, dachte der Bauer zuerst daran nach Bezahlung der rückständigen Steuern *bumbac* (Baumwollgarn) und die übrigen Artikel für die Neuausstattung seines herabgekommenen Haushaltes zu kaufen. So erfolgte, insbesondere nach Baumwollgarn, schon im Herbst starke Nachfrage, die sich fort-

gesetzt steigerte und darin zu einem so lebhaften Geschäft führte wie es seit vielen Jahren nicht mehr da war. Ende des Jahres waren die Garnlager im Lande vollständig gelichtet usw.»

Hier ist der Bauer und Pächter noch alles, und darum übersieht kein ernst zu nehmender Beobachter die Rolle der Kaufkraft dieser Bevölkerungsschicht. Ich könnte zahllose, im Kern gleichlautende Urteile anführen über Bulgarien, Serbien, Kreta, Ägypten, China, die Philippinen und Länder mit ähnlicher, überwiegend agrarischer Wirtschaftsstruktur. Natürlich tritt diese Rolle der landwirtschaftlichen Kaufkraft jedesmal etwas weiter zurück, wenn die Industrie einen Schritt weiter in den Vordergrund rückt, wenn der industrielle Charakter eines Staates merkbarer sich ausprägt. Aber eine gradweise Verminderung ist noch lange keine gänzliche Eliminierung. Nehmen wir also als zweite, schon lange nicht mehr rein agrarische Entwicklungsstufe die Vereinigten Staaten von Amerika, die auf ihrer breiten agrarischen Grundlage bereits eine hochmoderne Riesenindustrie tragen. »Der Farmer«, tröstet die *Vossische Zeitung* vom 14. Juli dieses Jahres die krisenbedrängten überseeischen Eisenindustriellen, »ist nach wie vor der Grundpfeiler unseres [amerikanischen] nationalen Wohlergehens, und wenn seine Taschen voll Geld sind, kann auch die Industrie nicht verhungern.« Ähnlich urteilten die *Times* vom 20. März 1908: die eine grosse Hoffnungssäule inmitten des industriellen Zusammenbruches bilde die Prosperität des Farmerelementes, das von der Panik wenig erfaßt wurde, und das für seine Farmerzeugnisse abermals vorzüglichen Absatz und Preisstand zu erwarten habe.

Oder gehen wir nach Russland hinüber. Hier ist der Einfluss, den die landwirtschaftliche Kaufkraft auf die Lage des Industrieunternehmertums (und der Industriearbeiterschaft!) ausübt, von so schlagender Stärke, dass selbst parteigenössische Antiagrarier mit einemmal ganz andere Töne anschlagen als wir sie sonst an ihnen gewöhnt sind. Ich greife aus meinen *documents humains* auf das Geratewohl ein paar heraus:

»Die Verarmung des Bauern ist ihrerseits eine der wichtigsten Ursachen der zu langsam und ungenügend sich vollziehenden kapitalistischen Industrialisierung Russlands, weil der russische Kapitalismus im Grunde vom inneren Markt abhängig ist. . . . Die Verarmung der Bauern hielt die Entwicklung der Industrie auf.« (*Leipziger Volkszeitung* vom 24. September 1907)

»Das Land hungert, die Bauern sterben in Massen dahin. Das wirkt natürlich ein auf die russische Industrie. Diese Industrie ist in viel höherem Masse von dem Ergebnis der Ernte abhängig, als dies in den Ländern des Westens der Fall ist. Die Bauern sind es, für deren Bedarf die Baumwollfabriken in Moskau und Lodz ihren Schund produzieren, die Bauern sind die Abnehmer der Eisenindustrie, der keramischen Industrie, der Lederindustrie usw. Stockt der Absatz, weil der Bauer nichts mehr zu verkaufen hat und folglich auch kein Geld hat, so stockt die Industrie. Deshalb wütet die industrielle Krise, und zu dem Elend der Bauern gesellt sich das Elend von Tausenden und Abertausenden Industriearbeitern, die brotlos geworden sind.« (*Leipziger Volkszeitung* vom 22. Februar 1908)

»Die Grundfrage, wie eine wirtschaftliche Entwicklung Russlands möglich ist, wenn die russische Landwirtschaft in volstem Ruin sich befindet und die Industrie deshalb keinen nennenswerten inneren Markt besitzt, kann vermittelt des Galgens und des Maschinengewehrs nicht gelöst werden. Entweder muss die Landwirtschaft durch eine gründliche Agrarreform auf die Füße gestellt werden, oder . . .« (*Leipziger Volkszeitung* vom 25. Juli 1908)

Sollte das alles beim Überschreiten der russischen Grenze mit einemmal aufhören? Ach nein, es erleidet nur einschränkende Abstriche, soweit bei uns in

ADOLF HEPNER . DIE AMERIKANISCHEN ARBEITER UND DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

I . DIE PRESSIONSPOLITIK DER *AMERICAN FEDERATION OF LABOR*



OR dem Resolutionskomitee der republikanischen Nationalkonvention in Chicago erschien am 17. Juni Samuel Gompers, der Präsident der *American Federation of Labor*, um den Standpunkt der organisierten Arbeiter zu vertreten. Er unterbreitete dem Komitee eine Planke, die der diesjährigen Plattform eingefügt werden sollte, und die nach seiner Angabe die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft an die republikanische Partei enthalte. In der Hauptsache lautete sie wie folgt:

»Indem unser Volk die aus der wunderbaren wirtschaftlichen Entwicklung entstehenden neuen Verhältnisse anerkennt, erkennt es gleichzeitig, dass neue Verhältnisse neue Gesetze verlangen, die mit dem modernen Handel und der modernen Industrie gleichen Schritt halten können.

Wir verpflichten daher die republikanische Partei für den Erlass eines Gesetzes durch den Kongress einzutreten, durch das allen landwirtschaftlichen und Gartenbauarbeitern unseres Landes das Koalitionsrecht verliehen und deren Vereinigungen nicht als ungesetzliche Kombinationen zur Beschränkung des Handels aufgefasst werden. Wir verpflichten sie zum Erlass eines Gesetzes, durch das der Einhaltsbefehl in allen Fällen, die aus Arbeiterstreitigkeiten herrühren, verboten wird, wenn ein Einhaltsbefehl nicht zulässig wäre, falls es sich um andere als Arbeiterstreitigkeiten handelte: dass ferner in keinem Falle, in dem durch das reguläre Gerichtsverfahren Abhilfe geschaffen werden könnte, ein Einhaltsbefehl erlassen werden darf; dass ferner durch das Gesetz bestimmt werden soll: falls im Verlaufe des Verfahrens die eine Partei wegen Missachtung des Gerichts vorgeladen wird, soll — vorausgesetzt, die Verächtlichmachung ist nicht in Gegenwart des Gerichtes erfolgt — die Verhandlung vor einer Jury stattfinden.

Wir verpflichten die republikanische Partei ein Amendement anzunehmen, durch das für alle Regierungsangestellte geltende Achtstundentag auch auf alle Arbeiter ausgedehnt werde, die für Kontraktoren oder Subkontraktoren im Dienste der Bundesregierung arbeiten.

Wir verpflichten die republikanische Partei auf Annahme eines Gesetzes durch den Kongress hinzuwirken, durch das für alle Arbeiter — unter der Jurisdiktion der Bundesgewalt — ein Unfallgesetz für Verlust an Gliedmassen oder Leben erlassen werde.

Wir verpflichten die republikanische Partei im Bereiche der Bundesgewalt das Frauenstimmrecht einzuführen und den Staaten ein konstitutionelles Amendement zu unterbreiten, durch das in allen Staaten ein dem Stimmrecht der Männer gleiches Frauenstimmrecht eingeführt werde.

Wir verpflichten die republikanische Partei auf die Annahme eines Gesetzes, durch das die Errichtung eines von allen anderen Departements unabhängigen Arbeitsdepartements, mit einem Sekretär, der einen Sitz im Kabinett des Präsidenten haben soll, bestimmt werde.

Wir verpflichten die republikanische Partei auf ein Gesetz, durch das ein Bundesbureau für Bergwerke, das am besten dem Arbeitsdepartement einzuordnen wäre, geschaffen und die nötigen Fonds zur Untersuchung von Grubenunglücksfällen bewilligt werde, damit die grosse Zahl dieser Unfälle vermindert und der furchtbare Verlust von Menschenleben verringert werde.

Wir verpflichten die republikanische Partei auf die Annahme eines Gesetzes, durch das die Errichtung von Postsparkassen ermöglicht werde.

Unabhängig von dieser Gompersschen *Injunktionsplanke* hatten Präsident Roosevelt und Nominationskandidat Taft dem Resolutionskomitee folgende Formel vorgeschlagen:

»Wir erklären uns für eine dahingehende Änderung des Einhaltsgerichtsverfahrens

in den Bundesgerichten, dass auf der einen Seite der summarische Erlass von Einhaltsbefehlen ohne genügende Verhandlung und Beratung verboten und auf der anderen Seite die Macht der Gerichte stets und allen Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen aufrecht erhalten werde.«

Das Komitee einigte sich dann auf folgenden, von der Konvention gutgeheissenen Kompromissvorschlag:

»Die republikanische Partei wird stets und zu allen Zeiten die Autorität und Integrität der Staats- und Bundesgerichte aufrecht erhalten und wird immer darauf bestehen, dass deren Macht das Gerichtsverfahren durchzuführen, Leben, Freiheit und Eigentum zu beschützen bewahrt und unverletzlich sein soll. Wir sind indessen der Ansicht, dass die Vorschriften, die für den Erlass von Einhaltsbefehlen gelten, durch Gesetz genauer festgestellt werden und dass kein Einhaltsbefehl ohne vorherige Benachrichtigung erlassen werden sollte, vorausgesetzt, es geschieht dadurch kein nicht wieder gut zu machender Schaden. In einem solchen Fall sollte sofort ein Verhör angesetzt werden.«

Gompers war, wie die *New Yorker Volkszeitung* am folgenden Tage aus Chicago berichtete, »über den Ausgang des Konvents sehr enttäuscht«. Er äusserte sich dahin:

»Es ist keine Antiinjunktions- sondern eine Proinjunktionsplanke, die von der republikanischen Konvention angenommen wurde. Der einzige Unterschied zwischen den Prinzipien der republikanischen Partei vor und nach der Konvention ist, dass man die Leute, denen durch Einhaltsbefehl etwas untersagt werden soll, vorher zu benachrichtigen hat.«

Bryan wies übrigens nach, dass die Managers der Republikaner sich einen dummen Witz mit den Arbeitern erlaubt hätten, indem sie die jetzigen Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Einhaltsbefehl einfach abgeschrieben und als neue Forderung der republikanischen Partei der Plattform einverleibt haben.

Nun versuchte Gompers am 8. Juli sein Glück bei der Nationalkonvention der Demokraten. Er erreichte aber nur, dass die allseitig als wichtig anerkannte Einhaltsbefehlplanke um ein geringfügiges verbessert wurde. Jedoch von der Hauptforderung, dass in der Plattform ausdrücklich betont werde, jeder Richter müsse beide Parteien vor der Gewährung eines Einhaltsbefehles in Kenntnis setzen, musste Gompers abgehen, da weder die Komiteemitglieder noch Bryan etwas davon wissen wollten. Obgleich auch seine Forderung, dass Verhöre in Einhaltsbefehlverfahren nicht vor dem selben Richter, der den Befehl erlassen, stattfinden dürfen, einfach gestrichen wurde, erklärte sich der Präsident der *American Federation of Labor* schliesslich mit der Fassung dieser Planke einverstanden. Von den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen, Fuller und Wills, die auf Erfüllung der Hauptforderung bestanden, wurde darauf behauptet, Gompers vertrete nicht die Arbeiterinteressen, wenn er in einer so wichtigen Frage mit sich handeln lasse. Sie telegraphierten sogar an Bryan, um ihn für ihre Forderung zu gewinnen. Ohne Erfolg. Selbst der Hinweis, dass Roosevelt sie schon mehrere Male an den Kongress gestellt und auch Taft sich mit ihr einverstanden erklärt habe, vermochte nicht Bryan zu gunsten dieser Forderung umzustimmen. Die *New Yorker Volkszeitung* bemerkte hierzu, Bryan habe in der Injunktionsfrage eine Schwenkung gemacht:

»Bisher verlangte Bryan, dass der [sich auf die Einhaltsbefehle beziehende] Passus der Staatsplattform von Nebraska, die er verfasst hat, der Nationalplattform der demokratischen Partei in Denver einverleibt werde. Dieser Passus hat den folgenden Wortlaut: »Wir sind für eine solche Abänderung des Gesetzes, das sich auf die Einhaltsbefehle bezieht, dass der Erlass eines solchen Befehls bei industriellen

Streitigkeiten verhindert wird, ehe nicht die Angeklagten benachrichtigt sind und ein eingehendes Verhör angestellt wurde.« Bryan hat nun . . . sich einverstanden erklärt diesen Passus fallen zu lassen und in eine Modifikation der Injunktionsplanke zu willigen, die auch die Konservativen seiner Partei befriedigt und die gefährdete Harmonie in der Demokratie wieder herstellt. Nach der neuen von Bryan gebilligten Fassung sollen Bundesrichter das Recht haben Einhaltsbefehle in solchen Fällen von Arbeiterstreitigkeiten ohne Benachrichtigung der Verklagten und ohne Verhör zu erlassen, wenn nicht wieder gut zu machender Schaden droht. Aber ehe dieser Einhaltsbefehl nach 3 bis 5 Tagen permanent gemacht wird, sollte es den Verklagten erlaubt sein vor Gericht zu erscheinen und zu zeigen, warum ein permanenter Einhaltsbefehl nicht erlassen werden sollte.«

Dieser Bericht und Kommentar erwies sich als zutreffend, denn die von der demokratischen Nationalkonvention zu Denver angenommene Arbeiterplanke hatte schliesslich folgenden Wortlaut:

»Erfahrungen haben gelehrt, dass es notwendig ist eine Änderung des gegenwärtigen Gesetzes der Einhaltsbefehle vorzunehmen, und wir wiederholen die Verpflichtung unserer nationalen Plattformen der Jahre 1896 und 1904 zu gunsten der Massnahmen, die der Bundessenat im Jahre 1896 bereits beschlossen, ein republikanischer Kongress aber sich seitdem stets geweigert hat zum Gesetz zu erheben. Es ist dies die Massnahme über Missachtung von Bundesgerichten sowie die Vorschrift, dass in Fällen von indirekter Missachtung Geschworene Recht sprechen sollen.

Fragen für die richterliche Entscheidung sind besonders anlässlich industrieller Streitigkeiten entstanden. Wir halten dafür, dass die Parteien in allen Rechtsstreitigkeiten mit der strengsten Unparteilichkeit behandelt werden und Einhaltsbefehle in Fällen, in denen sie verweigert würden, wenn keine industriellen Streitigkeiten mitspielten, nicht erlassen werden sollten.

Die zunehmende Ausdehnung der Industrie macht es unerlässlich, dass keine Schmälerung der Rechte der Lohnarbeiter eintrete; Arbeiterorganisationen, die zum Schutze der Lohnverhältnisse und zur Verbesserung der Lage der Arbeiter geschaffen worden sind, sollten nicht als »ungesetzliche Vereinigungen zur Beschränkung des Handels« betrachtet werden [im Sinne des Antitrustgesetzes].

Wir befürworten den Achtstundentag für alle Regierungsarbeit.

Wir verpflichten die demokratische Partei zur Schaffung eines Gesetzes, das für eine allgemeine Haftbarkeit der Arbeitgeber, die sich auf Verletzungen oder den Verlust des Lebens der Arbeiter erstreckt, eintritt.

Wir verpflichten die demokratische Partei ein Gesetz durchzuführen, durch das ein Arbeitsdepartement geschaffen wird, das im Kabinett des Präsidenten besonders vertreten ist, und das die gesamten Bergwerksbetriebe einschliessen soll.«

Zur vorstehenden Arbeiterplanke einige Erläuterungen: Unter der »indirekten Missachtung«, von der am Schluss des ersten Absatzes die Rede ist, hat man eine ausserhalb des Gerichtssaales begangene zu verstehen, beispielsweise die Nichtbefolgung des richterlichen Verbots Arbeitswillige zu stören. Der zweite Absatz enthält kein positives Amendement zum Gesetz sondern neben dem in naivste Form gekleideten Eingeständnis, dass in dieser Rechtsmaterie bisher brutalste Willkür geherrscht hat, eine recht kindliche Platitude. Der dritte Absatz enthält die einzige radikale Forderung der Planke und hat sofort Opposition innerhalb der demokratischen Partei hervorgerufen. So sagt zum Beispiel die *New Yorker Staatszeitung*:

»In bezug auf einen Punkt wird die demokratische Plattform selbst bei Demokraten Missfallen erregen, denn in ihrer Erklärung gegen den Missbrauch mit richterlichen Einhaltsbefehlen geht die Plattform zu weit, wenn sie den Erlass solcher einstweiliger richterlicher Verfügungen nur auf industrielle Konflikte, in ihrer Anwendung bei Kämpfen zwischen dem organisierten Kapital und der organisierten Arbeit perhorresziert. Die Erklärung der Partei geht jedoch noch weiter, indem sie die Anschauung vertritt, dass Arbeiterverbände nicht als Organisationen zur »Vereitelung des freien Wettbewerbs« zu betrachten und demnach gegen sie verfahren werden sollte. Erst kürzlich hat der höchste Gerichtshof im Prozesse gegen die Hutmacherorganisation

in Connecticut entschieden, dass sie durch ihre Organisation und Taktiken den freien Wettbewerb vereitle, und das Urteil wurde von der Majorität der rechtlich denkenden Bevölkerung gutgeheissen. Das Liebäugeln einer grossen Partei mit Arbeiterführern ist immer ein gewagtes Unternehmen, und die demokratische Partei durfte dies um so weniger unterfangen, weil sie ihrer ganzen Tradition nach Klassegeist und Klassengesetzgebung negiert.

Nach Gompers' Meinung haben die Arbeiter »in Chicago nichts erhalten, in Denver aber sehr viel«. Ich muss gestehen: ich kann ausser dem Protest gegen das Stellen der Arbeiterorganisationen unter die Bestimmungen des Antitrustgesetzes absolut nichts Hervorragendes in der Planke finden. Denn selbst die Forderung des Achtstundentages für Regierungsarbeit ist unsicher formuliert; gemeint war die von der Regierung an Unternehmer vergebene Arbeit, denn in den Regierungswerkstätten selbst ist der Achtstundentag seit vielen Jahren eingeführt. Und ein Haftpflichtgesetz ist nicht von den Demokraten zuerst verlangt worden, der Präsident Roosevelt hat diese Angelegenheit bereits in mindestens vier Botschaften dem Kongress ans Herz gelegt; er empfahl sogar ausdrücklich ein »automatisch wirkendes Unfallgesetz«, das die Frage der »Unglücksverschuldung« ausschliesst. Desgleichen wünschte er die Einrichtung eines Oberbergamts. Da der republikanische Kandidat Taft sozusagen ein Adept Roosevelts ist, darf man die Beibehaltung all dieser Roosevelt'schen Reformvorschläge mit gutem Recht von ihm erwarten, obwohl er — zu einer Zeit, da er nicht ahnen konnte, dass ihm die Präsidentschaftsnomination einst angetragen werden würde — als simpler Richter in Ohio die Einhaltsbefehle gegen Streiks in Schwung gebracht hat. Als im Jahre 1894 der grosse Streik der *American Railway Union* unter Führung unseres Genossen Eugene V. Debs im Gang war, zeigte sich Taft, damals präsidierender Richter des Bundeskreisgerichts in Cincinnati, als williges Werkzeug der Korporationen, besonders der Bahngesellschaften. Er ging sofort unbarmherzig gegen Phelan, ein Mitglied der *American Railway Union* vor, der nach Cincinnati gekommen war, um die Angestellten der *Southernbahn* von ihrer Solidaritätspflicht zu überzeugen und erliess einen Einhaltsbefehl. Als Phelan nun an dem Tage, an dem der Einhaltsbefehl erlassen wurde, eine Versammlung abhielt, wurde er verhaftet, der Missachtung des Gerichts angeklagt und nach mehrtägigem Prozess zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Mit diesem Präzedenzfalle hat Herr William Taft bekanntlich Schule gemacht. Als er dann, ein persönlicher Freund seines Ohioer Landsmannes McKinley auf der Amtsleiter emporstieg, Präsident der Philippinenkommission, dann Gouverneur der Philippinen und schliesslich Kriegssekretär, erster Vertrauensmann und präsidentlicher Nachfolger des Präsidenten Roosevelt ward, erinnerte sich die Arbeiterschaft seiner als des *Injunktions-Bill*.

Seit drei Jahren zwar hat der Präsident Roosevelt dem Kongress in mehreren Botschaften statutarische Regelung des Einhaltsbefehls nahegelegt, indem er offen zugab, dass richterliche Missbräuche in dieser Hinsicht verschiedentlich zu konstatieren waren, und als Aspirant auf die Präsidentschaftsnomination war Herr William Taft der letzte nicht die Notwendigkeit einer Reform auf diesem Rechtsgebiet zuzugestehen, wie sein der republikanischen Nationalkonvention unterbreitetes Amendement zur Genüge beweist. Er ist nun aber einmal der *Injunktions-Bill*, obschon er Besserung gelobt und bleibt es in den Augen der organisierten Arbeiterschaft bis auf weiteres, wenn nicht gar für

Lebenszeit. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, dass, nach Gompers' Ansicht, die Arbeiter von der demokratischen Nationalkonvention zu Denver »sehr viel erhalten« haben, obwohl in der Injunktionssache gerade seine berechtigtesten Erwartungen getäuscht wurden. Gompers macht nun seinen Einfluss zu gunsten Bryans gegen Taft mit Eifer geltend, so dass von den zirka 2 Millionen Mitgliedern der *American Federation of Labor* mehr als die Hälfte den Demokraten zufliehe, während etwa 300 000 das letzte sozialistische Wahlergebnis von zirka 460 000 auf nahezu 800 000 erhöhen dürften. Mehr lässt sich für Debs nicht erwarten, solange die englischamerikanische Arbeiterpresse in den Kinderschuhen steckt.

Ich habe den Leser mit etwas ausführlicher Berichterstattung über Gompers' Hausiergang in die Nationalkonventionen beider Parteien belästigen müssen, um an einem recht klassischen Beispiel aus allerjüngster Zeit das Törichte des politischen *modus vivendi* der amerikanischen Gewerkschaften zu illustrieren. Dabei begnügte ich mich mit den Hauptmomenten des Vorganges und liess, um den Raum nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, Intermezzi aus.

Das von Gompers, Mitchell und anderen minder bekannten Führern der amerikanischen Gewerkschaften befolgte, traditionelle System der *Indossierung* einer Partei oder — bei anderen als Nationalwahlen — derjenigen beiden alten Parteien entnommenen Kandidaten, die auf grund ihrer Plattform gehalten sind oder persönlich sich verpflichten für diese oder jene von den Arbeitern verlangte Massregel einzutreten, heisst bei den Sozialisten *Pressionspolitik* im vulgären Jargon *Schwanzpolitik*, weil die organisierte Arbeiterschaft in diesem Fall den *Schweif* der alten Parteien bildet.¹⁾ *Pressionspolitik* der Gewerkschaften ist demnach das System durch Begnadung mit dem Votum oder Bedrohung der Entziehung Kandidaten für öffentliche Ämter gewissen Arbeiterforderungen ans Gemeinwesen gefügig zu machen oder günstig zu stimmen. Einer Organisation von zirka 2 Millionen Arbeitern sollte es gewiss nicht schwer fallen in den Zentren der Eisen- und Minenindustrie sowie einiger anderen Berufszweige und in proletarischen Distrikten der Grosstädte Kongress- und Legislaturmänner aus ihren eigenen Reihen zu erwählen, wenn die Führung der Gewerkschaften mehrere Jahre systematisch darauf hinarbeitete. Dass sie sich dessen bislang hartnäckig geweigert — was nicht nur nach deutschen Begriffen sondern auch in den Augen jedes deutschamerikanischen Sozialisten als Gipfel des Unverständes erscheint —, liegt ihr zwar zur Last, jedoch nur bis zu einem gewissen Grade. Denn es gibt eine ausreichende Erklärung für die Ursache jener beklagenswerten Erscheinung. Zu tadeln ist die Exekutive der *American Federation of Labor* lediglich für ihr Beharren in einem Status, den sie, weil er nicht von ihr geschaffen worden, für unveränderlich hält.

Wir hatten in den Vereinigten Staaten, vor wie nach dem Bürgerkrieg, eine Reihe nationaler *Reform-* und *Mittelparteien* aus einer Mischung von Kleinbürgern, organisierten Arbeitern, Münzwährungs Sonderlingen, Farmern usw., doch nach zwei- bis vierjährigem Vegetieren sind sie eine nach der andern von der Bildfläche verschwunden, teils weil ihre Ziele zu unbestimmt und unklar

¹⁾ *Schwanz* (*tail*) ist ein gebräuchlicher Ausdruck in der amerikanischen politischen Literatur. Auf dem Wahlzettel einer Partei zum Beispiel heisst der an der Spitze stehende Kandidat fürs höchste zu besetzende Amt *the head of the ticket* und der zuletzt benannte *the tail*.

waren teils aber auch durch den amerikanischen Mangel an Geduld zum Warten. Alles muss rasch gehen, sonst taugt es nichts. Eine neue Idee, die nicht im Fluge Massenbegeisterung erweckt, wird vom Durchschnittsamerikaner gering geschätzt. Über einen Zeitraum von vier Jahren erhielt sich nur die *Peoples' Party*, die während der Bryanschen *16 : 1 - Epidemie* (Freiprägung des Silberdollars) aus der demokratischen Partei grosse Scharen anzog und hierdurch in mehreren westlichen Staaten vorübergehend die herrschende wurde, in anderen durch Kompromiss mit den Demokraten einen Teil der Staatsmacht an sich brachte. Die *Peoples' Party* war also tatsächlich mehrere Jahre hindurch eine ansehnliche nationale Partei, mit vielen wöchentlichen Pressorganen im Lande und auch zahlreichen Tageszeitungen in Kleinstädten des Westens. Als die *Silbernarrheit* vorüber, war es auch mit der *Peoples' Party* aus; nur kümmerliche Reste sind in einzelnen Distrikten noch vorzufinden. Ebenso gibt es lokale *Singletax*organisationen, das heisst Anhänger von Henry Georges Einsteuer (für Grund und Boden); doch konnten sie sich niemals zu einer nationalen Partei auswachsen. Verschiedene Versuche vorgeschrittener Arbeiter in den letzten 25 Jahren eine politische Partei aus ihren Organisationen in Verbindung mit den Farmern und Reformern jeden Kalibers zu bilden, litten schmachvollen Schiffbruch, sowohl durch Verständnismangel der Massen wie auch infolge von Unzuverlässigkeit, sogar Treubruch mancher Führer und infolge der unabwehrlichen Gesellschaft von *Cranks*, die als Reformer dort landeten und die Versammlungen leerten.²⁾

Wir haben also die Tatsache vor uns, dass es, die *Socialist Party* ausgenommen, die seit 30 Jahren ihren Bestand in fast allen Teilen des Landes vergrössert hat, noch keiner *dritten Partei* gelungen ist dauernd festen Fuss zu fassen. Daraus bildete sich das Volk eine Theorie: Neben den 2 Hauptparteien (Republikanern und Demokraten) ist keine dritte in Amerika lebensfähig. Und diese Doktrin wurde politisches Dogma, das zu erschüttern der sozialistischen Partei vorbehalten blieb. Bis vor 15 Jahren aber konnte sie von den Amerikanern nicht als *nationale Partei* angesehen werden; denn sie war bis dahin zu 90 % deutsch und unter den letzten 10 % befanden sich 8 % Amerikaner deutscher Abkunft. Nun haben Amerikaner von Geburt und Abstammung in Gemeinschaft mit Fremdgeborenen (die in der Kindheit oder früher Jugend eingewandert, völlig amerikanisiert sind und die Landessprache in Wort und Schrift meistern) das Heft in Händen.³⁾ Sobald unser Votum eine Million übersteigt, was in 4 Jahren ehestens der Fall sein mag, ist jenes Dogma gründlich zerstört. Solange es aber noch im Volksglauben feststeht, getraut sich die *American Federation of Labor* an die Formierung einer unabhängigen Arbeiterpartei nicht leicht heran. Die Bedenken ihrer Exekutive gehen vermutlich noch weiter: Obwohl die prinzipiellen Unterschiede zwischen Republikanern und Demokraten im Laufe der letzten halben Generation erheblich verblasst sind, und die Anhänglichkeit an

²⁾ Vor *Cranks* kann man sich in Amerika, sobald eine *Reformbewegung* irgend welcher Art dort einsetzt, nur mühselig retten: da treten als Redner unbekannte Leute auf, die sich in kurzem als Mystiker, Spiritisten, Stifter einer neuen Religionssekte oder Kirche, sich als Volkswohltäter gerierende, bettelnde Strassenprediger, Erfinder eines neuen Universalheilmittels für leibliche und geistige Gebrechen etc. entpuppen und vielen, die aus Interesse am Gemeinwohl oder um Belehrung zu erhalten herbeigeeilt waren, das Wiederkommen verleiden.

³⁾ Im neuesten Agitationsverzeichnis der Parteioberleitung findet man zum Beispiel nur 2 deutsche Namen unter 28 offiziell ausgesandten Organisatoren und Agitatoren, und von diesen beiden ist einer, wie sein Vorname bekundet, Amerikaner von Geburt.

eine der beiden Parteien zum Teil nur noch auf Familientradition oder persönlicher Bekanntschaft mit lokalen Führern oder Zuneigung für eine der nationalen Zelebritäten oder auf Erwartung materieller Vorteile von dieser oder jener Seite beruht, ist es doch Tatsache, dass — nach Abzug der verhältnismässig wenigen Sozialisten und derjenigen Eingewanderten, die an der amerikanischen Politik überhaupt kein Interesse nehmen — sich fast jeder organisierte Arbeiter zur republikanischen oder demokratischen Partei bekennt. Die Exekutive der *American Federation of Labor* besorgt daher, dass, wie auch immer die Auslese ihrer Arbeiterwahlkandidaten ausfallen möge, die Hälfte der Mitgliedschaft Unzufriedenheit darüber bekunden dürfte. Dem Demokraten möchte es leid tun Arbeiterkandidaten, die ausgesprochene Republikaner sind, durch sein Votum zu unterstützen und umgekehrt. Daran könnte die unabhängige Arbeiterpartei von vornherein scheitern. Eben dieser Teilung des Volkes in Republikaner und Demokraten ist es ja zuzuschreiben, dass in den Gewerkschaften *Politik* bisher äusserst verpönt war, weil sie alle Gewerkschaften in zwei Lager spalten würde. So oft die Sozialisten mit einem Antrag kamen, der das Interesse des Gewerkverbandes für eine mit der Politik eng verknüpfte wirtschaftliche Frage anregen wollte, wurde ihnen erwidert: Wir sind eine *Trade Union pure and simple*. Damit schlugen die Führer jeden Versuch der Sozialisten das Gewerkschaftswesen durch zeitgemässen Stoff zu beleben siegreich ab, und andererseits wahrten sie sich das Recht ausserhalb der Gewerkschaft, als Individuen, Politik in den Reihen der alten Parteien zu treiben und durch ihren Namen, den sie wohl zu verwerten wussten, im Sinne ihrer Partei auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Es müsste sich daher aus der organisierten Arbeiterschaft heraus erst ein fester Wille bekunden beiden alten Parteien den Rücken zu kehren, ehe eine unabhängige Arbeiterpartei sich auf tun könnte, um die soziale Gesetzgebung im Parlament, das in Amerika die eigentliche Regierung ist, in die Hand zu nehmen. Jenen Willen erzeugen helfen wäre einer intelligenten Führung unmittelbare Aufgabe, zumal sich diese nunmehr leichter darstellt in Hinsicht auf die zahllosen Enttäuschungen, die die Pressionspolitik den Gewerkschaften bisher bereitet hat.

Es rechtfertigt sich demnach der Schluss: Gompers und Genossen sind durch Verkenning oder tadelnswerte Vernachlässigung ihrer Pflicht die Massen aus dem alten Geleise herauszuführen am jetzigen traurigen Stand der amerikanischen Arbeiterbewegung mitschuldig, durch den Umstand jedoch, dass die amerikanischen Verhältnisse den Führern das Herausgehen aus der Gewohnheit beträchtlich erschwerten, unter Zubilligung mildernder Umstände zu beurteilen.

2 · DIE AUSSICHTEN DES SOZIALISMUS IN AMERIKA



N anderer Stelle, im *Vorwärts*, erzählte ich Anfang April, kurz nach meiner Rückkehr nach Europa, wie Samuel Gompers im Jahre 1892 bei einem Besuch in meiner Redaktion des *Saint Louis Tageblatts*, als ich ihm nahelegte endlich Direktiven zu unabhängiger Politik der *American Federation of Labor* zu geben, mir seine Maximen erklärte:

„Ich schiebe nicht sondern lasse mich schieben. Ich bin kein Führer im dem Sinn, wie Sie wünschen, sondern ausführender Beamter. Wenn die Konvention der

American Federation of Labor unabhängiges politisches Vorgehen beschliesst, bin ich selbstverständlich dafür und dabei.

Im Licht dieser Erklärung selbst bleibt es unverständlich, dass Gompers noch heute, 16 Jahre später, keines Bessern belehrt ist. Denn auf den letzten Jahreskonventionen der *American Federation of Labor* haben vorgeschrittene, zumeist sozialistische Delegierte regelmässig das Thema *Lossagung von den alten Parteien* zur Diskussion gebracht, dabei allerdings manchmal ihre Chancen durch allzustramm sozialistische Resolutionen, für die die Konvention notorisch nicht reif war, verdorben. In der nächsten Jahresversammlung, die im Dezember, etwa einen Monat nach der Präsidentschaftswahl stattfindet, dürfte unser Gegenstand besser vorbereitete Teilnehmer als sonst finden, weil bekanntlich seit Entscheidung des Oberbundesgerichts gegen Zulässigkeit des Boykotts ein gewisser Umschwung, wenn auch kein radikaler, in Gewerkschaftskreisen wahrzunehmen und von verschiedenen Seiten, die sonst der Frage unabhängiger Politik gleichgültig gegenüberstanden, der Wunsch nach Betätigung zwecks Wahl von Arbeiterabgeordneten für die Legislatur laut geworden ist. Je grösser die Anzahl dieser politischen Dissidenten sein wird, die aus Mangel an einem Gewerkschaftskandidaten für Eugene V. Debs und die ganze sozialistische Liste stimmen, desto sicherer die endliche Formierung der *American Federation of Labor* als politische Arbeiterpartei.

Gompers kann mit dem Erfolg seines diesjährigen Hausiergangs in die Konventionen der alten Parteien so verzweifelt wenig Staat machen, dass er froh sein müsste, wenn die Konvention der *Federation* durch einen fortschrittlichen Beschluss in erwähnter Richtung ihn der Fatalität überhöbe sich künftig wieder Körbe bei den alten Parteien zu holen. Nur zu gern wird er sich jetzt schieben lassen, und sei es auch nur, um stärkeren Übergang von Gewerkschaftern ins sozialistische Lager zu verhüten. Mit der Wahl von Kongress- und Legislaturkandidaten aus Arbeiterreihen und von Staatsrichtern aus den liberaleren Juristenkreisen wäre den dringendsten Bedürfnissen der amerikanischen Arbeiterbewegung vorläufig abgeholfen, vorausgesetzt, dass hinter je drei zu Legislatoren erwählten Gewerkschaftern ein miterwählter Sozialist als Ratgeber und Kontrolleur steht.

Es verbleibt nun die Frage: Woran liegt es, dass der Sozialismus bisher in Amerika so geringe Fortschritte gemacht hat? Zwar bestehen sozialistische Sektionen in vielen Staaten und Städten, doch nirgends ist es zur Eroberung eines Kongressmandats gekommen, und das Gesamtvotum der Partei bei der letzten Präsidentschaftswahl betrug höchstens 20 % der organisierten Arbeiterschaft. Und verteilt man ein Viertel des sozialistischen Votums auf Intellektuelle, Handlungsgehilfen, Arbeiter unorganisierter Branchen und Tagelöhner, die keiner Gewerkschaft angehören, so wären etwa 15 % der zirka 2 Millionen zählenden *American Federation of Labor* sozialistischen Sinnes, hauptsächlich d e u t s c h e Möbelarbeiter, Schneider, Zigarrenmacher usw.

Aus meinen Darlegungen kennt der Leser nun einen Teil der Ursachen, die das Wachstum des Sozialismus in Amerika verzögern: die politische Rückständigkeit der Gewerkschaften. Erst wenn letztere, dem Beispiel der Arbeiter Englands folgend, eine politische *Independent Labor Party* darstellen, kann aus blossem *Tradeunionismus* der Sozialismus entstehen. Vorher, das heisst als Mitglieder der korrupten alten Parteien, sind die Gewerkschafter kein brauch-

bares Material für uns. Andere Ursachen für die Langsamkeit des sozialen Aufklärungsprozesses habe ich kürzlich in der *Fränkischen Tagespost* dargelegt; ich beschränke mich daher darauf, diese mit einigen Strichen zu charakterisieren. Da ist vor allem die in Amerika grössere Möglichkeit eines Aufrückens des Proletariats in das Bürgertum für die jungen Leute häufig ein Grund zur Unempfindlichkeit gegen sozialistische Belehrung, insbesondere, wenn ihr *Spartalent* ihnen die Notwendigkeit des Sozialismus nicht klar werden lässt.⁴⁾ Alsdann ist es die traditionelle Korruption in den alten Parteien, die vielen ehrlich Strebenden eine Beschäftigung mit Politik überhaupt verleidet, und worunter die sozialistische Propaganda in den Gewerkschaften am meisten leiden musste. Damit sind jedoch die Ursachen, die unser Parteiwachstum verzögern, nicht erschöpft. Eine der wichtigeren ist die Kirchlichkeitsmode in Amerika, der Einfluss aller Religionen auf den Genügsamkeitssinn der Massen und die Andauer ihrer Hoffnung auf bessere Zeiten. Berührung der Religion ist sogar in sozialistischen Zeitschriften englischer Sprache dermassen verpönt, dass ich beispielsweise überall, wo ich versuchte, meinen in der *New Yorker Volkszeitung* veröffentlichten Essay *Der Sozialist als Atheist* (eine direkt zur Aufklärung amerikanischer Arbeiter geschriebene Abhandlung) in englischer Übersetzung zu publizieren, abgewiesen wurde. Dies erklärt beiläufig die günstige Aufnahme, die die jüngst entstandene *Christian Socialist Fellowship*, eine Vereinigung Geistlicher verschiedener Sekten, bei einem Teil unserer Genossen gefunden hat.

Meines Erachtens hängt die Expansion des Sozialismus in Amerika in erster Reihe vom Eintritt der Gewerkschaften als selbständige Partei in die politische Arena ab und in zweiter Linie vom Niedergang der Kirchlichkeit des Volkes, der notorisch längst eingesetzt hat, von der genannten *Christian Socialist Fellowship* aber aufzuhalten versucht wird.

XX

LEONIDA BISSOLATI · DER REVOLUTIONÄRE SYNDIKALISMUS UND DER LANDARBEITER-STREIK IN PARMA



UF dem im April dieses Jahres in Rom abgehaltenen Kongress der *Confederazione del Lavoro* wurde durch De Ambris das Programm des für den 1. Mai in Parma geplanten Streiks öffentlich erläutert. Dieser Kongress fand statt, um die Massnahmen zu beraten, durch die man zu gunsten der wegen des letzten Generalstreiks bestraften Eisenbahner und der wegen einiger Ereignisse bei den Streiks in der Provinz Bologna hart verurteilten Bauern eine Amnestie erwirken könnte. Die Syndikalisten kamen in den Kongress, um ihn zu stören, um die Versammlung von ihren Absichten abzubringen und sie aufzufordern den Klassenkampf in gewaltsamen Formen zu führen. De Ambris teilte mit, dass alles für einen grossen Generalstreik vorbereitet sei. Mit vollständiger Offenheit legte er

⁴⁾ Das Sparen ist für junge Leute, die Spartalent besitzen und Entsagungsfähigkeit, in Amerika absolut viermal leichter als in Deutschland und relativ, das heisst in Anbetracht des höheren Lohnes, sogar achtmal. In einer demnächst in der *Neuen Welt* erscheinenden Artikelserie *Wie finden Sie Deutschland heute und im Vergleich mit den Vereinigten Staaten?* habe ich ein höchst einfaches und unwiderlegliches Rechenexempel zur Illustration meiner Behauptung geliefert.

dar, dass die Arbeiterkammer von Parma — deren Sekretär er war —, um diesen Plan zu verwirklichen, sich weigern solle zur Interpretation der in Kraft stehenden Verträge, über die Differenzen entstanden waren, ein Schiedsgericht anzurufen: das würde den Krieg bis aufs Messer zur Folge haben. Er fügte noch hinzu, die bei den Landarbeitern ausgegebene Parole *Krieg dem Besitz!* drücke bereits aus, dass der Zweck dieses Streiks nicht sei bestimmte Verbesserungen zu erzielen sondern den Besitz an sich zu vernichten. Der seit langer Zeit von den Syndikalisten vorbereitete Streik sollte das Mittel abgeben alle Landarbeiter des Potals in den Wirbel hineinzuziehen und auch die grösseren Orte wie Mailand und Genua zum Kampf zu zwingen. Durch die ungeheuer grosse Ausdehnung, die dieser Streik nehmen sollte und durch den Charakter, den man ihm von Anfang an aufgedrückt hatte, müsste er einen revolutionären Gang nehmen und wäre deshalb ein getreues Bild eines syndikalistischen Aufstandes, der eine mehr oder weniger allgemeine Katastrophe des kapitalistischen Systems veranlassen könnte.

Dies war nun das Programm des Streiks von Parma, das De Ambris unter Verheissung der Anwendung von *Sabotage* und sonstiger Gewalttätigkeit der Versammlung vorlegte. Aber die grosse Mehrheit der Kongressteilnehmer erkannte so deutlich den wahren Unsinn jenes Programms, dass die Syndikalisten sich von dem Kongress zurückzogen, nicht ohne vorher die Gegner mit ihren gewöhnlichen Schimpfreden überhäuft zu haben. Sie hielten eine separate Versammlung ab, wo De Ambris' Ideen natürlich siegreichen Erfolg hatten. Nun kam auch der 1. Mai, und der Streik wurde proklamiert. In der Tat hatten die Syndikalisten alles so vorbereitet, dass er unvermeidlich wurde. Es darf nicht vergessen werden, dass in den selben Gemeinden der Provinz Parma bereits ein Streik stattgefunden hatte, der durch die Annahme eines auf 2jährige Dauer abgeschlossenen Tarifvertrags beendet worden war. In diesem Vertrag wurde auch festgesetzt, dass bei Zweifeln oder Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung der Bedingungen die Parteien verpflichtet wären ein Schiedsgericht zu wählen, das entscheiden sollte. Die Meinungsverschiedenheit entstand in der Tat: eine sehr kleine Differenz, die mit ein wenig gutem Willen sicherlich vom Schiedsgericht entfernt werden konnte. Aber die Leiter der Arbeiterkammer wollten den Streik und antworteten daher auf Ersuchen der Besitzer um Wahl von Schiedsmännern ablehnend. Nach dieser Weigerung nahmen die Besitzer an, dass es sich um einen Kampf bis zum Äussersten handele, sie reagierten daher in einer Weise, aus der man sah, dass sie nicht gewillt waren Arbeiter anzunehmen, die ihre Bedingungen nicht erfüllten, das heisst, die zur Arbeiterkammer hielten. Mit anderen Worten: Die syndikalistische Organisation hatte den Besitzern den Fehdehandschuh hingeworfen, worauf diese mit einer Kriegserklärung gegen die Organisation antworteten. Dies war gerade das Ziel, auf das es die Syndikalisten, wie De Ambris erklärte, abgesehen hatten, und die Syndikalisten verhängten nun über Parma den Streik.¹⁾

Man muss indessen nicht glauben, dass die Syndikalisten ihre Absichten so klar und deutlich ausdrückten wie De Ambris sie auf dem Kongress von Rom

¹⁾ Über diese bedeutungsvollen Begebenheiten ist bereits in der Rubrik *Sozialistische Bewegung der Rundschau* (in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 954 ff.) berichtet worden. Eine ausführlichere Darlegung scheint aber notwendig, um dem deutschen Leser ein richtiges Bild des von seinen Führern absichtlich verworrenen Kampfes zu geben.

geschildert hatte. Die Landarbeitermasse, obwohl durch die revolutionäre Propaganda erhitzt, wäre doch nicht so bereit gewesen sich in den Kampf zu begeben, wenn man ihr nicht einen unmittelbaren Erfolg in Aussicht gestellt hätte, der jedoch sehr entfernt von dem Erfolg war, auf den ihre Führer es abgesehen hatten. Diese bemühten sich auch, um die Arbeiter an sich zu fesseln, das Streikprogramm durch einige Punkte zu verbessern, die an sich nichts Unvernünftiges und Übertriebenes hatten. Das Spiel war sehr geschickt angelegt. Die Landarbeiter begannen den Streik und griffen zum äussersten Kampfmittel, in der Voraussetzung, dass sie für jene Verbesserungen kämpften. Die Syndikalisten wiederum hatten die Sache so vorbereitet, dass die Besitzer nicht glauben konnten, jene Verbesserungen bildeten den wahren Grund des Kampfes. Auf diese Weise erreichten die Syndikalisten ihre Absicht: der Kampf konnte kein friedliches Ende finden und musste von Tag zu Tag heftiger werden. Das italienische Proletariat hätte, obwohl unter reformistischer Leitung, seine Solidarität einem Streik bekunden müssen, der als Basis das normale Verlangen nach gerechten Verbesserungen hatte; jedoch wäre der Lokaltstreik bei dem Widerstand der Besitzer zu einem Generalstreik geworden, und so hätte der revolutionäre Syndikalismus mit Hilfe seiner eigenen Gegner seinen höchsten Versuch machen können.

Der Versuch ist zu nichte geworden wie jede Bewegung, die auf doktrinären Plänen und künstlichen Mitteln gegründet ist. Vor allem entwickelte die erschreckte und erregte Besitzerklasse viel höhere Widerstandskräfte als die Syndikalisten angenommen hatten. Es gelang den Syndikalisten die Besitzer durch Drohungen und fortgesetzte Gewaltsamkeiten davon zu überzeugen, dass der Augenblick gekommen sei sich auf Tod und Leben zu schlagen. Kein Opfer war nun für die Besitzer gross genug; sie schlossen sich zu einem fest gefügten und mächtigen Verband zusammen und waren eher bereit die Ernte zu verlieren als die geringste Konzession zu bewilligen. Und warum sollten sie nachgeben? Wir kennen die Psychologie der Unternehmer. Wenn sie dem Verlangen der Arbeiter irgendwie nachkommen, tun sie es doch nur in der Hoffnung sich eine bestimmte Zeit ruhiger und sicherer Produktion zu sichern. Und gerade diese Hoffnung konnten die Besitzer aus Parma nach den Erklärungen De Ambris' nicht haben. Hatte er nicht gesagt, dass man bei Bewilligung des kleinsten Zugeständnisses sofort neue und schwerere Konzessionen verlangen würde, so dass die Arbeitgeber zur Verzweiflung gebracht würden? Hatte er nicht ganz klar das Programm fortwährend wiederholter Streiks angekündigt? Es war also der Mühe wert in einen grossen Kampf einzutreten, um zu versuchen die Organisation zu zerstören. Zweifellos war auch dies eine unbesonnene Utopie. Aber wer hat sie geschaffen, wenn nicht gerade die syndikalistische Methode?

Inzwischen befanden sich die Arbeiter vor einer gepanzerten Festung. Sie hatten gehofft, weil De Ambris und Genossen es sie hoffen liessen, dass die Besitzer vor der Unmöglichkeit das Heu im Mai einzuernten kapitulieren würden. Vergebliche Hoffnung! Mit Hilfe von Mähmaschinen und durch die eigene Arbeit der Besitzer wurde das Heu fast komplett eingeholt. Die Landarbeiter hatten die Ställe verlassen. De Ambris und Genossen hatten sie glauben gemacht, dass dies allein genügen würde den Sieg zu sichern. Die Kühe wurden trotzdem gefüttert und besorgt. Nun kam der entscheidende

Moment, der laut Voraussagung der Streikführer zum Erfolg führen sollte, das heisst der Augenblick der Weizenernte. Aber es kamen auch die Maschinen, und der Weizen wurde gemäht. Jedoch die grösste Enttäuschung war es für die Streikenden, als sie den Traum jenes grossen Generalstreiks, von dem ihnen die Syndikalisten so oft sprachen, entschwinden sahen. Im Verlauf des Streiks wurden in der Tat zwei Versuche gemacht den Kampf auszudehnen. Zuerst in der Nachbarprovinz Piacenza, die ebenfalls von Syndikalisten beherrscht ist. Unter dem Vorwand einige Besitzer in Piacenza hätten sich mit denjenigen von Parma vereinigt, proklamierte die Arbeiterkammer von Piacenza in Gemeinschaft mit der von Parma den landwirtschaftlichen Generalstreik. Aber dieser dauerte nur 3 bis 4 Tage. Von der selben Arbeiterkammer aus Parma kam der Befehl den Streik in der Provinz Piacenza zu beenden. Der Grund ist leicht zu verstehen. Ein grosser Teil der Streikenden wurde durch Verteilung von Geld und Geldeswert unterstützt. Es war also klar, dass mit der Ausdehnung des Streiks die Zahl der zu unterstützenden Streikenden wuchs, während die Summe der Hilfgelder, die in Parma ankamen, sich nach und nach verminderte. Die Syndikalisten machten versuchsweise eine sehr einfache Feststellung, eine Feststellung, die so natürlich ist, dass sie nicht erst experimentell erprobt zu werden brauchte; nämlich die, dass die Ausdehnung eines Streiks dem Streik selbst nicht günstig sein kann, wenn er die Unternehmer nicht schnell zu Fall bringt. Wenn aber die Kapitalistenklasse sogar der grössten Ausdehnung des Streiks widerstehen kann, muss der Streik schnell aufhören, weil seine Mittel schnell erschöpft werden. Die Syndikalisten, berauscht von ihren eigenen Worten, hatten geglaubt, es wäre genügend die Ausdehnung des Streiks anzudrohen, damit das ganze Bürgertum zitternd vor ihren Füssen liege. Sie mussten sich aber bald vom Gegenteil überzeugen und sich schnellstens zurückziehen. So entschwand das Ziel des grossen landwirtschaftlichen Generalstreiks, das so eine grosse Rolle in der trügerischen Rhetorik eines De Ambris und seiner Genossen gespielt hatte.

Noch ein zweites Mal zeigte sich, aber in anderer Form, die Möglichkeit eines allgemeinen Streiks. Gegen Mitte Juni, als das Ende des Streiks vorauszu sehen war, entstand ein Aufruhr vor der Eisenbahnstation von Parma, als ein Posten neuer Maschinen ankam. Soldaten zerstreuten die Demonstranten und besetzten die Lokalitäten der Arbeiterkammer. Als Protest gegen diese militärische Besetzung sowie gegen die Drohung der Auflösung und Vernichtung der Arbeiterorganisation wurde der Generalstreik in allen Betrieben der Stadt und Provinz Parma erklärt. In diesem Moment hielt nicht nur die Arbeiterklasse sondern auch die sozialistische und die demokratische Partei zu den Streikenden. Eine Anzahl Abgeordneter kam, um das Beginnen der Organisation zu unterstützen, nach Parma, während die syndikalistischen Führer das Weite suchten. Falls die Regierung sich geweigert hätte den Arbeitern die Arbeiterkammer zurückzugeben, wäre es zum Generalstreik gekommen. Das energische Vorgehen der Abgeordneten, die Haltung des ganzen organisierten italienischen Proletariats und — auch das muss man zugeben — der gesunde Verstand Giovanni Giolittis verhinderte den Ausbruch des Generalstreiks. Die Arbeiterkammer wurde ihrer Tätigkeit zurückgegeben; die syndikalistischen Führer, wieder in Sicherheit, übernahmen von neuem die Leitung

und der landwirtschaftliche Streik nahm müde und schleppend seinen Fortgang. Wenn also der Syndikalismus sein Experiment zu Ende führen konnte, so verdankt er es dem parlamentarischen Einfluss des reformistischen Proletariats und der Androhung jenes *politischen Generalstreiks*, für den die Führer des Syndikalismus unter Sorel als geistigem Haupt nicht genügend Worte der Verachtung finden.

So geht jetzt der Streik langsam als Schwindsüchtiger zu grunde. Ein Teil der Landarbeiter kehrte zur Arbeit zurück und unterwarf sich den von den Besitzern stipulierten Bedingungen; ein anderer Teil behauptet in Streik zu stehen, ist aber in Wirklichkeit einfach arbeitslos, infolge der Verwendung von Maschinen, die die menschliche Arbeit ersetzen sollen. Diesen Arbeitslosen gelingt es noch das Nahrungsproblem zu lösen, weil viele von ihnen ihre Kinder in anderen Provinzen untergebracht haben, und weil die Hilfsmittel noch nicht zu Ende sind, können noch Tausende von Personen in den Volksküchen Nahrung erhalten. Ein anderer grosser Teil von Streikenden ist ausgewandert. Nichtsdestoweniger schickt De Ambris noch jetzt aus der Schweiz Tagesbefehle, die den nahen Sieg ankündigen.

Mittlerweile haben aber die grossen italienischen Arbeiterorganisationen geglaubt, dass es ihr Recht und ihre Pflicht wäre einzuschreiten. Bisher gaben sie dem Streik ihre finanzielle Hilfe; obwohl sie gegen die Art und Weise sind, wie der Streik vorbereitet und geführt worden, haben sie sich des Schicksals ihrer Klassengenossen angenommen, die, wenn auch in naiver Weise, für die Verbesserung ihrer traurigen Lebenslage kämpften. Nun der Streik in der Tat verloren ist, gibt es keinen Grund mehr für das italienische Proletariat weiter Opfer zu bringen. Es ist nicht zu vergessen, dass viele Organisationen nicht für ihr eigenes Gewerbe sorgen konnten, um die Streikenden von Parma zu unterstützen. Aber da die Syndikalisten darauf bestanden, dass der Streik nicht nur am Leben war sondern noch eine Siegesmöglichkeit bot — selbstverständlich nicht mehr eine solche wie sie De Ambris dem Kongress von Rom geschildert hatte, aber doch eine in der Verbesserung des Tarifvertrags für die Provinz Parma —, wurde eine Konferenz abgehalten, in der Vertreter der *Confederazione del Lavoro*, des Landarbeiterverbandes und der sozialistischen Parlamentsfraktion sich zusammenfanden, und in der eine Untersuchungskommission gebildet wurde mit dem Auftrage die Wahrheit über die Lage zu ermitteln. Wie zu erwarten war, schrieten die Syndikalisten über den Verrat. Die Sachlage prüfen und ihren Worten kein Vertrauen schenken: das hiess den Streik verraten. Die Arbeiterorganisationen fuhren jedoch in ihrem Amt fort, und die Untersuchung wurde angestellt, obwohl die Syndikalisten ihren Anhängern empfohlen hatten die Kommission mit Stockschlägen zu empfangen.

Am 29. Juli wurde der Bericht den Verbänden, die in Bologna zusammengetreten waren, vorgelegt. Die Syndikalisten versuchten die Versammlung mit Gewalt aufzulösen. Der Bericht wurde indessen verlesen und ergab, dass der Streik fast beendet war, dass die Streikenden in Wahrheit arbeitslos waren, und dass das Ergebnis der ganzen von den Syndikalisten inszenierten Aktion ein ungeheures Unglück für die Arbeiterklasse war. Die Versammlung beschloss keine Sammlung mehr für Parma zu veranstalten und den Rest der Hilfsmittel zu gunsten der Opfer des Streiks und hauptsächlich für die Kon-

sumvereine anzuwenden, die infolge des den Streikenden gewährten Kredits fast ruiniert waren. Und damit man sich eine klare Idee über diesen ersten Entschluss machen kann, der den Todesstoss für das *syndikalistische Experiment* bedeutet, ist die Bemerkung notwendig, dass in dieser Versammlung folgende Organisationen vertreten waren: Die *Confederazione del Lavoro*, die 200 000 Organisierte umfasst, der Landarbeiterverband mit 100 000 Mitgliedern, ausserdem besondere Verbände der Landarbeiter der Emilia und der Lombardei. Der Beschluss wurde gegen eine einzige Stimme gefasst.

Wir wollten die Geschichte dieser unglücklichen Bewegung im einzelnen schildern, so dass der Leser, der sie vollständig vor Augen hat, nicht mehr viele Kommentare braucht. Aber es könnte jemand fragen: Muss man die Schuld an dem Mislingen dem Syndikalismus zuschreiben? Ist nicht zugegeben, dass im Gegensatz zu den utopistischen Absichten der Leiter die Landarbeitermasse auf sofortige praktische und vernünftige Verbesserungen bestand? Und wenn der Streik auch wegen dieser Fragen zu Fall kam, ist nicht in Wirklichkeit der Grund des Nichterfolges in der unüberwindlichen Widerstandsfähigkeit der Besitzer zu suchen? Wurde nicht der Syndikalismus niedergeworfen, wo auch der Reformismus niedergeschlagen worden wäre? Nein. Die Verantwortlichkeit des Syndikalismus liegt vor allem darin, dass er in jenen Provinzen den Boden so bereitet hat, dass der verzweifelte und wilde Widerstand der Besitzer unvermeidlich wurde, und ferner darin, dass er den Kampf wollte, gerade als der Boden so vorbereitet war. Seit langer Zeit verbreiteten die Wanderredner des Syndikalismus und die Leiter der Arbeiterkammer jenen Plan, der auch von De Ambris dem Kongress zu Rom unterbreitet wurde, das heisst, dass der Streik dazu dienen müsse das grosse revolutionäre Experiment in Szene zu setzen, dass Konzessionen nicht einmal für eine Zeitlang die Bewegung beruhigen könnten, und dass Streiks systematisch wiederholt werden sollten. Und als das Aufgebot der Besitzer bereit war diesen fortwährenden Drohungen hartnäckigsten Widerstand entgegenzusetzen, gerade da suchten die Syndikalisten den Vorwand zum Angriff. Nach dem Kollektivvertrag vom Jahre 1907, der bemerkenswerte Verbesserungen für die Landarbeiter garantierte, hätte man den Weg zu einem gütlichen Vergleich durch die Wahl eines Schiedsgerichts gefunden, aber man wollte ihn nicht. Man wollte Krieg, und man wollte auch diesen Krieg, als man wusste, dass der Feind bereit war ihn aufzunehmen.

Dies ist nun kein zufälliger taktischer Fehler sondern die notwendige Folge der syndikalistischen Phraseologie. Vor mir liegt die letzte Schrift Sorels *Réflexions sur la violence*. Der grosse Band besteht nur aus Variationen des einen Gedankengangs: Die Aufgabe der *neuen Schule* (des Syndikalismus) liegt vor allem in der Erziehung des Proletariats zur Gewalttätigkeit, weil es ausser der Gewalt kein anderes Heil gibt. Wenn die Gewalt des Proletariats nicht einschreitet, ist die moderne Welt von Verfall bedroht. Die reformistische Methode ist im Begriff einen Ausgleich zwischen Bürgertum und Proletariat zu schaffen: Dies ist die grösste Gefahr, die die Gesellschaft bedrohen kann, weil der Kapitalismus sich auf den Weg der Konzessionen begibt und damit auf seine eigene Fortentwicklung verzichtet. Die Zurückhaltung der Expansion des Kapitalismus ist der Verfall der Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist es nötig, dass die proletarische Gewalt eingreift, die die

EMMA IHRER · UNSERE HAUSANGESTELLTEN



EIT mehreren Jahren macht sich unter den Hausangestellten eine Bewegung bemerkbar, die sich allmählich über das ganze Land zu verbreiten beginnt. In Berlin, wo sie begann, war anfänglich eine Vereinigung gegründet worden, die Hausfrauen und Mädchen gemeinsam umschloss. Diese lösten sich später aus dem unnatürlichen Verhältnis und bilden jetzt eine selbständige Gruppe von Arbeitnehmern, die so befreit von jeder Bevormundung nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen streben können. Der langsame, aber stetige Fortgang dieser ersten Organisation hat seine Wirkung nach aussen nicht verfehlt. Auch in anderen Grosstädten bildeten sich Vereinigungen; so in Nürnberg, München, Frankfurt am Main, Hamburg, Bremen, Lübeck, Breslau. Erfreulich ist an sich die Tatsache, dass endlich auch die unselbständigsten und unaufgeklärtesten Arbeiterschichten erwachen.

Wenn diese Bewegung vorerst noch der Einheitlichkeit ermangelt, so ist das hauptsächlich auf die veralteten Bestimmungen der 59 Gesindeordnungen zurückzuführen, die in den deutschen Bundesstaaten die Rechtsgrundlage für das Dienstverhältnis bilden sollen, und die überall andere Grundbedingungen schaffen. Diese veralteten Ausnahmegesetze, die fast alle aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts stammen, enthalten zum Teil noch ein Koalitionsverbot und bedrohen alle die mit Strafe, die dem Gesinde zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen behilflich sind oder ihnen zu deren Erreichung zur Arbeitseinstellung raten. Solche Verbote stehen heut allerdings nur noch auf dem Papier, und speziell in den Grosstädten regelt die starke Nachfrage nach Arbeitskräften diese Dinge von selbst. Allerdings werden immer noch Einzelfälle angeführt werden können, in denen die einfachsten Lebensansprüche von Hausangestellten als überflüssig, als zu hohe Forderungen angesehen, wo deren Menschenrechte in Frage gestellt werden. Doch soll man sich bei Aufzählung dieser Einzelfälle vor jener Übertreibung hüten, in die Kritikübende so gern verfallen, als seien Einsichtslosigkeit und Unverstand bei allen Arbeitgebern der Hausangestellten vorhanden.

Bedeutende Schwierigkeiten bei der Organisierung der im häuslichen Dienst Beschäftigten ergeben sich aus der Abhängigkeit von der Häuslichkeit. Die Voraussetzung jeder Organisation ist eine gewisse Unabhängigkeit vom Arbeitgeber. Dort aber, wo Kost und Logis noch als ein Teil des Lohnes gegeben werden, ist durch die jeweilige Hausordnung für alle im gleichen Hausstande Lebenden auch eine bestimmte Abhängigkeit gegeben. Die Arbeitsleistungen im Hause sind nicht immer an die bestimmte Stunde gebunden wie beim gewerblichen Arbeiter, zudem ist in jedem Haushalt eine andere Zeiteinteilung vorhanden, je nach der Stellung oder Beschäftigung des Haushaltungsvorstandes. Auch bei den gewerblichen Arbeitern finden wir die ungünstigsten Organisationsverhältnisse bei denen, die Kost und Logis im Hause des Meisters erhalten, oder wo die Arbeitgeber es verstanden haben ihre Arbeiter in eigens erbauten Arbeiterwohnhäusern von der übrigen Arbeiterschaft zu isolieren. Es ist anzunehmen, dass die wirtschaftliche Entwicklung zu einer völligen Umgestaltung des Haushalts führen wird, dass der umständliche Einzelhaushalt mit seiner Spezialküche verschwindet. Die fortschreitende Betätigung der Frau im Erwerbsleben verlangt dringend ihre Befreiung von Haushalts-

geschäften. Die Industrie übernimmt immer mehr von den früheren Hausarbeiten und macht allmählich einen Teil des Hauspersonals überflüssig. Vorläufig haben wir allerdings — wahrscheinlich noch für die nächsten Jahrzehnte — mit den heute gegebenen Verhältnissen zu rechnen. Darum muss das Bestreben der Hausangestellten dahin gehen durch ihre Organisation einen Einfluss zu gewinnen, um die Entwicklung zu ihren Gunsten zu fördern.

Die Gesindeordnung zu beseitigen ist die Hauptaufgabe der jungen Organisation, sie muss dahin wirken ein einheitliches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzustreben. Denn so verschieden an sich die 59 Gesindeordnungen auch sind, eines ist charakteristisch für alle, dass sie nicht ein gleiches Recht für beide Teile geben, dass die Hausangestellten vielmehr mildernden Rechts als ihre Arbeitgeber sind. Zum Beweise seien einige Paragraphen der preussischen Gesindeordnung dem Inhalt nach mitgeteilt:

§ 73 besagt: »Allen häuslichen Einrichtungen und Anordnungen der Herrschaft muss das Gesinde sich unterwerfen.« Der gewerbliche Arbeiter hat die Möglichkeit sich durch den Ausschuss mit dem Arbeitgeber über ihm unangenehme oder unannehmbar erscheinende Anordnungen zu verständigen; der Hausangestellte hat sich einfach zu unterwerfen. § 76: »Die Befehle der Herrschaft und ihre Verweise muss das Gesinde mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen.« Diese Bestimmung erinnert an die drakonischen Vorschriften, die für das Militär gelten, und hat nichts vom freien Arbeitsvertrag an sich. § 77 führt noch deutlicher das zweierlei Recht vor Augen: »Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugtuung fordern.« § 78: »Auch solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermutung, dass sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen.« Ferner § 79: »Ausser dem Falle, wo das Leben oder die Gesundheit des Diensthöten durch Misshandlungen der Herrschaft in gegenwärtige und unvermeidliche Gefahr gerät, darf er sich der Herrschaft nicht tätlich widersetzen.« § 80: »Vergehungen des Gesindes gegen die Herrschaft müssen nach den Grundsätzen des Kriminalrechtes geahndet werden.«

Und ein solches ungleiches Gesetz hat in einem Lande Geltung, in dem grundsätzlich alle Bürger gleich vor dem Gesetz sein sollen. Aber auch das bayerische Gesinderecht weist sonderbare Bestimmungen auf:

§ 7 besagt: »Schulpflichtige Diensthöten, welche aus eigenem Verschulden den Besuch der Sonntagsschule oder der diese vertretenden Fortbildungsschule oder während ihrer allgemeinen Sonntagsschulpflicht den vorgeschriebenen Besuch des öffentlichen Religionsunterrichtes fortgesetzt versäumen, werden, wenn sie von der Ortsschulbehörde wegen schuldhafter Versäumnis auf grund der bestehenden Schulordnung gestraft oder vor weiterer Versäumnis verwarnet worden waren, auch gerichtlich, und zwar mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.« Und § 4 sagt über die Pflichten der Herrschaft: »Die Dienstherrschaften haben schulpflichtige Diensthöten zum Schulbesuch anzuhalten und dürfen denselben den Besuch von Wirtshäusern nur mit gehöriger Aufsicht gestatten, die Erlaubnis zum Besuche öffentlicher Tanzunterhaltungen haben sie denselben zu verweigern.« Dienstherrschaften, welche ohne genügende Entschuldigung unterlassen ihre schulpflichtigen Diensthöten zum Schulbesuch anzuhalten, werden mit Haft bis zu 8 Tagen oder an Geld bis zu 45 Mark bestraft. Herrschaften, welche ihren schulpflichtigen Diensthöten den Besuch von Wirtshäusern ohne gehörige Aufsicht oder den Besuch öffentlicher Tanzunterhaltungen gestatten, werden an Geld bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft.¹⁾

¹⁾ Wenn ein 13-jähriges Mädchen sich als Kindermädchen oder dergleichen vermietet oder richtiger seitens der Eltern vermietet wird, so dürfte wohl kaum zu verlangen sein, dass man dieses halbe Kind für Schulversäumnisse verantwortlich macht, wo sie so ganz in den Willen anderer gegeben ist. Das Kind wird diese Pflicht schon insofern gern erfüllen wollen, als es damit eine Stunde der Freiheit genießt, für kurze Zeit der lästigen Arbeit ledig ist. Im letzten Augenblick

Nun streiten allerdings die Juristen darüber, ob diese Bestimmungen nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches noch Geltung haben können oder nicht. Jedenfalls ist die Sachlage dadurch nicht klarer geworden, dass einige Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs diese Bestimmungen der Gesindeordnungen aufzuheben scheinen. Der Wirrwarr ist nur noch grösser geworden. Ein noch zu Recht bestehendes Gesetz, das durch ein anderes überholt und überflüssig gemacht ist, ist ein Nonsens, der nur zu Rechtsirrtümern Anlass gibt. Daraus folgt, dass die Beseitigung der Gesindeordnungen gefordert werden muss, nicht nur durch die Hausangestellten und ihre Vereinigung sondern von allen, die nur eine Spur von Gerechtigkeitssinn haben, und zuerst sollten diejenigen, die Hausangestellte beschäftigen, gerade durch Unterstützung dieser Forderung zeigen, dass es ihnen Ernst ist mit der Aufhebung der Hausklaverei und der Gleichstellung ihrer Angestellten vor dem Gesetz. Damit dürfte auch der Hauptanstoß beseitigt werden, der heut die jungen Leute so vielfach davon zurückhält in häusliche Dienste zu gehen; sie ziehen die Freiheit bei der Fabrikarbeit vor, insbesondere, weil ihnen dort eine bestimmt begrenzte Arbeitszeit und eine bestimmte Feierabendstunde in Aussicht steht. Ist auch die gesetzliche 11stündige Arbeitszeit für die weiblichen Arbeiter noch viel zu lang, so ist sie immerhin viel kürzer als die der meisten Hausangestellten. Der erste Schritt zur Beseitigung der notorischen Dienstbotennot²⁾ ist also die Beseitigung der Gesindeordnungen. Die Auffassung von Rechten und Pflichten der Menschen zu einander ist eine andere geworden als zu der Zeit, wo diese Ordnungen entstanden. Wer auf die Hilfe und Mitarbeit fremder Menschen angewiesen ist, der sollte diesen Gehilfen durch deren rechtliche Gleichstellung die Anerkennung ihrer Arbeitsleistung ausdrücken.

Verswinden muss mit der Gesindeordnung aber auch das ominöse Dienstbuch, das eigentlich für keine Partei einen Wert hat als dass es ausserordent-

ist es aber durch eine unaufschiebbare Arbeit, die nicht vorher bestimmt oder in Aussicht war, am Verlassen des Hauses behindert. Diese Fälle werden häufig sein, und es wird sich schwer stellen lassen, ob hier ein Verschulden das mit Arbeit überlastete Kind oder die Herrschaft trifft; jeder Teil wird mit gewissem Recht die Schuld von sich abzuwälzen suchen und damit die Pflicht zur Entschuldigung; die 13 jährige Hausgehilfin, indem sie angibt, es sei ihr im letzten Augenblick eine Arbeit übertragen worden; die Dienstherrschaft, indem sie betont, bei grösserem Fleiss hätte die betreffende Person rechtzeitig mit der aufgetragenen Arbeit fertig sein können, um ihre Schulden einzuhalten. Läge es nicht viel näher für solche jugendlichen Hausarbeiter eine begrenzte Arbeitszeit festzulegen, die ihnen freie Stunden ermöglicht, anstatt eine Haftstrafe anzudrohen, nach deren eventueller Vollziehung die Dinge bleiben würden wie sie waren? Ganz unmöglich durchführbar scheint uns die Aufsichtspflicht der Herrschaft für den Besuch von Wirtshäusern. So junge Mädchen werden fast nur in dem Haushalt minder Bemittelter beschäftigt, dort, wo die Hausfrau ihren vollen Anteil an der Hausarbeit hat. Geht das Mädchen am freien Tag aus, so hat die Frau auch deren Arbeit mit zu übernehmen: Soll nun etwa der Hausherr als Aufsichtsperson das Mädchen begleiten? Oder wie wäre sonst eine solche Bestimmung durchführbar? Die einzige Möglichkeit läge darin die Eltern zur Aufsicht zu verpflichten. Sind diese aber meilenweit vom Dienstort des Kindes entfernt, so ist auch eine solche Verpflichtung hilflos. Für die Nichtausführung von Undurchführbarem sollte aber niemand gestraft werden dürfen. Auch ein Verbot des Wirtshausbesuchs würde nichts nutzen. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, dass so Jugendliche durch ein solches Verbot etwas verlieren, was Wert für sie hätte; ganz im Gegenteil, es wäre lebhaft zu wünschen, man kame allgemein zu der Ansicht, dass Kinder nicht ins Wirtshaus gehören. Jedoch wird auch hier durch Verbote niemand eines Bessern belehrt. Eine Aufgabe der Erziehung und Bildung wird es sein hier bessere Einsicht bei der arbeitenden Bevölkerung herbeizuführen. Auch für die jugendlichen Hausangestellten ist der Jugendschutz so nötig wie für die in gewerblichen Betrieben. Und eine vernünftgemässe Belehrung in der Schule könnte vorbeugend wirken; man möge in höheren Klassen über die physische und moralische Schädigung der Gesundheit jugendlicher durch Wirtshausbesuch und Tanzvergnügen sprechen!

²⁾ Das Personal für häusliche Dienste hat von 1882 bis 1895 nur um 1% zugenommen; bei der starken Zunahme der Bevölkerung im gleichen Zeitraum ohne Zweifel eine Kalamität; gleichwohl ist nach Lage der Dinge diese Dienstbotennot begreiflich.

lich geeignet ist Täuschungen auf der einen Seite und Ärger und Behinderung bei Aufsuchen einer neuen Arbeitsstelle auf der anderen zu verursachen. Die eingeschriebenen Zeugnisse sind von ganz untergeordnetem Wert. Sie zeigen nur, ob die Haushilfe immer nach kurzer Zeit ihren Dienst verliess, häufig damit wechselte, oder ob sie Stellungen längere Zeit inne hatte. Das übrige Beiwerk besteht mehr oder weniger aus höflichen Redensarten, oder ist der Ausdruck eines empörten Gemütes, so dass man ein Urteil über die *Neue* sich nach dem *Zeugnis* nicht zu bilden vermag. Ist ein Zeugnis schlecht, und entspricht es der Wahrheit, so wird ein Mädchen sich des Buches nicht mehr bedienen, sie wird es beseitigen anstatt damit den Versuch zu machen eine neue Stelle zu finden, was ihr schwer gelingen würde. An Stelle eines so wertlosen Objekts kann das Arbeitsbuch treten, das nur den einfachen Ausweis über die Zeit des Antritts der Arbeit und des Austritts enthalten darf.

Die Beschwerden der Hausfrauen über die Unfähigkeit der Dienstmädchen, über deren geringe Kenntnisse vom Haushalt und was damit zusammenhängt, haben sicherlich oft eine gewisse Berechtigung. Gleichwohl würde es um vier Fünftel aller Haushalte noch viel trauriger bestellt sein, sollte die Dame des Hauses alle Arbeiten selber verrichten: in Handarbeiten und ähnlichen Dingen wäre sie wahrscheinlich die Überlegenere; bei der notwendigsten groben Arbeit aber würde sich meistens das Gegenteil herausstellen; und ihre Ausdauer bei den unangenehmen Verrichtungen würde wahrscheinlich kaum 8 Stunden betragen. Solange also der Einzelhaushalt besteht, sind die Hausgehilfen unentbehrlich, und weil dem so ist, müssen wir bestrebt sein ihnen ihre schwierige Stellung zu erleichtern, sowohl die im Hause als die öffentliche, rechtliche. Wir dürfen nicht übersehen, dass wir auch auf diesem Gebiet uns in einem Übergangsstadium befinden, das Schwierigkeiten aller Art im Gefolge hat. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Diensthöfen und Herrschaft ist durch den wirtschaftlichen Fortschritt gelöst, der Klassengegensatz zwischen Angestelltem und Arbeitgeber tritt unangenehm hervor. Die Diensthöfen arbeiten unablässig für uns, ohne an allen Annehmlichkeiten des Hauses teilzuhaben. Es ist eine Zwitterstellung, die wir unseren Mädchen anweisen. Wir übertragen ihnen ganz selbstverständlich unsere Vertretung bei den Hausgeschäften, gesellschaftlich aber stehen wir weit über ihnen. Der Bildungsunterschied ist ein zu grosser, so wird hervorgehoben. Es mag zugegeben werden, dass dieser Einwand vielfach berechtigt ist. Aber daraus ist nur die Folgerung zu ziehen, dass unsrerseits die Bildungsbestrebungen des Proletariats energisch zu unterstützen sind, damit dieser unangenehme Unterschied verschwinde. Wenn die Hausangestellten eine bessere Schulbildung genossen hätten, so würden davon nur alle Teile profitieren, besonders aber jene Familien, in denen die Wartung und Erziehung der Kinder fast gänzlich dem Hauspersonal überlassen wird.

So wünschenswert es nun auch ist die Besserstellung der Hausangestellten zu erstreben, so verfehlt scheint uns, was die jungen Organisationen als eines der Mittel angeben. Es werden den Mitgliedern bei Antritt einer neuen Stellung Verträge gegeben, die sie den Herrschaften zur Unterschrift vorzulegen haben. Erreicht soll dadurch werden, dass die Gesindeordnung nicht zur Anwendung kommt. Nun gilt es bei den gewerblichen Arbeitern als selbstverständlich, dass man wirksame Verträge erst abschliessen kann, wenn die Organisation stark genug ist ihre Einhaltung überwachen zu können. Ob die

bestehenden Vereine für die Hausangestellten eine solche Stärke bereits erreicht ist fraglich. Bei schwachen Organisationen werden Verträge aber eher ein Hindernis als eine Förderung sein. Es sollte unter allen Umständen vermieden werden, dass solche Forderungen auf dem Papier stehen bleiben.

Von den bisher formulierten Verträgen scheint uns der von der Lübecker Organisation aufgestellte der präziseste zu sein. Der Berliner ist der weitestgehende. Er trifft Bestimmungen über die Ausstattung des der Hausangestellten einzuräumenden Zimmers, setzt genau Länge, Beginn und Schluss der Arbeitszeit (12 Stunden), der Ruhepausen usw. fest, ferner die freien Nachmittage usw. und regelt endlich die Kündigung respektive den Dienstaustritt; die Vorschriften der Gesindeordnung hebt er für das Vertragsverhältnis ausdrücklich auf; Streitigkeiten sollen vom Amtsgericht, eventuell von einem Schiedsgericht entschieden werden. Gegen den weitaus grössten Teil der Forderungen lässt sich nichts einwenden. Es ist nur die Frage: wie viele werden wohl den Mut haben den Vertrag bei Antritt einer neuen Stellung vorzulegen? Diejenigen, die ihn haben, sind die tüchtigen Kräfte, die ihre Ansprüche auf jeden Fall durchzusetzen vermögen; die schwachen aber, für die der Vertrag besonders von Wert sein würde, werden kaum den Mut finden so festgefügte Ansprüche zu erheben, sie werden befürchten, dass sie mit ihrer Forderung die Aussicht auf die Stelle verlieren. Übrigens sind einige Bestimmungen des Vertrages in der Tat so einseitig gehalten, dass sie unbedingt zu verwerfen sind. Ein Vertrag soll beiden Teilen gleiches Recht gewähren. Nach Ziffer 8 des Berliner Formulars steht der Hausangestellten »ausserdem [das heisst ausser der für beide Teile paritätischen Kündigung] das Recht frei jederzeit den Dienst zu verlassen«. Also ein Sonderrecht für die Angestellten, dem man nicht ein gleiches für die Dienstgeber gegenüber stellte. Es kann einer Hausfrau wenig daran liegen, wenn ein Mädchen aufgrund dieses Vertrags ohne ersichtliche Ursache den Dienst verlässt, dass sie dann einen »Schadenersatz« bis zur Hälfte des Monatslohns erhält. Die augenblickliche Verlegenheit, in die sie gerät, ist so gross, dass keine pekuniäre Entschädigung darüber hinweg hilft. Für eine Auflösung des Dienstverhältnisses können nur stichhaltige Gründe, wie sie auch unter 5 Ziffern vorgesehen sind, massgebend sein, nicht aber augenblickliche Launen oder Missstimmungen. Ferner ist die Bestimmung über das Schiedsgericht sehr anfechtbar. Einem Schiedsgericht, das aus je 2 Vertretern der beiden Parteien gewählt ist, kann nicht als ausschlaggebende 5. Person die Vorsitzende des Hausangestelltenverbandes vorgeschlagen werden: diese kann unmöglich unparteiisch sein, und wäre ihr persönliches Rechtsbewusstsein noch so stark ausgeprägt, sie ist die natürliche Vertreterin der einen Partei und somit als Schiedsgerichtsvorsitzende gänzlich ungeeignet; ganz abgesehen davon, dass auch kaum eine Herrschaft auf eine derartige Vereinbarung eingehen würde. Und zu den übrigen gewiss sehr berechtigten Forderungen ist zu sagen: Wo sind die Haushalte, die sich so gleichen, dass man schablonisieren kann? Bevor also eine Regelung des häuslichen Betriebs herbeigeführt ist, wird es sehr schwierig sein ganz einheitliche Forderungen durchzuführen. Im Lübecker Vertrag sind die auch uns einseitig und unmöglich scheinenden Forderungen ganz aus dem Vertrag herausgeblieben; andererseits sind dort die Ruhezeiten genauer präzisiert.

So gut an sich eine Erziehung zum Selbstbewusstsein sein mag, so kann durch die Verträge, die nur von einer kleinen Anzahl der Mädchen vorgelegt werden, nicht allzuviel erreicht werden. Jene Herrschaften, die auf den Vertrag eingehen, wären ohnedies bereit alle berechtigten Forderungen zu erfüllen. Und ein anderer Teil unterschreibt vielleicht den Vertrag, weil das Mädchen, das ihn vorgelegt, konveniert; man nimmt aber die Zusage nicht gerade ernst und ist von vornherein der Ansicht bei gegebener Gelegenheit doch tun zu können, was man mag, denn der ganze Vertrag legt dem Unterschreibenden ja nur eine *moralische* Verpflichtung auf, keine rechtliche, die man unbedingt einhalten müsste: bei einem Rechtsstreit, der sich aus dem Arbeitsverhältnis ergibt, ist man ja doch an das noch bestehende Gesetz gebunden. Es erscheint somit der Versuch mit den Privatverträgen zum mindesten verfrüht.

Ganz besonders müssen die Organisationen ihre Kraft dafür einsetzen die *Stellenvermittlung*, wie sie heut noch überall ist, umzugestalten. Die Privatvermittlung muss verschwinden; an ihre Stelle muss die durch die Organisation treten, oder es muss ein Anschluss an die städtischen oder paritätischen Arbeitsnachweise, wo es möglich ist, herbeigeführt werden. Die Beseitigung der Ausbeutung durch die Vermittler muss eine der ersten Aufgaben sein. Denn nur sehr wenige der 1 339 316 Dienstboten im Deutschen Reich werden ihre Stellen auf anderem Wege als durch Bezahlung der Vermittler erhalten haben. Was fragen diese danach, ob sie eine Stellung vermitteln, in der die Hausangestellten länger verbleiben können? Ihr Interesse geht in der entgegengesetzten Richtung: je öfter Herrschaft und Dienstboten wechseln, desto grösser sind ihre wucherischen Einnahmen. Werden doch für gute Stellen bis zu 20 Mark gezahlt. Die Stellensuchenden müssen sich verpflichten von ihrem Monatslohn eine bestimmte Summe an den Vermittler abzuliefern, falls es der betreffenden Person bei Antritt der Stelle an Barmitteln fehlt. Die städtischen und paritätischen Arbeitsnachweise vermitteln nicht nur fast ganz kostenlos sondern werden auch bald inne werden, welche Herrschaften einen immerwährenden Personenwechsel haben, bei denen also eine gewisse Vorsicht am Platze ist.

Jedenfalls haben die Organisationen der Hausangestellten die selben Aufgaben zu erfüllen wie die gewerblichen Vereinigungen. Es kann nicht nur ihre Sache sein das Selbstgefühl ihrer Schützlinge zu stärken, diese müssen vielmehr Disziplin lernen und begreifen, dass nur der Anschluss an die gesamte Bewegung der freien Arbeiterschaft ihnen jene Stärke verleihen wird, deren sie bei Durchführung ihrer gerechten Ansprüche bedürfen. Die Organisation muss führen und lehren, muss die gänzlich ungeschulten Mitglieder gewöhnen eine Zeitung zu lesen, und sei es anfänglich auch nur ihr Fachblatt. Aber auch auf gute Bücher muss aufmerksam gemacht werden, denn die grösste Zahl der Abonnentinnen von Hintertreppenromanen sind die Hausangestellten, die Köchinnen, Hausmädchen, Diener usw. Die Veranstaltung von geselligen Zusammenkünften wird allmählich bewirken, dass der so wenig zur Erziehung zum Guten und Schönen geeignete Tanzsaal entbehrlich wird, und die so Geleiteten werden bald des rechten Weges sich selbst bewusst werden und auch mehr erkennen lernen, dass, wer Rechte fordert, damit auch ernste Pflichten übernimmt. Auch auf dem Hausgebiet werden sich grosse Wandlungen vollziehen, und der Kampf der Hausangestellten wird zu seinem Teil dazu bei-

tragen, dass die Entwicklung dahin führt die Unabhängigkeit vom fremden Hause sicher zu stellen, dem man nur noch die Arbeitskraft für bestimmte Stunden verkauft. Die Einbeziehung der Hausangestellten unter die Versicherungsgesetze und, zu ihrem Rechtsschutz, ihre Stellung unter die Gewerbeordnung: das sind die zunächst zu erfüllenden Forderungen, die mit allem Nachdruck von ihnen selbst vertreten werden müssen.

XX

MARCUS HITCH · JOSEF DIETZGEN UND HENRY GEORGE



OR 20 Jahren starb in Chicago Josef Dietzgen und wurde auf dem Friedhof Waldheim beerdigt, dicht neben der Stelle, wo heute das Monument für die 1887 hingemordeten kommunistischen Individualisten steht. Zur Gedenkfeier der 20. Wiederkehr seines Todes hat sein Sohn Eugen Dietzgen, unter dem Titel *Erkenntnis und Wahrheit* eine Anzahl verschiedener, meist unveröffentlichter Aufsätze des Arbeiterphilosophen herausgegeben.¹⁾ Je mehr die Schriften Dietzgens bekannt werden, umso interessanter wird die Kontroverse über die relative Bedeutung seiner Leistung und über seine Stellung in der sozialistischen und in der philosophischen Literatur. Diese Streitfragen lassen wir indessen heute beiseite; hier will ich nur auf die Beurteilung aufmerksam machen, die Dietzgen Henry Georges *Fortschritt und Armut* in seinen Briefen über Logik angedeihen lässt. Dietzgen und George waren beide Arbeiter, die sich selbst weitergebildet hatten. George war ein geborener Amerikaner, während Dietzgen zu Amerika gehörte wie etwa Marx zu England und daher ein erhöhtes Interesse für die Amerikaner hat. Dietzgen war dreimal in Amerika: zuerst von 1849 bis 1851, dann von 1859 bis 1861 und zuletzt von 1884 bis zu seinem Tode /1888/. Er kannte das amerikanische Land gründlich, und nicht nur die grossen Städte sondern auch das Landleben, das er verstand und würdigte wie nur wenige unserer deutschen Genossen. Beide, Dietzgen und George, sind viel gereist und haben sich in der Welt umgesehen. Dietzgen hat auch eine Reihe von Jahren in Russland zugebracht, und George, der in seiner Jugend Matrose war, könnte beinahe ein Weltenbummler genannt werden. Seine Vorlesungstouren erstreckten sich nicht nur von San Francisco bis New York sondern auch bis nach England und Australien. Aber seine Agitation war wegen seiner Unbekanntheit mit anderen Sprachen auf angelsächsische Länder beschränkt. Auch in dieser Beziehung war er ein typischer Amerikaner. Dietzgen hingegen hatte ausser seiner Muttersprache eine gute Kenntnis des Englischen und Französischen. Wenn jemals ein Mann des korrektiven, den Horizont erweitern-

¹⁾ Josef Dietzgen *Erkenntnis und Wahrheit* /Stuttgart 1908/ enthält: 1. Privatbriefe Dietzgens an seinen Sohn über Lebenskunst und -erfolg; 2. einen Artikel aus dem Jahre 1861 über die Sklavensfrage der Neger, einen Brief an Karl Marx und eine Besprechung des *Kapitals*, einen offenen Brief an Professor Heinrich von Sybel, worin dessen Angriff auf das *Kapital* zurückgeschlagen wird; 3. 15 Briefe über Logik, (bekannt als die zweite Serie, die an Henry Georges Buch *Fortschritt und Armut* anknüpfen); 4. 10 Artikel über Ökonomie, Philosophie und Religion; 5. 10 Briefe an seine Jugendfreundin, Frau Mina Werner (darin vielleicht die einfachste und klarste Darstellung der sozialistischen Philosophie und dialektischen Methode, die es gibt); 6. 4 diverse Aufsätze, darunter einen über Goethes Liebesleben; 7. einen Anhang, enthaltend einen Artikel über *Dietzgenismus*, dem der Schreiber dieses in der *International Socialist Review* veröffentlicht hat, eine herabsetzende Kritik der Lebensarbeit Dietzgens durch Georg Plechanow und eine wohlverdiente Antwort hierauf aus der Feder Paul Daugeas aus Moskau

den und zur bescheidenen Einkehr führenden Einflusses bedürfte, der aus dem Studium fremder Sprachen und Literatur resultiert, so war Henry George dieser Mann. Lawrence Grönlund pflegte an ihm mit Recht auszusetzen, dass er nicht wusste, was seine Kollegen in anderen Ländern geleistet hatten und leisteten. Seine Beschränktheit in dieser Hinsicht ist das Gegenstück zu dem generösen Internationalismus der Marx und Dietzgen, der tatsächlich die ganze sozialistische Bewegung charakterisiert. Alle, die aus dem Sozialismus ein Spezialstudium gemacht haben, wissen, dass es Jahre nimmt sich ganz hineinzuarbeiten, um zu einer gerechten Würdigung seiner Bedeutung zu gelangen. Eugen Dietzgen gesteht, dass er erst Jahre nach seines Vaters Ableben anfang die grundlegende Tragweite seiner Lehren zu erfassen. In einem seiner Briefe sagt Dietzgen, dass zur Erlernung eines gewöhnlichen Handwerks, wie zum Beispiel das des Schuhmachers, drei Jahre Lehrzeit nötig sind; dass aber, sobald es sich um die gründliche Erörterung der Logik oder verwickelter Fragen der Gesellschaftswissenschaft handelt, es genug Leute gibt, die ohne jede Fachkenntnis keinen Augenblick zögern ihre vorlauten Ansichten als Prägungen der ewigen Vernunft und Wahrheit kundzutun. Jedes beweiskräftige Anzeichen fehlt, dass Henry George sich jemals wenige Tage oder auch nur Stunden dem ernstesten Studium des Sozialismus hingegeben hat; in seiner *Politischen Ökonomie* hat er sich ein Denkmal seiner Unwissenheit und Seichtheit durch eine witzig sein sollende Kritik des Marxschen *Kapitals* gesetzt.

Zu Anfang der achtziger Jahre, als Eugen Dietzgen, der Sohn, in New York lebte, fesselte ihn die Lektüre von *Fortschritt und Armut* so sehr, dass er seinem Vater das Werk in die alte Heimat schickte. So kam es, dass dieser zum Verfassen seiner zweiten Serie von Briefen über Logik veranlasst wurde. Im ersten dieser Briefe schreibt er:

»Die Logik ist die Lehre von der Einteilung, ihr Instrument, der Intellekt, ist Einteilungsinstrument. Das ist sein Witz, mit Hilfe dessen er uns klare Bilder von den Dingen macht. Und wir befinden uns hier bei der politischen Ökonomie, um durch klare Einteilung ein klares Bild davon zu gewinnen. Wir schlagen also zwei und auch drei Fliegen mit einem Lappen: kritisieren Henry George, gewinnen Einblick in die Ökonomie und demonstrieren die veritable Logik. Der erste Teil meiner Briefe erläuterte die Logik am menschlichen Geiste; der zweite Teil soll sie an der menschlichen Arbeit erläutern. Der Geist oder die Denktätigkeit ist das allgemeine Gebiet, welches nicht nur mit allem, was menschlich, sondern mit dem Universum zusammenhängt. Das Objekt dieses zweiten Teils, die Arbeit, ist nicht minder universell und in ihrem kosmischen Zusammenhang ein vorzügliches Erläuterungsmittel unserer Spezialität, der Kopfarbeit.«

Hier ist nicht der Platz Dietzgen durch alle seine 15 Briefe über Logik zu folgen, ich möchte nur speziell auf den 12. Brief aufmerksam machen, worin er darauf hinweist, inwiefern er und George, wiewohl sie in ihren Ansichten über die physische Welt übereinstimmen, dennoch in denen über die geistige Welt auseinandergehen. Natürlich konnte dem Scharfblick Dietzgens nicht das Kapitel Georges über die Zinsen entgehen. George ist zunächst geneigt zu glauben, dass in der berühmten Kontroverse über die Zinsen Proudhon es ist, der seinen Gegner Bastiat schlägt. Indes, die radikale Abschaffung der Kapitalzinsen war mehr als George vertreten konnte, und so findet er schliesslich, dass Zinsen als Entschädigung für eine Art natürlichen Wachstums gerechtfertigt werden können. Dabei begründet er seine Stellung in der folgenden Weise. Behauptung: Kapitalinteressen sind gerecht. Beweis: 1. Zinsen sind lediglich der spontane Wertzuwachs, der aus den selbsttätigen Entwicklungs-

vorgängen der Mutter Natur (Land, Pflanzen und Tiere) hervorgeht. Diese Natur gehört allen, so dass ihre private Besitznahme ungerecht ist. 2. Die Produkte der menschlichen Arbeit sind toter Reichtum, der nicht an Wert zunimmt sondern rapid abnimmt, weshalb der Privatbesitz an solchem, von Menschen geschaffenen Reichtum berechtigt ist. 3. Mithin sind Zinsen für toten und entwertenden Reichtum (Kapital) gerecht. *Quod erat demonstrandum.* Hier haben wir ein vorzügliches Schulbeispiel eines Paralogismus. Gerade derartiges Râsonnement verwandelt viele Leser von *Fortschritt und Armut* nicht in einseitige Bodenbesteuereur sondern in allgemeine Kapitalgegner oder Sozialisten. Hätte Dietzgen sich die Zeit gegönnt seine Briefe über Logik bis auf Georges *Gesetz des menschlichen Fortschritts* im 10. Buch von *Fortschritt und Armut* auszudehnen, so wäre das höchst interessant geworden. Jedoch jeder gut unterrichtete Sozialist kann dies für sich selbst tun, indem er die Grundsätze des ökonomischen Determinismus an Stelle von Georges ideologischer Wahrheit, Gerechtigkeit usw. anwendet. George hält dafür, dass der Grundtrieb des Fortschritts zuerst die Assoziation und dann die Gleichheit oder Gerechtigkeit ist. Derart ist die Assoziation in der Gleichheit das Gesetz des Fortschritts. Die Assoziation macht Geisteskräfte für Verbesserungen frei, und die Gleichheit (oder Gerechtigkeit oder das Moralgesetz) verhindert die Vergeudung dieser Geisteskräfte in nutzlosen Versuchen, so sagt Henry George im 3. Kapitel des 10. Buches. Nun ist aber tatsächlich das gerade Gegenteil wahr. Aller bisheriger Kulturfortschritt geschah auf grund der Assoziation in der Ungleichheit, unter der Form von Sklaverei, Leibeigenschaft und Lohnarbeit, die alle indessen gerecht waren. George konnte zwischen Gerechtigkeit und Gerechtigkeit nicht unterscheiden. Dietzgen konnte dies. George kannte nur eine Sorte von Gerechtigkeit: die ewige Gerechtigkeit. Dietzgen wusste von vielen Arten von Gerechtigkeit, die sämtlich nur zeitweilig galten.

Zur Kennzeichnung der Verschiedenheit zwischen dem Dialektiker und dem Metaphysiker liefert die Gegenüberstellung von Dietzgen und George eine vorzügliche Illustration. George war ein Eingeborener des Landes der Patentmedizin und Allheilmittel. Weil die Armut eine universelle Krankheit, suchte er das ihr eigentümliche Heilmittel, und er fand es in der Vergesellschaftung des Landes (Natur). Sein Blick reichte weit genug, um das Wasser als Zubehör des Landes zu begreifen, aber nicht weit genug, um einzusehen, dass die Kunst die Natur des Menschen ist, und dass die Natur sowohl die menschliche Gesellschaft als auch die menschliche Arbeit einschliesst. Die Trennung aller Dinge in Natur einerseits und Menschheit andererseits, mit einem unübersteiglichen Wall zwischen beiden, ist ganz so verhängnisvoll für eine folgerichtige Weltanschauung wie die alte Trennung der Dinge in Geist und Materie. George versteht alle Arten von Arbeitsmitteln unter der einen Kategorie von Kapital zu vereinigen, aber er kann nicht zwischen dem Kapital unterscheiden, das vom Besitzer allein angewandt wird, und jenem, das durch Lohnarbeit verwertet wird, so dass sein Fehler darin besteht Unterscheidungen und Kombinationen zu machen, wo sie unnötig sind, und da auszulassen, wo sie verlangt werden. Mit anderen Worten, es mangelt ihm an Logik, wie Dietzgen klar aufzeigt. Hätte Dietzgen *Fortschritt und Armut* so behandelt, wie George das *Kapital* traktiert hat, nämlich als unwürdig des ersten Studiums, dann würden wir niemals die zweite Serie der Briefe über Logik bekommen haben.

Dietzgen wollte gern von Henry George oder irgend jemandem lernen. Er widmete sich mit Sorgfalt dem Studium und der Analyse von *Fortschritt und Armut*, indem er dessen Verdienste sowohl als dessen Fehler in einer sympathischen Weise nachwies. Die Bodenreformer von heute würden nicht wenig profitieren können, wenn sie Dietzgens Werke ebenso unbefangen studieren wollten, wie er *Fortschritt und Armut* studiert hat. Sie würden entdecken, dass auf der Suche nach Wahrheit im allgemeinen nicht das *Entweder—oder*, sondern das *Sowohl—als auch* gilt; dass die sozialistische Philosophie keine einseitig ausschliessende sondern eine allseitig umfassende ist: nicht Individualismus oder Kommunismus sondern Individualismus und Kommunismus, nicht Reform oder Revolution sondern Reform und Revolution, nicht Enthaltbarkeit oder Genuss sondern Enthaltbarkeit und Genuss, nicht Materialismus oder Idealismus sondern Materialismus und Idealismus innerhalb bewusster Grenzen, nicht Metaphysik oder Dialektik sondern beide an ihrem Platze, und so fort durch die ganze Reihe der Gegensätze. Die Tatsache, dass alle Dinge Teilwahrheiten einer und der selben Gesamtwahrheit sind, verhindert sie einerseits, trotz ihrer Unterschiedlichkeit, unversöhnlich einander gegenüberzustehen und qualifiziert sie zugleich andererseits selbst da, wo sie sehr ähnlich sind, unterschieden zu werden. Derart arbeitet die dialektische Denkmethode.

Würden die Ideen Dietzgens von der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit erhalten, die Henry George sich für die seinigen verschaffen konnte, so würden sie die beschränkte, denkfaule und frivole Geistesanlage revolutionieren, die das heutige Leben charakterisiert. In der Vorrede zu seiner *Politischen Ökonomie* beglückwünscht Henry George sich selbst zu seinem Erfolg in der Verbreitung seiner Lehren mit folgenden Worten: »Von allen mir bekannten Menschen, die eine so grosse Arbeit gegen so grosse Schwierigkeiten unternahmen, ist es mir in der glücklichsten Weise gelungen die allgemeine Aufmerksamkeit zu fesseln.« Indes, das war ein oberflächlicher, kurzlebiger Erfolg, ähnlich dem Proudhons mit seinem berühmten Plan des gerechten Warenaustausches; und Dietzgen wird mit George ebenso gründlich fertig — und dazu in weit sanfterer Weise — wie Marx in seinem *Elend der Philosophie* mit Proudhon fertig wurde. Als Gegenstück zu Georges übereiltem Frohlocken darf man sich merken, was Dietzgen in einem Brief an seinen Sohn sagt, dass er nämlich nicht erwartet, dass auch nur einer unter tausend Lesern die Bedeutung seiner Lehre sofort verstehen wird; in der Tat will er zufrieden sein, falls nur fünf Personen in ganz New York sich für seine Logik tiefer interessieren. Erst nach zwanzigjähriger Prüfzeit hat Dietzgens Logik heute feste Wurzeln geschlagen und gewinnt ständig an Anhängern. Josef Dietzgen war 10 Jahre älter als Henry George, und er starb, als er das 59. Jahr überschritten; George verschied in seinem 59. Jahr. Das Hinscheiden beider war vorzeitig, und die Umstände, unter denen es geschah, sind bezeichnend für beide Männer. Sie starben im Geschirr, ein jeder auf seine eigene Art und Weise beschäftigt. Henry George kämpfte um seine Wahl zum Bürgermeister von New York. Er war ein geübter und begabter Redner, und er gefiel sich darin seine Theorien vor die Öffentlichkeit zu bringen, wie es nur ein Enthusiast fertig bringt. Aber die Anstrengung einer Wahlkampagne überstieg seine Kräfte. Er hatte nicht begriffen, dass die zu bekämpfenden Schwierigkeiten weniger in irrigen An-

sichten über Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit beruhten — worüber er so beredt geschrieben — sondern vielmehr in materiellen, ökonomischen Interessen, die die besitzende Klasse verfechten wird, selbst wenn sie gegen jedes göttliche und menschliche Gesetz verstossen. Aufregung und Überarbeit liessen ihn zusammenbrechen, und so starb er, ehe der Wahltag gekommen war. Dietzgen war kein grosser öffentlicher Redner. Am liebsten legte er seine Ansichten dar, indem er sich an ein Individuum wandte, sei es schriftlich oder mündlich. An einem Sonntag stellte sich in Dietzgens Wohnung ein Nachmittagsbesucher ein. Das Gespräch geriet auf ökonomische und soziale Fragen. Der Besucher beteiligte sich an der Unterhaltung mit einer Fachkenntnis, die nur durch Anmassung wettgemacht wurde. Keiner, der nicht selber mit solch einem Exemplar von personifizierter Stupidität argumentiert hat, bis jede Faser vor Aufregung und Entrüstung zittert, kann ermassen, was für eine Nervenanstrengung das bedeutet. Dietzgen erinnerte sich seines ganzen Lebens, das er mit dem Studium dieser Fragen und mit der Beobachtung von sozialen Erscheinungen zugebracht hatte, die sämtlich seine Ansichten bestätigten. Dass er nunmehr die elementarsten und selbstverständlichsten Ermittlungen gegen einen Dummkopf nur deshalb verteidigen musste, um nicht die Formen der Höflichkeit zu verletzen, das brach buchstäblich sein Herz. Während er noch mitten in einem Satz war, mit erhobener Hand, machte eine Herzlähmung seinen Worten und seinem Leben ein Ende.

Indes, beide Männer hatten lange genug gelebt, um ihr Werk so weit zu vollenden, dass andere es weiterführen konnten. Dazu hatten beide würdige Söhne, die sich der Aufgabe widmeten die hinterlassenen Schriften ihrer Väter zu veröffentlichen und ihre Lehren zu verbreiten. Henry Georges hinterlassenes Werk, die *Politische Ökonomie*, hat nichts zur Vermehrung seines Rufes beigetragen, während einige der wertvollsten Schriften Dietzgens in seinem Nachlass gefunden wurden, namentlich auch in diesem letzten Bande *Erkenntnis und Wahrheit*, der im Leser die Überzeugung festigt, dass Dietzgens Philosophie von Grund aus konsequent und aus einem Guss harmonisch ausgeglichen ist.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Türkei Selbst wenn jetzt nicht die tote Saison in der Politik herrschte, würde wahrscheinlich die innere Weiterentwicklung der Türkei und des türkischen Verfassungsproblems im Vordergrund der allgemeinen europäischen Aufmerksamkeit stehen.

Bis jetzt hat sich alles, ohne heftige Gegenströmungen im Innern und ohne gefährlichen Druck von aussen, in festen, sicheren Bahnen vorwärtsbewegt. Russland und England haben ihr vereinbartes mazedonisches Reformprogramm als vor-

läufig gegenstandslos zurückgezogen. In der Tat haben die Banden, gegen die es sich zunächst richtete, ihren Guerillakrieg gegen einander, gegen die Türken und gegen missliebige Ortschaften und Einwohner eingestellt; den Schauplatz ihrer Taten sollen sie in die Cafés von Saloniki verlegt haben, in ihre Verbrüderungskundgebungen soll nichts mehr von den alten Rassen- und Religionsgegensätzen hineinklingen: ob auch nur vorläufig, wird freilich die Erfahrung späterer Tage lehren müssen. Nicht minder gross sind die Erfolge der Jungtürken gegenüber der Palastwirtschaft im Zentrum der Regierung. Said Pascha, der erste Reformgrosswesir, hatte noch

immer die wichtigen Ministerien des Krieges und der Marine dem absolutistischen Einfluss des Sultans preisgeben wollen. Das konstitutionelle Jungtürkenthum erwies sich abermals stärker als die unverantwortliche Kabinettpolitik. Mit Said Pascha trat das gesamte Ministerium zurück, und in der neugebildeten Verwaltung, unter Kiamil Pascha, sitzen ausschliesslich als reformfreundlich geltende Elemente, darunter ein ausgesprochener jungtürkischer Führer, ein Grieche, ein Armenier. In der Armee, der Grundlage des ganzen Umschwunges, zeigen sich keine Risse und Sprünge, und damit fehlt den konterrevolutionären Kräften bis jetzt jede Handhabe, nach der sie greifen könnten, wie das zweifellos zahlreiche Nutzniesser des alten Lotterregiments wünschen.

Immerhin wird es ein hohes Mass von Umsicht und Selbstbeherrschung erfordern, wenn in der gährenden Übergangszeit alle Unheilsklippen vermieden werden sollen. Nach neueren Nachrichten hätte bereits die bulgarische *innere Organisation* weitgehende Forderungen der nationalen Abgrenzung und Selbstverwaltung angemeldet, das leitende jungtürkische *Komitee für Einheit und Fortschritt* habe jedoch bestimmte Zusicherungen vermieden, obwohl es auch nicht rundweg ablehnte. Die Albanesen, soweit sie die Verfassung freudig begrüsst, sind mit einem Male sehr erstaunt, dass sich mit der neuen staatsbürgerlichen Gleichheit die alten albanesischen Vorrechte und Befreiungen betreffs des Militärdienstes und der Besteuerung nicht mehr vertragen sollen. Hoffentlich gelingt es solche Kinderkrankheiten zu überwinden und zu vermeiden, dass die fortschwälenden inneren Gegensätze wieder aufflammen, solange eine widerstandsfähigere Konsolidierung des jungen Verfassungslebens noch nicht errungen ist.

✕ **Amerikanische Flottenfahrt** ✕

Die amerikanische Flotte ist nach ihrer Fahrt um das Kap Horn und ganz Südamerika, nach ihrem kurzen Aufenthalt in Westmexiko und San Francisco, nunmehr in Neuseeland, unter der wärmsten Begrüssung seitens der kolonialen Bevölkerung, angelangt. Das Anlaufen anderer australischer Häfen, vor allem Melbournes und Albanys soll sich anreihen; später ist bekanntlich der Besuch von Japan und China in Aussicht genommen; die Rückkehr nach den atlantischen Küsten der Union soll durch den

Suezkanal und über europäische Häfen erfolgen.

Es entspricht dem entwickelten historischen und weltpolitischen Sinne der Engländer, wenn sie diesen Anlass abermals zu Rückblicken auf das Heranwachsen und Sichbetätigen der neuen Weltgrossmacht benutzen. Bis vor reichlich einem Menschenalter schien die Union nur an amerikanischen Fragen interessiert: sie erschloss und erweiterte ihr eigenes kontinentales Gebiet, sie schützte und bevormundete die sich befreienden und aufstrebenden lateinamerikanischen Staaten bis hinunter zum La Plata und zur Magelhaensstrasse; sie bekannte sich in ihrer Monroedoktrin zur Fernhaltung jedes neuen europäischen Landerwerbs in Amerika; aber von allen Händeln, die Europa in erster Linie beschäftigten und die im Laufe der Jahrzehnte allmählich das ganze europäische Machtverhältnis umgestalteten, hielt sie sich fern. Der Bürgerkrieg mit seinen verwickelten Völkerrechtsfragen brachte dann wieder die ersten grossen diplomatischen Zusammenstösse zwischen neuer und alter Welt, vor allem zwischen England und der Union. Das mexikanische Abenteuer schuf Konflikte mit Frankreich. Dann kam die Besetzung Hawaiis, der Erwerb der spanischen Inselerschaft in den westindischen Gewässern und im Grossen Ozean. Die chinesischen Wirren zeigten schliesslich die Union in Ostasien als ebenbürtige Macht neben den europäischen Grossstaaten; beim Friedensschluss zwischen Russland und Japan spielte sie mehr als eine bloss vermittelnde Rolle. Die grosse Flottenfahrt nach und in dem Stillen Ozean erscheint nunmehr den Engländern gewissermassen wie die Besiegelung des ganzen dauernden Umschwunges, den man bei keiner gressea internationalen Entscheidung in den japanischen, chinesischen und australischen Meeren mehr übersehen kann. Zugleich mischt sich, wie man peinlich fühlt, in die australische Begrüssung etwas wie eine Demonstration gegen das Bündnis Englands mit Japan, denn alle australischen Kolonjeen sind im Grunde ihres Herzens japanfeindlich und finden die Haltung Amerikas gegen Japan und die japanische Einwanderung durchaus nach ihrem Geschmack.

✕ **Koloniale Baumwolle**

✕ Umgekehrt bringt es natürlich die modern-kapitalistische Entwicklung mit sich, dass manche weltwirtschaftliche Mono-

pole der Vereinigten Staaten mehr und mehr mit der Ausbreitung des Welthandels und mit der kolonialen Aufschliessung neuer Produktionsgebiete sich verlieren. Besonders auf die Schaffung neuer Baumwollerzeugungsdistrikte neben den Südstaaten der Union legen die europäischen Textilgewerbe bekanntlich einen immer grösseren Wert. Einen zweiten Bürgerkrieg, der ihnen wie in den sechziger Jahren alle Zufuhren abschnitt, haben sie allerdings wohl kaum zu fürchten. Aber die Südstaaten gehen selber immer mehr zur industriellen Baumwollverarbeitung über, so dass die weltmarktfreien Rohstoffmengen verhältnismässig immer mehr zusammenschrumpfen. Ferner fehlt bei dem übermässigen Angewiesensein auf vorwiegend ein Produktionsgebiet der wünschenswerte Ausgleich der Ernten und damit der Preise; grosse Preisschwankungen sind an der Tagesordnung, und sie erleichtern wiederum rücksichtslosen Spekulantenkliquen das Spiel, das sehr oft die Textilindustrien schwer schädigte. Am 10. August stellte vor der Liverpooleser Handelskammer Sir Daniel Morris vom westindischen Landwirtschaftsamt die Aussichten des Baumwollanbaus in Britisch-Westindien als sehr aussichtsvoll dar, und Lord Crewe, der Kolonialminister, versprach regste Unterstützung aller weiteren Bemühungen Englands von den Südstaaten unabhängiger zu machen. Neben Westindien ist es besonders Nordnigerien, auf das man dabei Hoffnungen setzt; doch ist Nigerien sowohl in den Verkehrsmitteln wie in der Kultur seiner Eingeborenen bisher weniger begünstigt.

×
Kurze Chronik Zwischen den Regenten Deutschlands und Englands fand am 11. August eine Zusammenkunft statt, die allgemein als Anzeichen für das Nachlassen der deutsch-englischen Spannung angesehen wurde. × Ein internationaler Freihandelskongress tagte in der ersten Augustwoche in London. × Der Konflikt zwischen Venezuela und Holland hat sich derart verschärft, dass man jeden Augenblick auf den Appell an die Gewalt gefasst sein muss.

Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

Ehrhart † Franz Josef Ehrhart ist am 20. Juli, mittags 1 Uhr, an einer Herzlähmung gestorben. Er hat nur ein Alter von 55 Jahren

erreicht, aber in diesen 55 Jahren ein grosses und gutes Stück der Geschichte der Partei verkörpert. Die vielfachen Ämter und Würden, die er inne hatte: als Mitglied der Kontrollkommission der Partei, als Reichstagsabgeordneter, als bayrischer Landtagsabgeordneter, als Stadtverordneter in Ludwigshafen, bezeichnen seine vielseitige Tätigkeit in der Gesamtpartei, im bayrischen Land und in seiner engern pfälzischen Heimat. Sein Leben umschloss so recht die Misere und die Lust des Daseins: das Elend kam dem Sohn der Dienstmagd, der, in *Pflege* gegeben, eine schwere frühe Kindheit hatte, aus den äusseren Verhältnissen; die Freudigkeit kam ihm aus dem Innern seiner vollen und heitern Natur. Ehrhart war ein prächtiger Mensch, der mit glücklichem, mitunter sehr derbem Humor vieles vollbringen konnte, was andere mit ausgeklügelten Aktionen doch nicht zu wege bringen. Eben die Ursprünglichkeit nahm für ihn ein, weshalb seine Grobheit auch nie verletzend wirkte. Seine Reden, namentlich auf Parteitagungen, hatten einen grossen Reiz, wengleich sie in der Form nichts weniger als ausgeglichen waren. Schon der merkwürdige Kontrast des biedereren Stimmaufwands und der schlaun Augen wirkte für ihn. Was er in der Politik an Erfolgen sich zuschreiben konnte, hatte er nicht irgend welchen Lehrsätzen zu verdanken sondern nur der Treffsicherheit seines Sinns für Realitäten. Er konnte daher auch nur das tun, was er wirklich fühlte, nie, was er sich bloss dachte. Ein solch wurzelkräftiger Mensch vermochte im wesentlichen auch nur in seiner Heimat sich zu entfalten. Im Reichstag ist Ehrhart wenig hervorgetreten. Nur in Weinfragen fühlte er sich da kompetent, darüber sprach er. Über die Weinfrage hat er ja auch erst vor wenigen Monaten in den *Sozialistischen Monatsheften* einen Artikel (*Zum neuen Weingesetzentwurf*, in diesem Band, pag. 606 ff.) veröffentlicht. Für die Partei hat er als Organisator, Agitator und Politiker Bedeutendes geleistet. Nach seinem Eintritt in den siebziger Jahren ein jugendlich Stürmischer, ein Freund Mosts und Mitbegründer der *Freiheit*; später, aus der selben Charakteranlage heraus, die ihn nach Taten drängte, und der nichts so verhasst sein musste wie papierenes Fortwursteln und geistesträge Berufung auf allgemeine Formeln als Ersatz für eigenes Handeln; gehörte er zu den reformi-

stisch Gerichteten, die in der Kleinarbeit des Tages mit ihren vielfachen Kompromissen das zu erreichen suchen, was uns überhaupt heute zugänglich ist.

Mit wenigen Zeilen lässt sich die Bedeutung eines Ehrhart für unsere Partei nicht erschöpfen, nicht einmal andeuten. Es wird noch in einem besonderen Artikel in dieser Zeitschrift ein Bild dieses wirklichen Menschen gegeben werden. Die Sozialdemokratie ist heute nicht mehr reich an Persönlichkeiten. Eine ihrer vollsaftigsten ist ins Grab gesunken. Einen Ersatz für die Person gibt es nicht, einen Ersatz für ihre Tätigkeit muss die Kollektivarbeit mehrerer zu schaffen suchen. An Überarbeit ist Ehrhart zusammengebrochen, in einem Alter, in dem es noch nicht zu Ende zu sein brauchte. Das Herz hielt es nicht mehr aus, wie bei den Besten in unserer Partei überhaupt. Ein flüchtiges Gedanken in der grossen Öffentlichkeit, ein treueres Andenken bei den wenigen Freunden: das Schicksal eines, der für eine grosse Sache arbeitet und zufrieden sein muss, wenn er durch den Einsatz dessen, was er hatte und war, diese auch nur um ein wenig gefördert hat.

×
Budgetbewilligung

Die Frage der Budgetbewilligung in den einzelstaatlichen Landtagen hat in unserer Partei schon des öftern eine Rolle gespielt. In süddeutschen Landtagen hat sich vor Jahren die Notwendigkeit erwiesen von der schematischen Etatsverweigerung abzusehen und die Stellung zum Gesamtbudget mehr zu differenzieren. Auf dem Parteitag in Lübeck /1901/ ist dann ein Beschluss gefasst worden, der die Budgetverweigerung den Fraktionen im allgemeinen zur Pflicht macht, aber doch, wie dies bei solchen Gemeinregeln meistens der Fall ist, gewisse Ausnahmen vorsieht, um so der Praxis die Möglichkeit zu lassen in nicht allzu augenfälliger Weise gegen das statuierte Prinzip zu verstossen. Die süddeutschen Genossen haben auch durch eine Reihe von Jahren den Versuch gemacht mit dieser Resolution auszukommen, und sie haben den Etat verweigert, obgleich sie sich vom Regierungstisch die höhnende Charakterisierung gefallen lassen mussten, dass sie dies nur auf Geheiss von oben täten. Im vorigen Jahr ist man in einem Einzelfall, in Württemberg, auf grund besonderer Umstände wieder zu einer Budgetbewilligung gekommen, und jetzt scheint die politische

Praxis auch in anderen süddeutschen Volksvertretungen dahin zu drängen, dass die Verweigerung *à tout prix* aufgegeben oder zum mindesten durchlöchert wird. Es hat darüber eine Aussprache süddeutscher Abgeordneter in Stuttgart stattgefunden. Zu einem Beschluss ist es dort nicht gekommen. Auch über den Einzelinhalt und den Gesamttenor der Konferenz sind nur ungenaue Nachrichten in die Presse gelangt, so dass man einstweilen darüber nichts sagen kann. Man kann wohl der Ansicht sein, dass es besser gewesen wäre diese Besprechung ruhig in aller Öffentlichkeit vorzunehmen oder nachher darüber Bericht zu erstatten. Politische Angelegenheiten von gewisser Tragweite lassen sich nun einmal nicht geheim halten. Es liegt dazu auch gar kein Bedürfnis vor. Was die süddeutschen Genossen politisch für richtig halten, können sie sicherlich auch vertreten, und gegenüber einer allerdings leicht anzufachenden prinzipiellen Entüstung muss das Gewicht der guten Gründe schliesslich schon ausschlaggebend sein. Zweifellos hatten unsere Süddeutschen, die ja stets mit bemerkenswerter Ruhe und Besonnenheit ihre Politik treiben, nicht die Absicht irgend wie im Geheimen irgend etwas zu unterminieren. Die Redewendungen des Vorwärts von den »revisionistischen Minimern« — ein Ausdruck, den er von der bürgerlichen Presse in Anführungszeichen übernimmt — und von der »Stuttgarter Geheimkonferenz« sind daher übel angebracht.

In Baden hat die Landtagsfraktion mittlerweile am 12. August den Etat bewilligt; am 13. August geschah in Bayern das gleiche. Die badische Fraktion betonte in einer Erklärung, dass diese Abstimmung »kein Vertrauensvotum für die Regierung sein« solle; aber »nachdem die sozialdemokratische Fraktion das Zustandekommen der Beamtengesetze erarbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind«. Die bayrische Fraktion gab als Gründe ihres Votums an, dass das vorliegende Staatsbudget eine Reihe grosser Kulturaufgaben erfülle, so den Ausbau der Wasserkräfte, die Elektrisierung der Eisenbahnen, die Aufbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben wie der Lehrer und Beamten, ferner die Einführung des direkten Landtagswahlrechts wie der Verhältniswahlen in den Gemeinden und endlich

insbesondere die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern: das seien Ansätze zu einer besseren Entwicklung, die im Interesse des bayrischen und deutschen Volkes nur zu begrüßen seien. Der Parteivorstand, der *Vorwärts* und die *Leipziger Volkszeitung* behandeln diese ganze Angelegenheit mit ungewöhnlicher und durch die Sache nicht begründeter Heftigkeit. Alarmartikel mit sensationellen Überschriften wie *Auflehnung gegen die Parteidisziplin, Der Disziplinbruch vollendet!* usw. sind nicht geeignet eine politische Angelegenheit zu klären und erst recht nicht eine parteigenössische Angelegenheit parteigenössisch zu erledigen. Ob die badische Landtagsfraktion recht daran getan hat auf die erste Anfrage des Parteivorstands mit dem Hinweis auf ein Schweigegebot zu reagieren, mag dahingestellt sein. Es ist nicht recht einzusehen, welch einen Sinn ein solches Schweigegebot gegenüber der eigenen Partei haben soll: aber gegen das Organisationsstatut verstößt es nicht, ein Disziplinbruch liegt also nicht vor. Der Parteivorstand hätte vielleicht etwas mehr Ruhe und Überlegenheit zeigen und daran denken können, dass man möglicherweise politischen Situationen Rechnung tragen müsse, die man von Berlin aus mitunter nicht völlig übersehen kann. Auch die Frage, ob in der Sache selber, in der Budgetbewilligung, ein Disziplinbruch vorliegt, wird zu verneinen sein. Die Ansicht scheint begründet, dass die Motive dieser Abstimmungen unter die in Lübeck vorgesehene Ausnahmen fallen. Doch mag diese rein parteirechtliche Frage so oder so entschieden werden, die Politik wird dadurch nicht berührt. Und die politischen Gesichtspunkte allein müssen für eine politische Partei den Ausschlag geben. Als eine Partei, die auf dem in Deutschland einzig möglichen, dem verfassungsmässigen und gesetzlichen Weg die Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinn anbahnen will, die also an einer Reihe von Institutionen unseres Staatswesens interessiert ist, deren Ausbau sie selber mit allen Kräften betreibt, kann die Sozialdemokratie vernünftigerweise nicht die Mittel verweigern, die für eben diese Institutionen notwendig sind. Dies einmál vorausgesetzt, liegt eigentlich kein Anlass vor sich bei der Gesamtabstimmung über den Etat anders zu verhalten als bei einer Gesamtabstimmung über ein an-

deres Gesetz: Die Partei pflegt da stets kühl nachzurechnen, ob die Vorteile des Gesetzes die Nachteile überwiegen oder umgekehrt, und dann entsprechend *Ja* oder *Nein* zu sagen. Das selbe auf den Etat angewandt, würde eine verschiedene Abstimmung in den einzelnen Bundesstaaten ergeben und den süddeutschen Genossen durchaus die Möglichkeit lassen nach pflichtgemässer Erwägung, wenn auch mit Reserve, in einer Reihe von Fällen dafür zu stimmen. Freilich schreibt man in unserer Partei nach alter Gewöhnung gerade der Budgetabstimmung eine ganz besondere demonstrative Bedeutung zu: sie soll unsere prinzipielle Stellung der Regierung und womöglich der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber zum Ausdruck bringen. Ganz abgesehen davon, dass das Mittel der Budgetverweigerung in konstitutionell regierten Staaten diese Bedeutung nicht haben kann, fragt es sich auch, ob diese symbolische Verweigerung wirklich die ihr zugeschriebene Wirkung hat. Bei der ganzen Art, wie die Gesamtabstimmungen faktisch in den Parlamenten vorgenommen werden, ist das recht zweifelhaft. Alles, was stereotyp ist, ermüdet und wird schliesslich nicht beachtet, weil man ihm eine konkrete Bedeutung im Einzelfall nicht beimisst. Für eine schimärische Demonstration dürfte man aber nicht ein Stück politischen Einflusses opfern, das man als Sachwalterin der Arbeiterklasse gar nicht berechtigt ist preiszugeben. Man bringt sich auch um die Früchte seiner eigenen Arbeit, gibt den Gegnern einen Anlass die Sozialdemokratie von der parlamentarischen Gleichberechtigung auszuschliessen und mindert so die eigene Kraft.

Die Frage der Budgetbewilligung ist auch in anderen Ländern behandelt worden; mit dem Unterschied, dass dort meist die Verweigerung als Ausnahmefall, die Bewilligung als Regelfall angesehen wurde. In Frankreich ist erst in letzter Zeit von der geeinigten Partei — die ja nach dem Verlust ihrer aktiven Politik der Intransigenz Tür und Tor geöffnet hat und sich daher kaum noch vor dem Syndikalismus retten kann — die Budgetverweigerung als Norm aufgestellt worden. Aber eine Anzahl Abgeordneter hat auch das letzte Mal dieser Parole keineswegs Folge geleistet (vergl. diese Rundschau, 1908, 1. Band, pag. 252): den Lesern sind die klaren Darlegungen bekannt, die der Abgeordnete Breton

über diese Sache in den *Sozialistischen Monatsheften* (1908. 1. Band, pag. 152 ff.) veröffentlicht hat. Diese Frage wird den französischen Parteitag noch beschäftigen. Und nunmehr also, wie es scheint, auch den deutschen. Es ist zu wünschen, dass bei ihrer weiteren Vorerörterung in der Presse ein leidenschaftsloser Ton angeschlagen wird, dass man argumentativ, nicht deklamatorisch vorgeht. Die Budgetbewilligung ist ebensowenig eine staatsmännische Grosstat wie die Budgetverweigerung eine revolutionäre Heldentat ist. Sie ist nur eine Sache des selbstsicheren politischen Takts. Eben deshalb sollte man bei der Diskussion dieser Frage von jeder Überspannung absehen und nüchtern und ohne Selbstbetrug eine Lösung zu finden suchen, die den Genossen in den Staaten mit entwickelterem parlamentarischen Leben eine der Bedeutung der Partei entsprechende Tätigkeit erleichtert.

× England ×

Die Arbeiterpartei im englischen Parlament kann wieder auf tüchtige Arbeit in der jetzt abgeschlossenen Session zurückblicken. Namentlich in der sozialpolitisch wichtigsten Materie, in dem Gesetz über die Altersunterstützung, hat sie energisch mitgewirkt. Es ist ihr gelungen eine Reihe von Verbesserungen zu erzielen, die die Regierungsvorlage bedeutend vervollkommen haben. Für die englische Auffassung kennzeichnend ist die Tatsache, dass MacDonal in einem Artikel über das Zustandekommen des Gesetzes seine Genugtuung darüber ausdrückt, dass die Einführung der Altersversicherung nicht mehr Agitationsfrage sondern Tatsache ist. In den kontinentalen Parteien pflegt man vielfach noch den Hauptwert auf Agitationsstoff, den geringern auf wirkliches Erreichen zu legen. Die Arbeiterpartei hat es bewirkt, dass das Altersunterstützungsgesetz von den grossen englischen Gewerkschaftsverbänden als ein entschiedener sozialer Fortschritt anerkannt und begrüsst wird. Jetzt ist die Partei darauf bedacht für die volle Durchführung des Gesetzes, das am 1. Januar in Kraft tritt, zu sorgen. Sie macht es den lokalen Organisationen zur Pflicht die Aufstellung der Listen der Unterstützungsberechtigten zu kontrollieren und den Rentensuchern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, namentlich auch zu verhindern, dass die alten Leute, in erster Linie die Frauen, infolge Unkenntnis des Gesetzes gegen dessen Vor-

aussetzungen verstossen und so der Rente verlustig gehen. Eine weitere wichtige sozialpolitische Aufgabe, die die Partei in Angriff genommen hat, ist die Auffrischung der Fabrikinspektion, die seit langer Zeit in England daniederliegt. Auf Antrag der Partei beschloss das Parlament eine Kommission einzusetzen, die die Tatsache der Vermehrung der Sterblichkeit unter der industriellen Arbeiterschaft näher zu untersuchen hat. Dieser Kommission gehören auch die Mitglieder der Arbeiterpartei MacDonal und Gill an.

Die Arbeiterpartei beschränkt ihre Tätigkeit aber keineswegs auf die Sozialpolitik. Sie beschäftigt sich nicht nur mit allen wichtigen Kulturfragen — zum Beispiel mit der Schulfrage, in der sie in gewisser Hinsicht die Initiative ergriffen hat —, sie strebt auch einen Einfluss auf die auswärtige Politik an, und zwar betrachtet sie da als ihre nächste Aufgabe die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens zwischen Deutschland und England. Die Partei, die bereits am 1. August in London eine mächtige Strassendemonstration für den Frieden veranstaltet hat, will ferner zu diesem Zweck eine Anzahl ihrer Mitglieder nach Deutschland entsenden und vielleicht auch einen Gegenbesuch deutscher Abgeordneter in England bewirken. Das Nähere hierüber ersehen die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* aus dem Artikel MacDonal in diesem Heft (pag. 1033 ff.). Die Partei ist auch sonst bemüht die Bande zwischen den deutschen und den englischen Sozialisten fester zu knüpfen. So wird auf Einladung der I. I. P. Genosse Dr. Südekum demnächst nach England reisen, um dort in 8 der grössten Städte in Gemeinschaft mit englischen Parlamentariern Versammlungen abzuhalten. Eine geistige Kooperation deutscher und englischer Sozialisten kann — von dem Einfluss auf die allgemeine Politik abgesehen — jedenfalls für die Parteipolitik von Nutzen sein, indem sie zum Beispiel die deutschen Sozialdemokraten mit der etwas anders gearteten, realistischen, bei uns aber vielfach unverstandenen und daher mit Misstrauen betrachteten Methode der englischen Arbeitervertreter näher bekannt macht.

× Organisations-Im sozialdemokratischen
zwil Wahlverein Pankow ist
es infolge einer Jahre un-
haltenden Misswirtschaft jetzt zu einer

Krise gekommen. Der Vertrauensmann Freiwaldt — in weiteren Parteikreisen durch seinen Ausschlussantrag gegen Heine, Göhre, Braun und Bernhard bekannt geworden (vergl. das Protokoll des Bremer Parteitags, pag. 35 ff.) —, der nach einer der Parteipresse unterbreiteten Denkschrift des Vorstands jahrelang eine Art Diktatur im Kreise ausgeübt zu haben scheint, ist als Gemeindevorordneter der Bestechlichkeit überführt worden und seither spurlos verschwunden. Die Verallgemeinerung dieser Korruptionerscheinung auf die Partei, in der sich manch bürgerliches Blatt gefällt, ist nicht wert widerlegt zu werden. Das gleiche gilt von der Verdächtigung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten jenes Kreises, der allerdings mit Freiwaldt Umgang hatte, um dessen Verfehlungen aber selbstverständlich nicht wusste. Dagegen wird man die Bemerkung der erwähnten Denkschrift, dass sich in dieser Kreisorganisation «fast alle der Zentralisation anhaftenden Mängel aufs deutlichste bemerkbar» machten, nicht ohne weiteres zurückweisen können. In der Tat wird man mehr als bisher auf die Gefahren der in der Partei überhandnehmenden Zentralisationsbestrebungen acht geben müssen. Die strikte Zentralisation kann, wie sich im Fall Freiwaldt gezeigt hat, von persönlicher Skrupellosigkeit gar zu leicht zum Schaden der Partei ausgebeutet werden: das sollte auch denjenigen zu denken geben, die für die rein politischen und geistigen Schäden dieses Systems nicht das volle Verständnis haben und am liebsten alles von einer Zentralleitung aus reglementiert sehen würden. Mit der Weiterentwicklung der Partei und namentlich mit der Ausdehnung ihres aktiven politischen Wirkens wird man auf die organisatorische Frage *Zentralismus oder Föderalismus?* zurückzukommen gezwungen sein und sie vielleicht mit einer rationalen Vereinigung von Zentralismus und Föderalismus beantworten. Ich möchte hier auch auf den vor 3 Jahren in dieser Zeitschrift veröffentlichten Artikel Hugo Lindemanns (1905, 2. Band, pag. 767 ff.) hinweisen, der aus Anlass der damals aktuellen Neuorganisation der Partei einer vernünftigen föderativen Verfassung das Wort redet, und dessen Beweiskraft man sich auf die Dauer nicht wird verschließen können. Dem Einzelfall in Pankow kommt ein besonderes Interesse nicht zu. Gegen die Mitglieder des Vorstandes des Wahlver-

eins ist auf ihre eigene Veranlassung ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden, um so eine Aufklärung dieser Vorkommnisse vor einem Schiedsgericht zu ermöglichen. Sicherlich werden diese Verhandlungen erweisen, dass, soweit die Korruption in Frage kommt, sie lediglich auf einen einzelnen Menschen beschränkt war, auf einen Geschäftssozialisten, dessen Gesinnung mit dem Sozialismus wenig gemein hatte.

× **Kurze Chronik** Am 2. August fand eine von den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten der Schweiz veranstaltete internationale Friedensdemonstration in Schaffhausen statt. Es wurde ein Festzug und ein von etwa 7000 Personen besuchtes Massenmeeting veranstaltet. Redner waren die Genossen Adler und Pernerstorfer aus Österreich, Ledebour aus Deutschland, Schlatter und Greulich aus der Schweiz, Lerda aus Italien, Buchinger aus Ungarn. × Das württembergische statistische Landesamt stellt in einer Publikation über die Ergebnisse der Wahlen fest, dass die Anhänger der Sozialdemokratie und des Zentrums allen voran in der sorgfältigen Wahrung der Parteidisziplin stehen. × Eine am 10. August in Berlin abgehaltene öffentliche Versammlung, in der Genosse Katzenstein referierte, forderte alle jugendlichen Arbeiter Deutschlands auf sich zu einer einheitlichen Jugendorganisation zusammenzuschließen. × Die anarchosyndikalistische Generalstreikbewegung in Frankreich endigte mit einer völligen Niederlage der Arbeiter; nur der reformistische Buchdruckerverband, der, nachdem einmal der Streik proklamiert war, seine Solidarität erklärt hatte, rettete die Ehre der französischen Gewerkschaften: die meisten Pariser Zeitungen erschienen am Tage des *Generalstreiks* nicht. Wird diese bittere Lehre die sozialistische Partei veranlassen sich endlich von der Tyrannei des Syndikalismus zu befreien?

× **Literatur** Ende März erschien das 1. Heft einer neuen Zeitschrift, *The Socialist Review*, herausgegeben von der I. L. P.; jetzt, im August, liegt der 1. Band vollständig vor. Die Zeitschrift scheint ihre Aufgaben, die sie sich gestellt, gut zu erfüllen. Der Sozialismus, der in England in den letzten Jahren

einen so überraschenden Aufschwung genommen hat, weil er sich auf eine gewerkschaftlich geschulte Massenbewegung stützen konnte, beginnt jetzt auch in das weitere Geistesleben des Landes einzudringen. Und es ist interessant, dass die Vertreter der stärksten sozialistischen Partei, der *I. L. P.*, gerade auf diese Vergrößerung des Wirkungskreises der Partei besonderen Wert legen. In dem Programmartikel der neuen Zeitschrift wurde ausdrücklich betont, dass sie dazu da wäre, um auf die Intelligenz einzuwirken. Aus diesem Bekenntnis der englischen Arbeiterpartei, die aus reinen Arbeiterorganisationen herauswuchs, könnte die deutsche Sozialdemokratie, deren Gründer aus den Schichten der Intelligenz stammten, und die doch eben diese Intelligenz vielfach als eine *quantité négligable* anzusehen geneigt ist, manches lernen. Es spricht sich darin auch der Realismus der englischen Sozialisten aus, die die geistigen Faktoren als vorhandene Kräfte anerkennen und, statt sie *materialistisch* hinwegzudisputieren, lieber in ihren Dienst zu stellen suchen. Die *Socialist Review* hat in ihrem 1. Halbjahr vorwiegend Artikel gebracht, die zu aktuellen politischen und parlamentarischen Fragen Stellung nehmen, so über Arbeitslosenunterstützung, über das Schankgesetz etc. Doch sind auch Aufsätze allgemeinerer Natur erschienen, Untersuchungen sozialer Zustände, endlich kleinere theoretische Abhandlungen, namentlich Beiträge zur Geschichte des Sozialismus; hier gerade hat man sich keineswegs auf die englischen Dinge beschränkt sondern den ausländischen Sozialismus in kleinen Monographien der englischen Leserschaft näher zu bringen gesucht: ein bei der Unbekanntschaft des englischen Durchschnittslesers mit kontinentalen Dingen sicherlich dankenswertes Unternehmen. Die Schwierigkeiten des Anfangs scheinen in der neuen Zeitschrift glücklich überwunden, und wir dürfen mit Sicherheit annehmen, dass diese einer kräftigen Weiterentwicklung und Ausgestaltung entgegengeht. Wir können die Herausgeber unseres Bruderorgans zu ihren bisherigen Leistungen nur beglückwünschen.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Genossenschaftstag in Eisenach Mit grosser Befriedigung kann die deutsche Genossenschaftswelt auf den vom 22. bis zum 24. Juni im Fürstenhof

in Eisenach abgehaltenen 5. ordentlichen Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* zurückblicken. Waren es auch nicht wie meist in den früheren Jahren Gegenstände von ganz besonders weittragender Bedeutung, die auf ihm ihre Erörterung und Erledigung fanden, so werden die Beschlüsse dieses Kongresses doch befruchtend auf die deutsche Konsumvereinsbewegung wirken. Vor allem aber musste es mit Freuden begrüsst werden, dass auf die peinlichen Differenzen des Vorjahres bei Gelegenheit der Tarifverhandlungen, die in der Arbeiterpresse ein so intensives Echo weckten, diesmal ein durchaus harmonischer Gang der Verhandlungen folgte, in deren Verlauf auch der erwähnte Punkt eine wohl allseitig befriedigende Erledigung fand. Anwesend waren diesmal über 500 Delegierte deutscher Konsumvereine, ausserdem als Gäste die Vertreter der genossenschaftlichen Organisationen des Auslandes (Englands, Hollands, Dänemarks, Österreichs, der Schweiz und Finnlands), der verschiedenen Kategorien genossenschaftlicher Angestellter und endlich ein Vertreter der Stadt und der Regierung. Die Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters Schmieder zeichnete sich durch eine weitsichtige Wertung des Genossenschaftswesens aus. Herr Schmieder fürchtete auch nicht den Mittelstandsrettern auf die Füsse zu treten, indem er ihnen empfahl statt der schikanösen Bekämpfung der Konsumvereine lieber die Anwendung des genossenschaftlichen Prinzips auf den kleinen Gewerbebetrieb zu propagieren. Geleitet und eröffnet wurde der Genossenschaftstag durch den Verbandsvorsitzenden Radestock-Dresden. Nach den Ansprachen der Gäste erstattete Radestock den Vorstandsbericht, der von einer fleissigen Amtsführung der drei Vorstandsmitglieder Zeugnis ablegte. Eine von ihm in Erwiderung auf die verleumderischen Angriffe des *Allgemeinen Verbandes* vorgeschlagene Resolution, die die Unabhängigkeit und Neutralität der Bewegung von allen politischen Überzeugungen und religiösen Bekenntnissen des einzelnen betont, fand einstimmige Annahme. Sodann erstattete der Verbandssekretär Kaufmann den Sekretariatsbericht, dessen wichtigste Zahlen und Daten bereits (in diesem Bande, pag. 826 ff.) mitgeteilt wurden. Zum Ausbau des Versicherungswesens schlug er eine einstimmig angenommene Reso-

lution vor, die den Verbandsvereinen dringend empfiehlt alle Versicherungen gegen Feuerschäden, Einbruchsdiebstähle, Wasserschäden usw. nur durch das Sekretariat abzuschliessen. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung behandelte sodann das von Ernst Scherling, Direktor der G. E. G., erstattete Referat über das Bank- und Kassenwesen der Konsumvereine. Der Redner legte dar, dass bei dem sich ständig steigenden Geldverkehr der Konsumvereine nunmehr die Zeit für die Errichtung einer eigenen Bankabteilung der G. E. G. nach englischem Muster gekommen sei. Diese werde sich bei dem Verkehr mit den Vereinen der neu zu errichtenden Postschecküberweisungsstellen bedienen. Der Genossenschaftstag stimmte diesen Vorschlägen zu und empfahl den Vereinen dringend von der Einrichtung regen Gebrauch zu machen. A. von Elm, der hierauf über die Tätigkeit des Tarifamtes berichtete, ging im Anschluss daran auf die durch den vorjährigen Düsseldorfer Beschluss hervorgerufenen Diskussionen ein und legte dem Genossenschaftstag eine vom Vorstand mit der *Generalkommission* vereinbarte Resolution vor, die geeignet ist all jenen Missverständnissen ein Ende zu bereiten. In ihr wird betont, dass der Düsseldorfer Beschluss nicht so aufzufassen sei, als ob nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung der Genossenschaften versagt werden solle, solange sie nicht in dem grössten Teile der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind. Sodann heisst es weiter: »Der Genossenschaftstag steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in bezug auf Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein. Der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* ist bereit bezüglich des Abschlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlungen zu treten. Erweist sich der Abschluss eines Gesamttarifes für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als verfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschluss solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifforderungen an die Genossenschaften nicht wesentlich

über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.« An der Diskussion über diesen Punkt beteiligten sich die Vertreter der Tabakarbeiter und der Lagerhalter. Letzterer betrachtete die Resolution als eine »Rektifizierung« der Düsseldorfer, welcher Auffassung Elm widersprach. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der 2. Verhandlungstag brachte zunächst ein sehr instruktives Referat Dr. R. Riehns über die zunehmende Steuerbelastung der Konsumvereine in den verschiedenen deutschen Ländern. Die Resolution brandmarkt das logische, juristische und moralische Unrecht eines solchen Vorgehens und fordert die Konsumvereine auf den Kampf um das selbstverständliche, aber ernstlich gefährdete Recht auf Entwicklung mit aller Energie zu führen.

Dem von Kaufmann erstatteten Bericht über die Unterstützungskasse des *Zentralverbandes* ist zu entnehmen, dass die Kasse im Zeichen erfreulicher Entwicklung steht. Bis Ende 1907 waren ihr insgesamt 113 Vereine mit 3114 Personen beigetreten. Der Bestand der Kasse stellte sich auf 404 448 M. Nach Entgegennahme des Ausschussberichtes erteilte der Genossenschaftstag die Entlastung des Vorstandes und die Genehmigung der Verbandsrechnung sowie der Voranschläge. 1000 M. werden für den *Internationalen Genossenschaftsbund* als jährlicher Beitrag überwiesen. Aus den Wahlen ging Radestock wieder als erster Verbandsvorsitzender hervor, während an Stelle von Schmidchen-Magdeburg, der den Posten eines Unterverbandssekretärs für Rheinland-Westfalen übernommen hat, Lorenz-Hamburg in den Vorstand gewählt wurde. In den Ausschuss wurden Staudinger-Darmstadt, von Elm-Hamburg und Pobbig-Zwickau wiedergewählt. Als Ort des nächsten Genossenschaftstages wurde Mainz bestimmt.

× *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* ×
Die im Anschluss an den Genossenschaftstag abgehaltene Generalversammlung der G. E. G., die von 220 Gesellschaftern besucht war, stand gleichfalls unter einem glücklichen Stern. Mit Befriedigung nahm die Versammlung den

vom ersten Geschäftsführer Scherling erstatteten Geschäftsbericht (vergl. in diesem Band, pag. 638 ff.) entgegen und stimmte sodann der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verteilung des Reingewinns zu. Dabei wurde zum erstenmal ein Unterstützungsfonds mit 20 000 M. bedacht, aus dem Angestellten und Arbeitern in Notfällen ein Zuschuss zu ihren sonstigen Unterstützungsbezügen gewährt werden kann. Ferner beschloss die Generalversammlung eine Erhöhung des Stammkapitals von 1 000 000 auf 1 500 000 M. Man nahm sodann eine Reihe von Abänderungen des Gesellschaftsstatuts an, wobei entsprechend dem obenerwähnten Beschluss des Genossenschaftstages den Obliegenheiten der Gesellschaft Bankgeschäfte aller Art hinzugefügt wurden. Die G. E. G. wird sich demnach auch zur Bank der Konsumvereine entwickeln.

× **England** ×

Wie alljährlich fand in der Pfingstwoche die Hearschau des grossen britischen Genossenschaftsbundes statt, diesmal in Newport. Über die Verhandlungen dieses Kongresses wird in der nächsten Rundschau berichtet werden. Heute seien aus dem der Versammlung vorgelegten Bericht des Zentralvorstands folgende Zahlen wiedergegeben:

	1906	1907	Zunahme (+) respektive Abnahme (-)
Zahl der dem Bunde angeschlossenen Genossenschaften	1 596	1 582	-14
Davon erstatteten Bericht	1 588	1 566	-22
Mitgliederzahl	2 332 754	2 434 085	+101 331
Anteilkapital (in M.)	105 156 180	641 104 580	+535 948 400
Umsatz	1 956 675 140	2 114 353 980	+155 678 840
Reinüberschuss "	219 499 900	240 066 820	+20 566 920

Die einzelnen Genossenschaftsarten partizipieren an diesen Gesamtzahlen wie folgt:

Art und Jahr	Zahl	Mitglieder	Umsatz (in M.)	Reingewinn (in M.)
Grosseinkaufsgesellschaften	{ 1906	1 411	593 004 340	15 530 820
	{ 1907	1 417	647 800 560	17 372 420
Konsumgenossenschaften	{ 1906	1 448	1 266 075 440	199 145 000
	{ 1907	1 443	1 302 950 580	217 986 640
Produktivgenossenschaften	{ 1906	1 31	55 479 520	3 373 300
	{ 1907	1 25	59 470 980	3 541 960
Betriebsgenossenschaften	{ 1906	4	40 690 080	1 021 020
	{ 1907	4	41 471 160	1 017 500
Besondere Genossenschaften	{ 1906	11	2 425 760	120 500
	{ 1907	8	2 660 700	148 300

Fast 2½ Millionen betragt demnach gegenwärtig die Zahl der in den Vereinen des Bundes organisierten Genossenschafter, die mit ihren Familien ungefähr den vierten Teil der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Königreiche darstellen dürften. Der Umsatz der Verbandsvereine hat die gewaltige Höhe von 2 Milliarden M., und der von ihnen erzielte Reinüberschuss hat die Summe von 240 Mill. M. bereits überschritten. Der kleine Rückgang in der Zahl der Genossenschaften kommt fast ausschliesslich auf das Konto der Verschmelzung benachbarter Konsumvereine oder der Übernahme von Produktivgenossenschaften durch Konsumvereine. Alle die genannten Genossenschaftsarten zeigen in ihrer Geschäftstätigkeit das Bild eines gesunden Fortschritts; am kräftigsten haben sich seit dem vergangenen letzten Jahre die Konsumvereine entwickelt, deren Umsatz sich um fast 8 % gesteigert hat.

× **Internationale Grosseinkaufsgesellschaft** ×
Dem Newporter Kongress voraus ging eine Konferenz der Delegierten der Grosseinkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder, die in Ausführung eines Beschlusses des internationalen Kongresses in Cremona die Schaffung einer

internationalen Güteraustausch- und Wareneinkaufsstelle beriet. Vertreten waren die Grosseinkaufsgesellschaften Englands, Deutschlands, Dänemarks, Norwegens, Schwedens, Österreichs, Frankreichs, der Schweiz, Russlands und Finnlands. Angesichts der sehr verschiedenartigen vorliegenden Anträge beschloss die Konferenz die Frage zunächst einer engeren Kommission zur Beratung zu überweisen, in die Tweddel-England, Scherling-Deutschland, Dr. Karpeles-Österreich und Dehli-Norwegen sowie als Sekretär Dr. Hans Müller gewählt wurden. Die Kosten der zu den Konferenzen entsandten Delegierten sollen von den Organisationen getragen werden, die sie vertreten.

× **Kurze Chronik** Am 24. Mai fand in Glasgow die Generalversammlung der schottischen

Frauchgenossenschaftsgilde in Anwesenheit von 320 Delegierten und 120 Gästen statt. Die Gilde zählt gegenwärtig in 5 Sektionen 110 Ortsvereine mit insgesamt 9805 Mitgliedern. Es wurden unter andern Resolutionen angenommen, durch die die Errichtung besonderer Kindergenossenschaftsgilden und die Gründung von Rednerschulen beschlossen wurden.

× Die dänische Grosseinkaufsgesellschaft, der gegenwärtig 1188 Konsumvereine angeschlossen sind, hat im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 41 Mill. M. gegen 34½ Mill. im Vorjahre erzielt, während der Überschuss von 1593 183 auf 1923 291 M. gestiegen ist. × Neuerdings unternommene Verständigungsversuche zwischen den neutralen und den sozialistischen Konsumvereinen Frankreichs sind an der Hartnäckigkeit der sozialistischen Genossenschaften, die nichts von ihrem noch über das belgische hinausgehenden Programm preisgeben wollten, gescheitert. × Das schweizerische Eierimportsyndikat hat mit allen Mitteln (Verhängung des Boykotts, Sperrung der Bezugsquellen, Unterbietung im Preise) den Kampf gegen den *Verband schweizerischer Konsumvereine* aufgenommen, um diesem die selbständige Einfuhr ausländischer Eier unmöglich zu machen. Man darf gespannt sein, welche Organisationsform sich in diesem Kampf als die stärkere erweisen wird.

× **Literatur** In seiner Schrift *Die Konsumgenossenschaft, ihr föderativer Ausbau und dessen Theorie* / Basel, Birkhausen/ betrachtet

O. A. Rosenquist die konsumgenossenschaftliche Organisation des Handels und späterhin der Produktion als die Verkörperung eines neuen Wirtschaftsprinzips, dem eine eigene Wirtschaftstheorie, der *Föderalismus*, entsprechen soll. Zunächst behandelt der Verfasser die Durchsetzung dieses Prinzips in der Praxis und das Verhältnis dieser Theorie zu anderen ökonomischen Theorien. So sehr man mit dem praktischen Teil der Schrift einverstanden sein kann — besonders begrüßenswert ist eine Aufzählung der Erfolge der Grosseinkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder —, so angreifbar erscheint der theoretische Teil, der hauptsächlich einer Auseinandersetzung mit dem Marxismus gewidmet ist. Einmal ist die hier geübte Kritik der einzelnen Marxschen Theorien (Mehrwerttheorie usw.) etwas sehr oberflächlich. Sodann aber erscheint es doch nicht angängig aus dem Widerspruch, in dem sich gewisse (marxistische) Dogmen zur Genossenschaftsidee befinden, das Recht abzuleiten der »marxistisch-sozialistischen Theorie« nun gleich eine ganz neue, eben die *föderalistische* Theorie gegenüberzustellen. Gerade die betreffenden Theorien sind von Sozialisten der revisionistischen Richtung selbst lebhaft kritisiert worden. In dem Riesenbau des Marxismus hat auch die Konsumgenossenschaft Platz, ohne dass wesentliche Teile des ersten verloren zu gehen brauchten, ebenso wie auch die praktische sozialdemokratische Arbeiterbewegung nunmehr fast in allen Ländern, trotz anfänglich ablehnender Haltung, die Durchführung der genossenschaftlichen Organisation in ihr Programm aufgenommen hat.

Bildungsbewegung / Franz Lindheimer

Schülerselbstmorde Die Schülerselbstmorde haben sich in letzter Zeit gehäuft, und es hat nicht an

Presstimmten gefehlt, in denen man diese fürchterliche Erscheinung beklagt, untersucht, eindämmen oder überwinden will. Im *Tag* schrieb zum Beispiel Richard Nordhausen: »Es wird oft verlangt die Gymnasien den Umgebungen einfach zu verschliessen, alle Schüler ausnahmslos in die Volksschule zu tun und dann allein die Tüchtigen höher aufrücken zu lassen. Nicht mehr Geld und Stolz der Eltern sondern das Talent des Kindes soll bestimmen, ob es auf das Gymnasium gehört. Wenn die

Schülerelbstmorde weiter grassieren, wird man dem Vorschlage über kurz oder lang ernsthaft näher treten müssen. Dies neue Argument für die Notwendigkeit der Einheitsschule wird man gelten lassen können. Allerdings ist noch nicht einzusehen, wie den armen Kindern reicher Eltern dann geholfen wäre. Die Beschwörungen, Verzweiflungsausbrüche und Ermahnungen der streberischen Eltern, die von Nordhausen sehr gut gekennzeichnet werden, blieben den Kindern doch nicht erspart und würden nach wie vor ihre Opfer zur Strecke bringen. Dieser Elternstolz und das, was von jeher mit ihm auf einem Holze wuchs, würde nur seine ganze blinde Stosskraft auf eben jenes Beförderungsexamen zum Gymnasium konzentrieren, so dass vorzugsweise an dieser Hürde die Unglücksfälle sich häuften. Elternstolz und -dummheit, die Quelle des Übels, zu bekämpfen, das ist's, was not tut, ist aber eine recht hoffnungslose Aufgabe innerhalb einer Kultur des gesellschaftlichen Scheins und des lauten Erfolgsmenschentums. Solange sie andauert — und es hat gute Weile damit — dürften noch weitere dieser beklagenswerten Vorkommnisse zu verzeichnen sein.

× **Kurze Chronik** Die Berliner Stadtbibliothek, die am 15. Oktober 1907 eröffnet wurde, zählte am 1. April 1908 89 510 Bände (Zuwachs im Jahre 1907 8570). Die Zahl der täglich ausgeliehenen Bände betrug im März 1908 344; den Lesesaal besuchten vom 15. Oktober 1907 bis zum 31. März 1908 27 374 Personen. Hervorragende literarische Novitäten konnten schon am Erscheinungstag im Lesesaal eingesehen werden. In den 28 städtischen Volksbibliotheken wurden 1907 insgesamt 1 524 876 Bände verliehen (1897 erst 600 853), jedes Buch im Durchschnitt 15mal. × Einen bemerkenswerten Vortrag über moderne Schulprobleme hielt Gymnasiallehrer Dr. Caselmann auf der Tagung der bayrischen Realschulmänner. In dem Reformgymnasium sieht er die Schule der Zukunft. Eine Schulreform müsse auf die Entwicklung der Persönlichkeit Gewicht legen, gleichwohl müsse die Erziehung nicht nur individualistisch sondern auch sozial sein. × Auf die Gefahren der Dorfmußen macht der *Kunstwart* aufmerksam. Da, wo nicht ausreichende Gewähr gegen das Verkommen der Sammlungen in rohen Händen

gegeben ist, möge die Errichtung eines solchen Museums lieber unterbleiben: Museen mit Schankbetrieb seien unter allen Umständen zu verurteilen.

WISSENSCHAFT

Hygiene / Heinrich Grün

Arbeiterschutz Die Lehre vom Arbeiterschutz ist in ihrem offiziellen Bestand noch nicht allzulangen Datums. Zwar lesen wir bei den patriotischen Sozialhistorikern, dass sich der Arbeiterschutz erst seit dem kaiserlichen Erlass an den Reichskanzler vom Jahre 1890 und der weiteren Kundgebung an den Handelsminister entwickelt hat, aber Tatsache ist, dass da allen Fahrlichkeiten ausgesetzte Proletariat bereits viel früher den Ruf nach Ausschaltung unnötiger Berufsgefahren durch seine Wortführer erschallen Hess. Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass es eine Reihe von Ärzten und öffentlichen Funktionären in Deutschland und anderwärts gab, die schon in vielen trefflichen Abhandlungen die Lehre vom Arbeiterschutz förderten, obwohl sie mit der sozialdemokratischen Partei nichts zu tun hatten. Das ist es ja, weshalb man dieses wichtige Kapitel so lange unbearbeitet liess: Es nahmen kurzsichtige und nicht sehr nackensteife Gelehrte an, dass sie in revolutionären Geruch geraten könnten, wenn sie einige ehrliche Leitsätze vom Arbeiterschutz aufstellen würden. Aber erst als man höheren Orts glaubte, dass man durch die Verkündung einiger Arbeiterschutzmassregeln die Sozialdemokratie überwinden könne, erst als man von den vielen gerechten Forderungen der Arbeiter zum Schutz ihrer Gesundheit einige wenige in die Gesetzgebung aufnahm, fanden sich mehr Mitarbeiter aus allen Schichten und Berufen des Volkes, die dem Arbeiterschutz, dem das sozialistische Odium nunmehr benommen war, ihre Zeit widmeten. Allerdings darf kein Gelehrter und Sozialhygieniker aus gewissen Verhältnissen die extremsten Forderungen ableiten, weil er sonst noch immer in rötlichem Schimmer erscheint. Aber Tatsache ist es, dass die Literatur über Arbeiterschutz tagtäglich von ersten Männern mit trefflichen Untersuchungen und den daraus abgeleiteten Thesen bereichert wird, und dass die Politiker, die es mit der Volksgesundheit ehrlich meinen, Mühe haben aus den vielen Arbeiten eine praktische Nutzenanwendung für die Gesetzgebung zu

erlangen. Jedenfalls hat die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung erst seit der Tagung der I. internationalen Arbeiterschutzkonferenz vom 15. März 1890 praktische Bedeutung erworben. Seit dieser Zeit haben Ärzte, Techniker, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Politiker und andere Faktoren die Zeit nicht müßig verstreichen lassen und haben Bausteine um Bausteine zu dem stattlichen Gebäude der, wenn auch nicht neuen, aber doch schärfer akzentuierten Lehre beigetragen. Allerdings musste auf die Gesetzgebungen aller Staaten die Sozialdemokratie als die *vis a tergo* wirken, und einige Forderungen wurden von den Arbeitern erst unter grossen Opfern erfochten; oft sind wichtige Postulate nur unter dem äussersten Widerstand der Unternehmer durchgesetzt worden. Wenn wir über den Umfang und den Inhalt des Begriffes *Arbeiterschutz* in den zivilisierten Ländern Umschau halten, so finden wir ihn überall so ziemlich gleichartig aufgefasst, von kleinen Änderungen abgesehen. Er kann eigentlich durch den § 120 a G. O. als genügend definiert gelten, der lautet: „Gewerbeunternehmer sind verpflichtet die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, dass die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luft- und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen usw.“ Mit diesem Gesetzesparagrafen ist eigentlich alles über den Arbeiterschutz gesagt, weil man, wo immer man neue Berufs- und Arbeitsschädlichkeiten entdeckt, diese in den Paragrafen einreihen kann. Derartig stilisierten Gesetzesparagrafen entsprechen dann die einzelnen Ministerial- und verwaltungsbehördlichen Erlasse über die Bekämpfung der Bleigefahr, über die Anthraxgefahr, die Strahlenpilzerkrankungen, über die Gefahr und Wirkung des weissen (gelben) Phosphors und viele andere, auf die wir, nach diesen propädeutischen Auseinandersetzungen oft noch zurückkommen.

✕ **Arbeitszeit** ✕ Als Hauptbestandteil des Arbeiterschutzes muss die der Arbeit und dem Arbeiter angemessene Arbeitszeit betrachtet

werden. Dieser sind auf dem grossen sozialpublizistischen Weltmarkt viele Schriften gewidmet, und ihr gelten politische und gewerkschaftliche Kämpfe andererseits. Dass das Verlangen nach Verkürzung übermässiger Arbeitszeit und Einführung einer Maximalarbeitszeit für gewisse Berufe keine sozialistische Forderung allein ist, darüber sind sich die Gelehrten wohl einig, aber nicht alle geben es öffentlich zu, weil sie Interessenten an der Ausbeutung der Arbeitskraft sind. In allen Schriften ist übereinstimmend angegeben, dass die Gefahr eines Betriebes um so intensiver ist, je länger sie auf den Arbeitenden einwirkt, je geringer die Pausen sind, in denen er sich erholen und die schädlichen Einwirkungen vollkommen paralisieren kann. So wäre der Achtstundentag, der für viele Betriebe das Ideal des Erreichbaren ist, für Arbeiter in Bleifarben-, Nitrobenzol- und Phosphorzündhölzchenfabriken, in Akkumulatorenwerkstätten usw. viel zu lang und eine Arbeitszeit von 6 Stunden angemessen. Für Arbeiter in Gummifabriken, in denen mit Schwefelwasserstoff gearbeitet wird, wird sogar eine 5 bis 1½ stündige Arbeitszeit verlangt, das ist selbstverständlich *cum grano salis* zu verstehen: Nach 5 bis 7½ stündiger Arbeit muss entschieden eine ausgiebige Erholung in frischer Luft eintreten.

Den Bemühungen der Politiker und der fachmännischen Autoren ist es in allen Staaten gelungen, eine für alle Betriebe gültige Maximalarbeitszeit, und eine für gewisse Betriebe besondere Zeit gesetzlich statuieren zu lassen. Auch darüber wird die sozialhygienische Rundschau noch oft berichten. Jedenfalls muss aber die allgemein anerkannte Tatsache, die sich aus der Praxis einiger Jahre ergeben hat, hier registriert werden, dass die verkürzte Arbeitszeit absolut keine geringere Arbeitsleistung ergeben hat, im Gegenteil: Die potentielle Energie für die kürzere Arbeitszeit lässt sich viel intensiver in die kinetische umwandeln.

✕ **Gewerbekrankheiten** ✕ Die Publikationen über die neuen Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeitererkrankungen in gewissen Betrieben wachsen ins Ungemessene. Aus dem brauchbaren Material werden praktische Schlüsse gezogen, weil die spezifischen Krankheitsursachen möglichst bekämpft werden teils durch Schutzvorrichtungen, die schäd-

liche Gase und Staubarten ableiten, teils durch Beaufsichtigung und Überwachung des Rohmaterials, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch peinliche Reinlichkeit, durch bessere Lüftung, Belichtung usw. Die sozialhygienische Rundschau wird darauf noch bei Besprechung des Gewerbeinspektorates zurückkommen, welches Kapitel sich mit dem Schutze der Arbeiter bei gewerblichen Arbeiten neben einigen anderen befassen wird. Auch die Arbeiterkrankungen in den einzelnen Berufen werden wir noch oft einer gründlichen Beobachtung unterziehen.

× **Prostitution** Zur Hygiene des Geschlechtslebens gehört die Frage der Prostitution. Auf das faktiöse Polemisieren zwischen Reglementierungsanhängern und Abolitionisten kann hier nicht eingegangen werden. Aber nur eines sei erwähnt: Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung zu bekämpfen ist selbstverständlich für jeden Sozialpolitiker. Aber es muss auch hier konstatiert werden, dass das Geschwätz beim grünen Tisch über Abolition keinen Hund vom Ofen lockt, solange es bei dem jetzigen Zustand der Ausbeutung der Arbeitskräfte, der Verweigerung dessen, was die unterdrückten Massen verlangen, bleibt. Eine ernsthafte Sozialpolitik ist auf alle Fälle die Voraussetzung der Abolition. Was aber die Prostitution als Einzelercheinung betrifft, so ist die Frage, ob Zwangsuntersuchung oder nicht, keinesfalls gelöst, obgleich bedeutende Parteigenossen und Gelehrte sich gegen die Untersuchung ausgesprochen haben. So sehr die Gründe Kampffmeyers im sozialpolitischen Teile als trefflich und überzeugend anzusehen sind, so wenig kann ich mich mit seinen Thesen über die Einzelprostituierten befreunden. Es ist doch eine unbewiesene Behauptung, dass heimliche Prostituierte sich der freiwilligen ärztlichen Untersuchung unterziehen. Im Gegenteil, ich hatte als Arzt einer Abteilung für Geschlechtskrankheiten oft Gelegenheit zu beobachten, dass syphilitisch infizierte heimliche Prostituierte zwar in Behandlung standen, aber ihr Gewerbe trotzdem ausübten. Noch eine andere Beobachtung: Ich habe ein stattliches statistisches Material, das demnächst zur Publikation gelangt, wonach von den heimlich prostituierten Frauen mehr als 60% unbehandelte Geschlechtskrankheiten besitzen. Sind diese nicht eine Gefahr für das Volk, für

uns alle? Aber alle Bekämpfer der Reglementierung aus medizinisch-hygienischen Gründen — ethische Gründe sind hier nicht zu besprechen, obwohl sich darüber vieles sagen liesse — vergessen den springenden Punkt, den Professor Dr. Finger-Wien mit einem erlösenden Wort bezeichnete: Die Zwangsuntersuchung der Prostituierten dient weniger zur Sicherheit der männlichen Kunden — die ja in der Tat nicht bedeutend genannt werden kann —, die Hauptsache ist vielmehr, dass krank befundene Frauen zwangsweise der Behandlung zugeführt und zwangsweise vom Geschlechtsverkehr ausgeschaltet werden. Wiewohl an dieser Stelle nicht der Platz ist über die Zwangsuntersuchung und das Gegenteil ein Urteil zu fällen, so müssen denn doch die Sozialhygieniker diese Frage noch weiter einer Prüfung *sine ira et studio* unterziehen; denn Prophylaxe der Geschlechtskrankheiten betreibt man nicht mit irrationalen Wünschen, Annahmen und Hypothesen sondern durch die Propaganda der Tat.

× **Kurze Chronik** Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion über das Verbot des weissen Phosphors nach glänzender Begründung durch Viktor Adler mit grosser Mehrheit angenommen. × In Italien wurde ein Gesetz erlassen, das die Nacharbeit in Bäckereien und Konditoreien verbietet. × In Österreich hat eine sehr grosse Zelluloidbrandkatastrophe, der zahlreiche Menschenleben zum Opfer fielen, sowie zwei kleinere Unglücksfälle abermals die Mangelhaftigkeit der bestehenden Sicherheitsvorschriften sowie die ungeheure Gefährlichkeit dieser Betriebe bewiesen. × In Düsseldorf findet vom 2. bis zum 12. September ein Kursus für Säuglingsfürsorge für Interessenten aus allen Berufsklassen unter Leitung des Professors Dr. Schlossmann und der Geschäftsführerin Dr. M. Baum statt. × In der Sitzung der *Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik* wurde im Mai ein Vortrag des Dr. Weinberg-Stuttgart über die Fruchtbarkeit bei Phthisikern beiderlei Geschlechtes gehalten und darüber mit Aufbringung vieler neuer Momente debattiert. × Am 10. Juni hat in Frankfurt a. M. der 1. internationale Kongress für Rettungswesen getagt, über dessen Resultate noch an dieser Stelle be-

richtet werden wird. × In England ist nach langen vergeblichen Versuchen endlich eine Maschine konstruiert worden, die die Gefährlichkeit des Betriebes der Porzellanarbeit durch Ableiten des Staubes, der die bekannte Lungenfibrose hervorrief, bedeutend herabgemindert.

× **Literatur** Eine instruktive Schrift

Else Hueppes *Krankenpflege bei Infektionskrankheiten* /Leipzig, Gröber/ setzt mit grossem Verständnis und vor allem auf grund gesammelter Erfahrungen auseinander, wie dringend gewisse Prinzipien über die Krankenpflege im allgemeinen und über die Betätigung in Epidemiezeiten im besonderen notwendig sind. Bei grossen Epidemien muss einerseits der Infektionskranke peinlichst reinlich gehalten sein, seine Sekrete und Abfälle müssen so behandelt werden, dass sie nicht wieder zur Verbreitung von Krankheitskeimen dienen. Aber auch für die Sicherheit des Krankenpflegers gibt die Autorin eine Reihe von Desinfektionsvorschriften, die eine Ansteckung durch die Kranken unmöglich machen sollen. Da die Ärzte in Epidemiezeiten nicht Zeit finden das Krankenpflegepersonal erst auszubilden, so ist dieses kleine Schriftchen der Lektüre aller Berufspfleger und der freiwilligen Samariter bestens zu empfehlen. × In gut gemeinter Weise behandelt Dr. J. Zadek in seinem Büchlein *Frauenleiden und deren Verhütung nebst einem Anhang: Verhütung der Schwangerschaft* /Berlin, Vorwärts/ die Prophylaxe der Geschlechtskrankheiten und gibt eine Reihe von konzeptionsverhütenden Mitteln an, von denen wohl die meisten nicht sehr zuverlässig sind. Das Schriftchen ist eines der vielen, die eine vernünftige Sexualpädagogik verlangen. Allerdings ist der soziale Koeffizient bei all den angegebenen Lehren nicht genügend gewürdigt. Ehe sich beispielsweise eine arme Frau jährlich Ausgaben für Okklusivpessars oder für Scheidenstäbchen von durchaus nicht zauberhafter Wirkung leistet, setzt sie sich lieber der Gefahr einer Konzeption aus. Das letzte Kapitel sollte die einzelnen Mittel entweder weniger anführen, oder sie besser auf ihren Wert kritisieren. Endlich vermisst man wie bei allen diesen Schriften Vorschläge, dass die Krankenkassen, Armenbehörden und ähnlichen Korporationen unentgeltlich derartige Be-

fruchtungsgegenmittel — wie Pessars und desinfizierende Mittel — abgeben sollten. Solange man bloss Mittel angibt, die gut wären, gleichen alle diese Schriften den Kochbüchern: Man nehme, man nehme usw., aber woher man nehmen soll, das gibt niemand an.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Dampfmaschinen In den letzten Jahren, besonders seit Einführung der Dampfturbinen, von denen in unserer letzten Rundschau (in diesem Band, pag 834 ff.) die Rede gewesen ist, hat sich die Leistung der einzelnen Maschinenaggregate immer mehr vergrössert, so dass heut von jeder Maschinenbauanstalt, die etwas auf sich hält, Dampfmaschinen von 10 000 PS. und mehr gebaut werden können. Nichtsdestoweniger kann eine Dampfmaschine von 25 000 PS. ganz besondere Beachtung in Anspruch nehmen, denn nur auf einer sehr hohen Stufe der technischen Entwicklung ist der Bau einer solchen Riesenmaschine überhaupt erst möglich. Noch vor zwanzig Jahren wäre es ein aussichtsloses Unterfangen gewesen eine derartige Maschine zu bauen. Schon an der Unmöglichkeit Stahlgussstücke von mehr als 100 t herzustellen wäre der Bau gescheitert, und in keiner Maschinenfabrik der Welt wären Werkzeugmaschinen vorhanden gewesen, um solche gewaltige Gussstücke mit der Präzision zu bearbeiten, die für die Dampfmaschine Voraussetzung ist. Der *Allis Chalmers Co.* gebührt der Ruhm die derzeit stärkste Dampfmaschine der Welt gebaut zu haben. Die 25 000 pferdige Maschine ist als Walzenzugmaschine für die *Carnegie Steel Co.* in South Sharon konstruiert worden. Sie wiegt insgesamt 550 t, das grösste Gussstück dieser Maschine ist 118 t schwer. Die Maschine hat Doppeltandemanordnung. Die Hochdruckzylinder haben 42, die Niederdruckzylinder 70 Zoll Durchmesser, die Hubhöhe beträgt 54 Zoll. Die Maschine läuft mit 150 bis 200 Touren. Trotz der Riesendimensionen braucht die Maschine zu ihrer Bedienung nur einen einzigen Maschinisten. Das ist besonders bemerkenswert, da sie als Walzenzugmaschine nach jedem Arbeitsgang umgesteuert werden muss. Die Umsteuervorrichtung wird von einer besonderen, kleinen Maschine mit Ölzylinderspernung betrieben; eine weitere kleine Maschine

dient zur Betätigung der Dampfventile. Auch die Hilfsmaschinen werden von dem Maschinisten der Hauptmaschine mit bedient.

× **Hausgasanstalten** Die Vorzüge der Gasbeleuchtung, die nach der Erfindung des Gasglühlichtes besonders eklatant in Erscheinung getreten waren, hatten naturgemäss den Wunsch erregt Gasglühlicht auch dort benutzen zu können, wo der Anschluss an eine Gasanstalt unmöglich ist, also in Landhäusern, auf den Bahnhöfen kleinerer Stationen, in isoliert gelegenen Fabriken usw. Die Petroleum- und Spiritusglühlichtlampen sind aber ein nur sehr unvollkommenes Surrogat gegenüber dem Gasglühlicht; denn der Hauptvorzug der Gasbeleuchtung ist neben ihrer Helligkeit vor allem ihre stete Betriebsbereitschaft und ihre Bequemlichkeit. Die Erzeugung von Leuchtgas in kleinerem Umfang war aber wirtschaftlich unmöglich, solange man lediglich auf Steinkohlengas reflektierte. Ein Zeitlang schien es, als ob die Erzeugung von Acetylen in kleinen Anlagen allen Wünschen entgegenkommen könnte. Die ausserordentlich grosse Explosionsgefahr von Acetylenanlagen hat aber den Enthusiasmus für das Acetylen sehr stark gedämpft. Dagegen macht sich in den letzten Jahren das Luftgas als erfolgreicher Konkurrent des Acetylen bemerkbar.

Das Luftgas ist im wesentlichen ein Gemisch von gewöhnlicher atmosphärischer Luft mit Dämpfen von Benzin oder anderen leicht verdampfbaren, flüssigen Kohlenwasserstoffen. Benzin verdampft schon, wenn Luft über diese Flüssigkeit hinwegstreicht. Von dieser Eigenschaft wird bei den Luftgasapparaten Gebrauch gemacht. Ihrem Prinzip nach bestehen die verschiedenen in den Verkehr gebrachten Luftgasapparate aus einem durch ein fallendes Gewicht oder durch eine andere motorische Kraft angetriebenen Gebläse, das Luft ansaugt. Dem Luftstrom wird flüssiges Benzin in abgemessenen Quantitäten entgegengeführt. Hierbei verdampft das Benzin vollständig, und die Benzindämpfe mischen sich der Luft bei, so dass ein brennbares Gas entsteht, das in ganz analoger Weise wie gewöhnliches Steinkohlengas in Röhrenleitungen geführt und zur Lichterzeugung, zu motorischen und Heizzwecken benutzt werden kann. Die kleinen Hausgasanstalten sind in steter Betriebsbereitschaft. Es braucht nur von Zeit zu Zeit

Benzin in den Vorratsbehälter gefüllt und das Betriebsgewicht aufgezogen zu werden. Wird dann an irgend einer Stelle der Leitung ein Hahn geöffnet, so vollzieht sich die Gasproduktion ganz automatisch.

× **Lumineszenzlampen** Fast alle unsere Beleuchtungsapparate beruhen darauf, dass feste Körper durch

Wärmewirkung zum Gluhen gebracht werden. Je höher hierbei die Temperatur ist, desto günstiger wird der Nutzeffekt, denn die Lichtemission glühender Körper wächst annähernd mit der funkten Potenz der absoluten Temperatur. Nichtsdestoweniger muss selbst bei den höchsten mit unseren Mitteln erreichbaren Temperaturen eine ungeheure Verschwendung mit in Kauf genommen werden, da nur wenige Prozent des Energieaufwandes in sichtbare Strahlung, der Hauptteil dagegen in unsichtbare Strahlung (Wärmestrahlung) verwandelt wird. Das Ziel der modernen Beleuchtungstechnik geht deshalb darauf hinaus die aufgewandte Energie möglichst vollständig nur in Lichtstrahlung zu verwandeln. Erreichbar wird dieses Ziel, wenn man nicht feste Körper sondern Gase zum Leuchten bringt, wie dies beispielsweise bei der Aronsschen Quecksilberdampf Lampe und bei den bekannten Geisslerschen Röhren der Fall ist. Die grössten Erfolge auf diesem Gebiet hat bisher MacFarlan Moore zu verzeichnen, dem es gelungen ist bis auf 0,1 mm Luftdruck verdünnte Gase in Röhren von mehr als 70 m Länge zum Leuchten zu bringen. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird von dieser Beleuchtungsart schon hier und da praktischer Gebrauch gemacht; unserem Geschmack dürfte aber das schwache Glimmlicht von ausgesprochener Färbung weniger entsprechen. Immerhin sind die erzielten Resultate so bemerkenswert, dass weitere Versuche, die zu grösseren praktischen Erfolgen führen durften, durchaus angebracht erscheinen.

× **Ozonzeugung** Eine sehr interessante Anwendung hat in der letzten Zeit die Elektrizität zur Erzeugung von Ozon gefunden. Ozon ist eine Modifikation des gewöhnlichen Sauerstoffs. Man nimmt an, dass im Ozonmolekül 3 Atome Sauerstoff vorhanden sind, gegen 2 im gewöhnlichen Sauerstoffmolekül. Die 3 Atome im Ozonmolekül sind nun loser mit einander ver-

bunden als im Sauerstoffmolekül, es findet deshalb auch eine rasche Abspaltung des einen Sauerstoffmoleküls statt, wenn Ozon auf Stoffe trifft, die überhaupt geneigt sind Sauerstoffverbindungen einzugehen. Das sind im allgemeinen fast alle organischen Stoffe, die sich durch leichte Verbrennbarkeit auszeichnen. Trifft also Ozon auf organische Stoffe, so findet eine sehr energische Reaktion statt. Aus diesem Grunde ist Ozon ein ausgezeichnetes Bleichmittel für alle organischen Stoffe. Ebenso aber wirkt Ozon zerstörend auf die Mikroorganismen, von denen ein grosser Teil als Krankheits- oder Fäulniserreger nur zu berüchtigt ist. Bei dieser Gelegenheit soll übrigens nicht verfehlt werden darauf hinzuweisen, dass der Waldluft, insbesondere der Luft unserer Nadelwälder, in Bädereprospekten, Prospekten von Luftkurorten usw. durchaus mit Unrecht besonderer Ozonreichtum nachgerühmt wird. Die Waldluft ist reich an Terpentinämpfen. Bilden sich aber Terpentinämpfe in der Luft bei der Gegenwart von Wasser, so entsteht nicht Ozon sondern Wasserstoffsuperoxyd, der »Todfeind des Ozons«, wie Witt sich drastisch, aber treffend ausdrückt. Ozon entsteht in der atmosphärischen Luft beim Auftreten elektrischer Entladungen. Der Gedanke lag nun nahe elektrische Entladungen zur direkten, *fabrikmässigen* Erzeugung von Ozon nutzbar zu machen. Der Firma Siemens & Halske gebührt das besondere Verdienst Apparate zur Ozonerzeugung konstruiert zu haben. Die neueste Errungenschaft auf diesem Gebiet ist der Ozonventilator. Die Atmungsluft in geschlossenen Räumen, in Sälen, wo grössere Menschenmengen zusammenkommen, in Krankenhäusern usw. wird nicht nur durch ausgeatmete Kohlensäure und Wasserdampf verschlechtert, wogegen man sich durch die Zuführung genügender Mengen frischer Luft vermittlest geeigneter Ventilationseinrichtungen schützen kann, sondern es werden der Luft auch grosse Mengen organischer Stoffe als Ausscheidungsprodukte des Lebensprozesses beigemischt, die unter Umständen erheblich giftiger sind als die ausgeatmete Kohlensäure, von der schon recht erhebliche Mengen erforderlich sind, um auch nur vorübergehende Krankheitserscheinungen hervorzurufen. Dazu kommen noch die tausenderlei Keime von Krankheitserregern, die natürlich in Krankenstuben unvermeidlich sind. Gegen diese Mikroorganismen

hilft auch die energischste Lüftung nichts. Sie können nur unschädlich gemacht werden, indem man sie tötet. Das beste Mittel hierzu aber ist das Ozon. Bei dem Ozonventilator wird nun ein Teil der durch den Ventilator zugeführten frischen Luft dadurch ozonisiert, dass man sie an den Entladestellen hochgespannter elektrischer Ströme vorbeiführt. In der gleichen Weise kann man natürlich auch den aus einer Sauerstoffbombe ausströmenden Sauerstoff, wenn er zur Verbesserung der Luft in Krankensälen benutzt werden soll, teilweise ozonisieren, wodurch man nicht nur der verbrauchten Luft neues Lebenselement zuführt sondern auch die schädlichen Krankheitskeime vernichtet. Diese Krankheitskeime werden zum grössten Teil direkt getötet, zum Teil werden sie aber auch mechanisch niedergeschlagen. Lässt man nämlich elektrische Entladungen zwischen Platten stattfinden, so werden die in der Luft schwebenden festen Stoffe selbst elektrisiert, und sie ballen sich zu kompakteren Massen zusammen. Die Luft wird also gleichzeitig noch auf einem mehr mechanischen Wege von den mikroskopischen, in ihr fast immer vorhandenen, festen Bestandteilen gereinigt. In dem seit Jahrtausenden wütenden Kampf der Mikroorganismen gegen die Menschheit hat die Intelligenz in der Elektrizität nun eine neue Waffe gefunden, die den Ausgang des Kampfes immer günstiger für die Menschheit gestaltet.

× **Kurze Chronik** Das wichtigste Ereignis der letzten Zeit bildet die Erprobung des Zeppelinischen Luftschiffes. Das anfangs so überaus glücklich begonnene Unternehmen hat leider mit der völligen Vernichtung des Luftschiffes geendet. Wie weit dieser Unfall mit dem Prinzip des Ballons zusammenhängt, werden wir in der nächsten Rundschau erörtern. In diesem Augenblick aber wollen wir nicht unterlassen auch unsererseits dem kühnen Erfinder und prachtvollen Menschen unser tiefstes Mitgefühl auszusprechen. × Der Wiederaufbau des Marksturms in Venedig schreitet derart vorwärts, dass er voraussichtlich im Jahre 1911 vollendet sein dürfte. × Unter dem Hudson ist jetzt der dritte Unterwassertunnel von 18 englischen Meilen Länge fertiggestellt und teilweise dem Betrieb übergeben worden.